967 ha

oder 1354 Fußballfelder

Gewerbe- und Industrieflächen
Haben wir genug Platz für unsere Unternehmen?

Seite 8

Editorial

Kommunale Haushalte sanieren – Verlässlichkeit schaffen

Zahlreiche Zeitungen und Magazine titelten im Januar: „Finanzminister Schäuble macht über zwölf Milliarden Euro Plus“. Die öffentlichen Haushalte profitieren von der guten Konjunktur und den sprudelnden Steuereinnahmen. Wer sich aber in NRW und hier am Niederrhein umsieht, der muss feststellen: Bürger und Unternehmen spüren davon praktisch nichts. Im Gegenteil – in vielen Kommunen in der Region wurden auch 2015 die Gewerbe- und Grundsteuer, Gebühren und Abgaben kräftig erhöht.

Natürlich tragen unsere Kommunen eine große Verantwortung. Bund und Land haben ihnen viele zusätzliche Aufgaben übertragen. So ist und bleibt die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge eine große Herausforderung. Aber wir müssen auch aufpassen, dass wir die Unternehmen, die Wohlstand, Beschäftigung und Wachstum sichern, nicht verunsichern. Der Niederrhein darf nicht aufgrund hoher Standortkosten ins Hintertreffen geraten.

Wollen wir Investitionen vor Ort ankurbeln, müssen wir wie bei den Schulden auch bei Steuern und Abgaben auf die Bremse treten. Es gibt Möglichkeiten zum Sparen. Um diese zu identifizieren, müssen wir uns ehrlich fragen, was unsere Kommunen wirklich leisten sollen. Als IHK setzen wir uns seit Langem in Gesprächen mit Politik und Verwaltung für mehr Verlässlichkeit und ein Ende der Steuererhöhungen ein. Diesen Prozess werden wir auch 2016 fortsetzen. Unterstützt durch das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen laden wir Politik und Verwaltung zu einem konstruktiven, kritischen Dialog ein.

Es ist Zeit, zu einem nachhaltig ausgeglichen Haushalt zurückzukehren, der auch ohne Steuererhöhungen auskommt. Wir Unternehmer brauchen eine kommunale Finanzpolitik, die ein verlässliches Umfeld bietet.

Wim Abbing

Vizepräsident der Niederrheinischen IHK

1

Editorial

Kommunale Haushalte sanieren -
Verlässlichkeit schaffen

4

Kompakt

- 4 DIHK-Innovationsreport
- 5 Termine kompakt
- 6 Engagierten Unternehmen
eine Bühne geben

17

Wirtschaft und Region

- 17 Gesundheitnetzwerk Niederrhein
- 18 IHK-Neujahrsempfang
- 21 Ruhrwirtschaft wird internationaler

- 27 Bosse in Schulen
- 31 IHK-Saisonumfrage Tourismus

32

IHK-Ratgeber

- 32 Neue Pflichten für Onlinehändler
- 33 Schlichtungsausschuss Ausbildung

34

Unternehmen im Blick

- 34 Das tw-Wirtschaftsbild
- 38 Jobmotor Duisburger Hafen
- 39 DeltaPort: Alle Häfen auf Erfolgskurs
- 44 Flüchtlinge willkommen

46

Zur Person

47

Literatur-Tipp der Redaktion

47

Bekanntmachung

8

967 ha
oder 1354 Fußballfelder

8

Titelthema

Gewerbe- und Industrieflächen
am Niederrhein

Der Niederrhein ist ein begehrter Investitionsstandort. Gerade deswegen schrumpfen aber die nutzbaren Gewerbe- und Industrieflächen und damit die Möglichkeiten für Unternehmen zu wachsen oder sich neu anzusiedeln. IHK und Kommunen erarbeiten ein Konzept, um den Wirtschaftsstandort zu sichern.

48

Auslandsmärkte im Fokus

Iran: Hoffnungsträger der
Deutschen Wirtschaft

50

IHK-Schwerpunktthema

Arbeiten in der digitalen Welt

56

Handelsregister

61

Impressum

62

62

Betriebspraxis plus

Ermutigende Führung

64

Einblick

Lasertechnik aus Wesel macht
Menschenmassen in Mekka fassbar

Foto: © panthermedia.net/OleGunnar

● **Schadensfälle von Cyberkriminalität gestiegen**

Jeder zehnte Mittelständler wird Opfer von Hackern

Jedes zehnte mittelständische Unternehmen wurde im Jahr 2014 mindestens einmal Opfer von Cyberangriffen, so das Ergebnis einer aktuellen Studie der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC). Der wirtschaftliche Schaden beträgt dabei im Schnitt 80 000 Euro. In einzelnen Fällen lag er sogar bei mehr als 500 000 Euro. Rund die Hälfte der Attacken zielt auf die Systemverfügbarkeit, gefolgt von Mitarbeiter- und Zugangsdaten (31 Prozent) sowie Unternehmensimage und Reputation (26 Prozent). Für die Untersuchung wurden 400 mittelständische Unternehmen mit bis zu 1000 Mitarbeitern befragt.

Weitere Informationen zur Studie: www.pwc.de/cybersecurity ●

● **NiederrheinRad zieht Bilanz**

Auszeichnungen für Radstationen in Wesel und Kleve

Das Fahrradverleihsystem NiederrheinRad hat seine drei erfolgreichsten Fahrradverleih- und Servicestationen mit Urkunden ausgezeichnet. Unter den rund 50 Radstationen verzeichneten sie die meisten Verleihtage im vergangenen Jahr. Besonders erfolgreich verlief die Radsaison für das Welcome Hotel Wesel mit mehr als 1800 Verleihtagen zwischen März und Oktober. Auf den folgenden Plätzen landeten The Rilano Hotel Cleve City und die Brüggener Touristinformation mit jeweils rund 830 Verleihtagen. Insgesamt kamen alle NiederrheinRad-Stationen im vergangenen auf über 18 000 Verleihtage. Dabei wurden die 1000 zur Verfügung stehenden Räder rund 11 000 Mal ausgeliehen.

Infos rund um den Verleih und Tipps zu Radtouren gibt es auf www.NiederrheinRad.de ●

Foto: NiederrheinRad

● **DIHK-Innovationsreport 2015/2016**

Mittelstand fällt zurück

Wie beurteilen Unternehmerinnen und Unternehmer den Innovationsstandort Deutschland? Was tun sie, um noch innovativer zu werden? Und wie kann die Politik die Wirtschaft bei ihren Innovationsaktivitäten unterstützen? Aufschluss hierzu bietet der aktuelle Innovationsreport der Industrie- und Handelskammern in Deutschland. Insgesamt wurden mehr als 1000 Unternehmen befragt.

Die Ergebnisse zeigen unter anderem, dass sich gerade der Mittelstand schwertut, wenn es um das Thema Innovationen geht. 62 Prozent der größeren Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern geben an, ihre Innovationsaktivitäten ausweiten zu wollen. Bei den kleinen und mittleren Unternehmen sind es hingegen nur 41 Prozent. Der DIHK-Innovationsreport steht unter www.ihk-niederrhein.de/innovationsreport-2016 zum Download bereit. ●

● **Bekanntmachungen der IHK**

Immer aktuell im Internet

Wichtiger Hinweis für die IHK-zugehörigen Unternehmen: Alle offiziellen Bekanntmachungen veröffentlicht die IHK zeitnah auf ihrer Homepage unter www.ihk-niederrhein.de/IHK-Bekanntmachungen. Damit stehen die Informationen schneller zur Verfügung als bei einer Veröffentlichung in der Zeitschrift „Thema Wirtschaft“. Hinsichtlich der Veröffentlichungspflicht zählt die Bekanntmachung im Internet. Ist bei Beschlüssen Satzungsrecht der IHK berührt, so erfolgt die Veröffentlichung weiterhin in der IHK-Zeitschrift „Thema Wirtschaft“.

Dies geht zurück auf einen Beschluss der Vollversammlung. Nähere Informationen: Dr. Frank Rieger, Geschäftsbereich Recht und Steuern, Telefon 0203 2821-309, E-Mail rieger@niederrhein.ihk.de

Aktuelle Bekanntmachung: Einigungsstelle – Aufstellung der Beisitzerliste für das Jahr 2016. ●

● **Internationale Studie zur Generation Y**

34 Prozent der deutschen Berufseinsteiger wollen kündigen

34 Prozent der Berufseinsteiger in Deutschland wollen innerhalb der nächsten zwei Jahre ihren Arbeitgeber wechseln. Das ergibt die internationale Studie „Deloitte Millennial Survey 2016“. Als Grund gab knapp die Hälfte der Befragten Überforderung am Arbeitsplatz an. Ein weiterer Grund ist die fehlende Förderung von Vorgesetzten und der Geschäftsführung, was einen beruflichen Aufstieg verhindert. Im Gegensatz dazu ist das Gehalt nicht der Aspekt, der die Generation Y am Arbeitsplatz hält. 90 Prozent der Befragten motiviert die Sinnhaftigkeit ihrer Arbeit am meisten. Das Gehalt ist lediglich für 76 Prozent ausschlaggebend. Im internationalen Vergleich sind die Deutschen loyaler als der Durchschnitt: Weltweit wollen 44 Prozent bis 2018 den Arbeitgeber wechseln. ●

● **Grimme Online Award 2016**

Vorschläge für herausragende Netzangebote gesucht

Für den Grimme Online Award können Anbieter und Internetnutzer ab sofort Websites, Apps und besondere Leistungen für die Auszeichnung vorschlagen. Zum 16. Mal verleiht das Grimme-Institut in Marl den Preis für Online-Publizistik an qualitativ herausragende Netzangebote.

Auch für den „klicksafe Preis für Sicherheit im Internet“ können ab jetzt Vorschläge eingereicht werden. Die EU-Initiative klicksafe prämiiert in Zusammenarbeit mit der Stiftung „Digitale Chancen“ Angebote, die sich in vorbildlicher Weise für „Courage im Netz“ einsetzen und über Risiken informieren.

Vorschläge können bis zum 15. März unter www.digitalechancen.de/klicksafepreis und über www.klicksafe.de eingereicht werden. Weitere Infos unter www.grimme-online-award.de ●

IHK-Service

Termine kompakt

MESSEN – KONGRESSE

Touristikmesse Niederrhein

Auf 9 000 Quadratmetern Ausstellungsfläche präsentieren sich 230 Anbieter aus den Bereichen Tourismus- und Fremdenverkehr, Reisebüros, Reiseveranstalter, Hotellerie und Unterkünfte, Caravanning und Camping. 20. bis 21. Februar, Messe Kalkar.

www.messekalkar.de

LogiMAT

Internationale Fachmesse für Distribution, Material- und Informationsfluss. 8. bis 10. März, Messe Stuttgart.

www.logimat-messe.de

SEMINARE – TAGUNGEN

Erfolgreiche Kommunikation mit arabischen Geschäftspartnern

Der arabische Raum stellt für die deutsche Wirtschaft ungeachtet der Veränderungen in Nordafrika und dem Mittleren Osten einen der dynamischsten Märkte der Welt dar. Während in Europa der geschäftliche Nutzen im Vordergrund einer Zusammenarbeit steht, sind Geschäftsbeziehungen in arabischen Ländern sehr stark personenbezogen. Aufbau und Pflege einer soliden Beziehungsebene sind wesentliche Voraussetzungen für den geschäftlichen Erfolg. 3. März, in der IHK, Duisburg. Information und Anmeldung bei Larissa Fuhrmann, Telefon 0203 2821-347.

E-Mail fuhrmann@niederrhein.ihk.de

Grundkurs: Starke Präsenz im Beruf – So treten Sie im Beruf selbstbewusster auf!

Souveränes Auftreten im Beruf ist sehr wichtig und kann in diesem Seminar erlernt werden. Ein erfolgreicher Leitfaden für all diejenigen, die sich endlich von ihren störenden Selbstzweifeln verabschieden und ihr Selbstvertrauen stärken wollen. 7. bis 14. März, zweimal montags 9 bis 16.30 Uhr, in der IHK, Duisburg. Informationen und Anmeldung bei Maria Kersten, Telefon 0203 2821-487.

E-Mail kersten@niederrhein.ihk.de

IHK-Service

Termine kompakt

Exporttechnik I+II

- Grundlagenseminar zur Auftragsbearbeitung im Export, einschließlich EU-Binnenmarkt. 8. März in der IHK in Duisburg.
- Erweiterungsseminar zur Auftragsbearbeitung im Export, einschließlich EU-Binnenmarkt. Grundkenntnisse aus dem Seminar „Exporttechnik I“ werden vorausgesetzt. 12. April in der IHK, Duisburg. Anmeldung: Andrea Averkamp, Telefon 0203 2821-224.

E-Mail averkamp@niederrhein.ihk.de

Ergebnisorientierte Moderation von Besprechungen

Ziel dieses Trainings ist es, Besprechungen mit Struktur zielorientiert und zeiteffizient zu leiten, Gruppendynamiken schnell zu erkennen, als Moderator die Potenziale der Gruppe nutzbar zu machen und so zu einem erfolgreichen Ergebnis zu gelangen. 9. März, 9 bis 16.30 Uhr, in der IHK, Duisburg. Informationen und Anmeldung bei Maria Kersten, Telefon 0203 2821-487.

E-Mail kersten@niederrhein.ihk.de

Meine persönliche Resilienz @ work

In diesem Seminar erlernen die Teilnehmer Impulse zur Stärkung der eigenen psychischen Widerstandskraft für die täglichen Herausforderungen im Arbeitsalltag. 15. März, Welcome Hotel Wesel.

www.berlitz-exklusiv.de

iPad® im Büro

In diesem Seminar erlernen die Teilnehmer anhand praktischer Übungen nicht nur die Nutzung von Office-Dokumenten auf dem iPad oder vergleichbaren Tablets, sondern auch die mobile Erstellung dieser Dokumente in einem Umfang, der der Arbeit am Desktoprechner nahekommt. So kann es etwa sehr nützlich sein, eine PowerPoint-Präsentation mit allen Effekten und Verknüpfungen mit dem Mobilgerät genauso wie mit einem Laptop zu präsentieren. Alles, was man dazu hard- und softwareseitig benötigt, erfahren die Teilnehmer in diesem Seminar. 17. März, 9 bis 16.30 Uhr, in der IHK, Duisburg. Informationen und Anmeldung bei Maria Kersten, Telefon 0203 2821-487.

E-Mail kersten@niederrhein.ihk.de

• Jugend-Arbeitsschutz-Preis 2016

Kreative Ideen gesucht für mehr Sicherheit am Arbeitsplatz

Der Wettbewerb um den Deutschen Jugend-Arbeitsschutz-Preis (JAZ) geht in die nächste Runde. Auszubildende mit kreativen und innovativen Ideen für mehr Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz können ihre Projekte ab sofort einreichen. Für die ersten drei Platzierungen winken Preisgelder in Höhe von insgesamt 6 000 Euro. Teilnehmen können sowohl einzelne Jugendliche und junge Erwachsene bis 24 Jahre in Berufsschulen und Betrieben als auch Gruppen. Der JAZ wird bereits zum siebten Mal ausgeschrieben. Veranstalter ist die Fachvereinigung Arbeitssicherheit (FASI).

Teilnahmeschluss ist der 30. Juni. Das Teilnahmeformular, weitere Informationen und die Gewinnerbeiträge der Vorjahre stehen unter www.jugend-arbeitsschutz-preis.de zur Verfügung. ●

• Binnenschifffahrt

Betriebskosten mit neuer App im Blick behalten

Der Verein für europäische Binnenschifffahrt und Wasserstraßen (VBW), Duisburg, veröffentlicht eine App mit Betriebskostentool für Binnenschiffsunternehmer. Damit können sich Binnenschiffer über technische Maßnahmen zur Betriebskostensenkung ihres Schiffes informieren und nach Fördermitteln suchen. Die vorgestellten Maßnahmen in den Bereichen Propulsion, Antriebe, Hydrodynamik und Energieeffizienz werden in Kurzprofilen leicht verständlich erklärt und mit Grafiken und Bildern veranschaulicht. Dazu gibt es Informationen zu Investitionskosten und der möglichen Effizienzsteigerung der jeweiligen Maßnahme. Darüber hinaus bietet die App Zugriff auf das gesamte Informationsangebot des VBW.

Die VBW-App gibt es kostenlos im AppStore und bei Google Play. ●

• Rheinischer Innovationspreis

Engagierten Unternehmen eine Bühne geben

Bereits zum vierten Mal verleiht der Verein „Unternehmenschaft Düsseldorf und Umgebung“ den Rheinischen Innovationspreis. Mit dem Preis möchte der Verein engagierten Protagonisten eine Bühne geben und andere zum Nachahmen anregen. Bewerben können sich Unternehmen und Organisationen aus dem Rheinland, die sich mit ausgefallenen Ideen und neuartigen Projekten für gesellschaftliche Herausforderungen einsetzen. Das Themenspektrum ist dabei bewusst offen gehalten. Gesucht werden zum Beispiel technische Innovationen, innovative Projekte und Aktionen oder Maßnahmen zur Gestaltung der Unternehmenskultur und -entwicklung.

Bewerbungsschluss ist der 15. März. Ein Bewerbungsformular und weitere Infos gibt es auf www.duesseldorfer-arbeitgeberstag.de ●

967 ha

oder 1354 Fußballfelder

Gewerbe- und Industrieflächen am Niederrhein

Haben wir genug Platz für unsere Unternehmen?

Das Thema Gewerbeflächenentwicklung ist ein stadtentwicklungspolitischer Dauerbrenner. Einerseits haben die Kommunen ein hohes Eigeninteresse, ausreichend Flächen für Betriebserweiterungen und Neuansiedlungen anzubieten, denn das bedeutet, Arbeitsplätze zu schaffen und Gewerbesteuern einzunehmen. Andererseits stehen sie vor zahlreichen planungsrechtlichen Hindernissen, wenn sie neue Flächen ausweisen wollen – und zwar auf europäischer, bundesweiter und regionaler Ebene. Die interkommunale Kooperation bei der Flächenentwicklung öffnet einen neuen Spielraum. Deswegen haben sich am Niederrhein die IHK und Kommunen zusammengeschlossen, um mit interkommunalen Gewerbeflächenkonzepten den Wirtschaftsstandort zu sichern.

Sind 967 Hektar ausreichend? Oder: Von Gewerbeflächenengpässen und Baulandparadoxien

967,28 Hektar (ha). Das ist die Gesamtsumme aller planerisch gesicherten Gewerbe- und Industrieflächenpotenziale in Duisburg sowie den Kreisen Wesel und Kleve. Das heißt, diese Flächen stehen theoretisch in vollem Umfang für Neuansiedlungen zur Verfügung. Das klingt zunächst einmal ziemlich viel. Umgerechnet entspricht dies einer Größe von etwa 1354 Fußballfeldern. Tatsächlich sieht die Realität jedoch ganz anders aus.

Fotos: Thinkstock.com/Gomolach, Thinkstock.com/prmustafa, Thinkstock.com/efks

Ein ergänzender TV-Beitrag zu diesem Thema ist auch direkt über den QR-Code oder in der aktuell-Mediathek unter www.ihk-niederrhein.de abrufbar.

Gewerbeflächenpotenziale in den Gemeinden

- > 100 ha
- 76 – 100 ha
- 51 – 75 ha
- 26 – 50 ha
- 0 – 25 ha

Eigene Darstellung, Datenbasis: wmr 2015: Gewerbliches Flächenmanagement Ruhr
Kreis Wesel 2015: Gutachten zum Gewerbe- und Industrieflächenkonzept für den Kreis Wesel
Bezirksregierung Düsseldorf 2014: Regionalplan Düsseldorf, Entwurf, Stand: August 2014

Kreis Kleve Gewerbeflächenpool

Im **Kreis Kleve** werden die in der Karte dargestellten kommunalen Flächenreserven durch **181 ha zusätzliche Gewerbeflächen** aus dem „Virtuellen Gewerbeflächenpool“ ergänzt. Aus dieser „virtuellen“, das heißt räumlich nicht verorteten Reserve, können sich alle Kommunen im Kreis Kleve bedienen, wenn eine konkrete Unternehmensanfrage für eine Ansiedlung vorliegt. Die Kommunen können dann relativ zügig neues Baurecht schaffen, ohne dass komplexe Regionalplanänderungsverfahren durchgeführt werden müssen. Der Gewerbeflächenpool stellt damit eine Abkehr von der klassischen Angebotsplanung dar. Unter der Voraussetzung, dass bestimmte naturschutzfachliche Kriterien berücksichtigt werden, können neue Gewerbeflächen dort entstehen, wo sie tatsächlich nachgefragt werden.

Vergleich der Inanspruchnahme un bebauter Flächen durch Industrie und Gewerbe im Ruhrgebiet

Die gute Nachricht ist: Der Niederrhein ist ein begehrter Investitionsstandort. Duisburg und der Kreis Wesel sind im Ruhrgebietsvergleich sogar die Spitzenreiter bei der Flächenvermarktung. Gerade deswegen schrumpfen die Gewerbeflächenpotenziale am Niederrhein aber auch immer schneller. Die Stadt Duisburg ist hiervon besonders stark betroffen. Allein zwischen den Jahren 2013 und 2014 sind die Wirtschaftsflächenpotenziale um über 20 Prozent zurückgegangen. Das zeigt der Blick in die Statistik der Inanspruchnahme un bebauter Flächen zu gewerblich-industriellen Zwecken. Die umfangreiche Studie „Gewerbliches Flächenmanagement Ruhr“ der Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH wertet seit 2011 für das Ruhrgebiet diese jährlichen Entwicklungen der Wirtschaftsflächen aus.

Quelle: Gutachten zum Gewerbe- und Industrieflächenkonzept für den Kreis Wesel, August 2015

Gebietskörperschaft	Inanspruchnahme un bebauter Fläche 2005 – 2013 zu gewerblich-industriellen Zwecken
Duisburg	263,13 ha
Kreis Wesel	222,91 ha
Kreis Recklinghausen	218,30 ha
Kreis Unna	191,29 ha
Dortmund	157,77 ha
Hamm	105,68 ha
Gelsenkirchen	67,10 ha
Essen	66,82 ha
Ennepe-Ruhr-Kreis	66,30 ha
Hagen	34,54 ha
Bochum	34,50 ha
Oberhausen	33,98 ha
Mülheim an der Ruhr	29,17 ha
Herne	23,93 ha
Bottrop	8,40 ha

4 Fragen an ...

Ralf Meurer – Geschäftsführer der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Duisburg

Ralf Meurer Urheber: Anne Breilmann, Nutzungsrechte GFW Duisburg

Warum sollte sich ein Unternehmen für den Standort Duisburg entscheiden?

Weil Duisburg mit einer Vielzahl von Vorteilen punktet: Mit zentraler Lage in der Region, geprägt durch ein dichtes Hochschulnetz im größten deutschen Ballungsraum mit Kunden, Unternehmen und Arbeits-

beziehungsweise Fachkräften. Wer sich in Duisburg ansiedelt, der profitiert von Kontakten ins industrielle Umfeld zu bedeutenden Unternehmen an Rhein und Ruhr.

Was ist Ihr interessantestes Entwicklungsprojekt bei Industrie- und Gewerbeflächen derzeit?

Eindeutig Wedau. Hier sollen in den nächsten zwei Jahren die Flächen aufbereitet werden für uni-nahe Betriebe. Also sowohl für Ausgründungen als auch Firmen, die die Nähe zur Universität Duisburg-Essen suchen – beispielsweise aufgrund von Kooperationen oder wegen ihrer Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Hier strecken wir momentan schon unsere Fühler aus zu Firmen, die sich dort aufgrund ihrer Branchenzugehörigkeit optimal ansiedeln könnten.

Aus welchen drei Branchen haben Sie die stärksten Nachfragen?

Mit großem Vorsprung: aus der Logistik. Duisburg ist nicht umsonst die Logistikkreuzung schlechthin. Danach folgen Dienstleistungen und damit Bürojobs jeglicher Art. Das sind zum Teil aber auch Mischformen aus Großhandel und Logistik, also logistische Dienstleistungen. Zum Beispiel aus dem Bereich Medizinlogistik für den Krankenhausbetrieb. Als Drittes natürlich produktionsnahe beziehungsweise produktionsunterstützende Dienstleistungen. Hierbei werden die Produkte grundsätzlich im Ausland produziert, während Montage, Service und Wartung, die Kundenbetreuung oder Produktschulung sowie Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten im Inland stattfinden – durch heimische Vertriebsingenieure oder örtliche Handwerker.

Was wünschen Sie sich von der Politik in Bezug auf die Flächensituation?

Eine gleichberechtigte Berücksichtigung aller Interessen. Nur da, wo Arbeitsplätze entstehen können, entsteht Kaufkraft – von der der gesamte Wirtschaftsstandort profitiert. Duisburg wird in puncto Flächen nachgefragt. Diese Anfragen müssen wir bedienen können, damit Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen in Duisburg möglich bleiben.

Warum können Investoren trotz „ausreichend“ Flächen nicht bedient werden?

Bei gleichbleibender durchschnittlicher jährlicher Flächeninanspruchnahme würden die derzeit verfügbaren Flächenreserven im Kreis Wesel rein rechnerisch noch etwa elf Jahre, in der Stadt Duisburg nur noch zirka drei Jahre ausreichen. Allerdings finden bereits heute viele Betriebe keine geeigneten Gewerbeflächen und die Wirtschaftsförderungen vor Ort können Anfragen von heimischen Betrieben, die expandieren wollen oder von auswärtigen Unternehmen, die sich für einen bestimmten Standort interessieren, schon jetzt häufig nicht bedienen. Woran liegt das?

Die zum Teil jetzt schon örtlich auftretende Baulandknappheit beruht (noch) nicht auf der zu geringen Menge an Flächenangeboten, sondern vielmehr auf der mangelnden Qualität der bestehenden Flächen. Viele der planerisch ausgewiesenen Gewerbeflächen sind nicht marktgängig. Diese scheinbar paradoxe Situation, dass der Bedarf an Gewerbeflächen rein rechnerisch zwar gedeckt werden kann, Neuausweisungen aber dennoch erforderlich sind, weil Unternehmen keine Flächen finden, wird auch als „Baulandparadoxon“ bezeichnet.

Welche Flächen sind vermarktbar?

Ob eine Gewerbefläche als marktgängig und „qualitativ hochwertig“ eingestuft wird, hängt vom jeweiligen Einzelfall ab. Unternehmen unterschiedlicher Branchen haben verschiedene Standortanforderungen. Für produzierende und emittierende Betriebe sowie für Logistikunternehmen lassen sich Kriterien benennen, die „idealtypisch“ sind:

1. Ausreichende Größe

Bei der Suche nach einem geeigneten Standort kommt es für das ansiedlungswillige Unternehmen auf eine ausreichend große und zusammenhängende Fläche an. Der Unternehmer muss langfristig denken und neben den aktuellen Ansprüchen auch zukünftige Erweiterungsmöglichkeiten einkalkulieren. Im Rahmen des Gewerbeflächenkonzeptes für den Kreis Wesel konnte beispielsweise nachgewiesen werden, dass die Nachfrage nach Flächen zwischen drei und zehn ha besonders groß ist.

2. Gute Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz

Insbesondere für Logistikunternehmen ist eine verkehrsgünstige Lage an das überörtliche Straßennetz sowie gegebenenfalls an Schiene und Wasserstraße von hoher Bedeutung. Wie bei der Ansiedlung des von Audi beauftragten Automobillogistikers Schnellecke Logistics im Duisburger Hafen. Aber auch produzierende Unternehmen sind in der Regel auf einen reibungslosen Ablauf

vor, dass die Immissionsschutzbehörden Betrieben nachträgliche Anordnungen auferlegen können – zum Beispiel Einschränkung des Nachtbetriebs oder der An- und Ablieferzeiten sowie technische Vorkehrungen zur Lärmreduzierung –, wenn eine Wohnbebauung im Laufe der Zeit an die Gewerbefläche „herangerückt“ ist.

„Ausschlaggebend für die Ansiedlung auf dem Logport-II-Gelände war für uns die Tatsache, dass wir hier neben einer guten Lkw-Erreichbarkeit auch über einen Bahn- und Wasserstraßenanschluss verfügen. Damit sind wir optimal an die großen Seehäfen in Rotterdam und Antwerpen angebunden“, sagt René Elbert, Geschäftsführer der Schnellecke Logistics Germany

René Elbert, Schnellecke Foto: © Schnellecke Logistics

des An- und Ablieferverkehrs sowie den schnellen Transport der produzierten Waren an die Kunden angewiesen.

3. Ausreichend große Abstände zu Wohnnutzungen

Für emittierende Betriebe und Unternehmen mit 24-Stunden-Betrieb ist der Abstand zur umliegenden Wohnbebauung von existenzieller Bedeutung. Denn das deutsche Immissionsschutzrecht ist sehr weitreichend. Die Regelungen sehen sogar

4. Keine „sonstigen Restriktionen“

Es gibt viele Faktoren, die der Entwicklung einer Gewerbefläche entgegenstehen können. Hierzu zählen etwa Altlasten, Baugrundprobleme, Artenschutzbelange oder verkaufsunwillige Eigentümer beziehungsweise Eigentümer mit überhöhten Preisvorstellungen. Sobald auch nur einer dieser Faktoren vorliegt, kann dies der K.o. für die gewerbliche Entwicklung einer Fläche sein, auch wenn alle sonstigen Rahmenbedingungen erfüllt sein mögen.

Flächennutzung im Bezirk der Niederrheinischen IHK im Jahr 2014

Quelle: (C)copyright Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen und eigene Berechnungen der IHK NRW.
Basis: Tabelle 33111-02ir: Gewerbe- und Industriefläche = Gebäude- und Freifläche Gewerbe + Betriebsfläche Gewerbe – Abbauland

Insgesamt sehen die Duisburger Planungen ein Wirtschaftsflächenangebot von 240 ha für die nächsten 15 bis 20 Jahre vor.

Gewerbegebiet Mevissen, Duisburg

Foto: Stadt Duisburg, Amt für Baurecht und Bauberatung

Wie sieht die Realität aus? Von Nutzungsrestriktionen und „Planungsleichen“

Viele der in der Realität planerisch gesicherten Flächen am Niederrhein weisen die genannten Qualitätsmerkmale nicht oder nur in unzureichendem Maße auf. Im Jargon der Stadtplaner werden diese nicht marktgängigen Flächen „Planungsleichen“ genannt. Sie stehen seit Jahren oder teilweise seit Jahrzehnten in den Flächennutzungsplänen der Kommunen, ohne dass sich dort je Firmen angesiedelt hätten. Der Abbau der Restriktionen, die eine Vermarktung der Gewerbeflächen verhindern, stellt

daher eine der zentralen Aufgaben der Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsförderungspolitik der kommenden Jahre dar. Wie bedeutend das Problem gerade im Ruhrgebiet ist, belegt wieder die Studie der wmr.

Bezogen auf das gesamte Ruhrgebiet handelt es sich bei fast der Hälfte aller planerisch gesicherten Gewerbeflächen um „Planungsleichen“, sie stehen nicht beziehungsweise nicht kurzfristig zur Verfügung.

Flächenpotenziale und anteilige Nutzungsrestriktionen in Duisburg und im Kreis Wesel

Kommune	Gesamtpotenzial in ha	Mit Restriktionen	Mit Restriktionen in %	Restriktionsfrei	Restriktionsfrei in %
Alpen	7,51	0,00	0,00	7,51	100,00
Dinslaken	27,65	11,20	40,51	16,45	59,49
Duisburg	124,48	29,92	24,03	94,57	75,97
Hamminkeln	11,19	8,34	74,50	2,85	25,50
Hünxe	20,77	13,96	67,20	6,81	32,80
Kamp-Lintfort	20,11	19,41	96,51	0,70	3,49
Moers	39,54	13,53	34,21	26,01	65,79
Neukirchen-Vluyn	16,47	4,90	29,73	11,57	70,27
Rheinberg	26,06	1,06	4,06	25,00	95,94
Schermbeck	6,56	1,39	21,11	5,18	78,89
Sonsbeck	13,66	6,41	46,91	7,25	53,09
Voerde	81,65	21,00	25,72	60,65	74,28
Wesel	75,78	31,26	41,25	44,52	58,75
Xanten	5,44	0,86	15,90	4,58	84,10

Quelle: Gewerbliches Flächenmanagement Ruhr, Marktbericht III, Februar 2015

4 Fragen an ...

Michael Düchting – Leiter der EntwicklungsAgentur Wirtschaft, Kreis Wesel

Michael Düchting Foto: © EAW

Warum sollte sich ein Unternehmen für den Standort Kreis Wesel entscheiden?

Der Kreis Wesel hat eine gute Lage, einerseits an der Rheinschiene und zum anderen am Rande des Ballungsraumes Ruhr und in Grenzlage zu den Benelux-Staaten. Investoren schätzen vor allem die trimodalen Verkehrsverbindungen an Schiene, Straße und Wasser. Über die Rhein-Häfen ist der Kreis Wesel sowohl mit den wichtigen Seehäfen Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen als auch mit dem Netz der Schifffahrtskanäle verbunden. Ein gutes Grundstücksangebot – insbesondere auch an größeren Flächen – zu vernünftigen Konditionen sind ein weiteres Plus.

Was ist Ihr interessantestes Entwicklungsprojekt derzeit?

Die Kernkompetenz des Kreises liegt eindeutig in der Logistik, hier arbeiten rund zwölf Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der weitere Ausbau des Hafens DeltaPort, in dem der Hafen Emmelsum, der Stadthafen Wesel und der Rhein-Lippe-Hafen mit seinem erheblichen Flächenangebot zusammengeführt wurden, ist daher ein zentrales Entwicklungsprojekt. Schon heute werden im DeltaPort pro Jahr rund fünf Millionen Tonnen Güter aller Art umgeschlagen, und es sollen nach Ausbau und Erweiterung noch viel mehr werden. Wir wollen weitere große und logistisch gut angebundene Gewerbeareale an anderen links- und rechtsrheinisch gelegenen Standorten entwickeln.

Aus welchen drei Branchen kommen die stärksten Nachfragen?

Passend zu unserem Profil kommen die meisten Nachfragen aus dem Bereich der Logistik beziehungsweise logistikorientierter Unternehmen. Aber auch allgemein von produzierenden Betrieben, die die multimodalen Verkehrsverbindungen nutzen wollen sowie von unternehmensbezogenen Dienstleistern und Onlinehändlern. Der Einzelhandel ist ebenfalls sehr interessiert. Die Eröffnung der Neutor-Galerie in Dinslaken oder die Pläne zur Grafen-Galerie in Moers zeigen, dass hier Entwicklungspotenzial ist.

Was wünschen Sie sich von der Politik in Bezug auf die Flächensituation?

Für unsere weitere wirtschaftliche Entwicklung und den Strukturwandel, den der Kreis bisher gut bewältigt hat, ist ein ausreichendes Grundstücksangebot unabdingbar. Auch der zweite Entwurf des Landesentwicklungsplanes ist aus meiner Sicht bei den Anforderungen, um neue Industrie- und Gewerbegebiete ausweisen zu können, viel zu restriktiv. Bei allem Verständnis für den sorgfältigen Umgang mit unseren endlichen Flächenpotenzialen erwarte ich dennoch von der Landes- und Regionalplanung, dass sowohl für die Entwicklung der heimischen Wirtschaft als auch für Neuansiedlungen angemessene und marktgerechte Gewerbeflächen flexibel bereitgestellt werden können. Wir haben als Ballungsrand eine wichtige Entlastungsfunktion für den Ballungskern – gerade bei den Industriegebieten. Das muss berücksichtigt werden.

Nördlich des Weikensees – rechts auf dem Bild – sieht man eine der beiden Teilflächen des geplanten Kooperationsstandortes, für den sich die Stadt Hamminkeln, der Kreis Wesel und die IHK einsetzen. Auf der Fläche links der Autobahn ist zwischenzeitlich das Hochregallager der Firma Bonita entstanden. Foto: Industrie-Luftbild

Nur 2,91 Prozent der Landfläche NRWs wird von Gewerbe und Industrie genutzt.

Woran hakt es bei der Flächenausweisung?

Die Forderung der Wirtschaft an die Kommunen, neue marktfähige Gewerbeflächen auszuweisen, drängt sich geradezu auf. Die meisten Städte und Gemeinden sind auch bereit, dies zu tun, denn durch die Bestandsentwicklung und Ansiedlung neuer Betriebe entstehen Arbeitsplätze und werden Gewerbesteuererinnahmen erzielt. Aber sie stoßen auf eine Vielzahl von Hindernissen. Bundes- und europarechtliche Vorgaben, beispielsweise zum Immissionsschutz oder zum Natur- und Artenschutz, können die Planverfahren erheblich in die Länge ziehen oder gar zum Scheitern bringen. Hinzu kommt ein verschlungenes deutsches Planungssystem.

Grundsätzlich besitzen die Städte und Gemeinden zwar die kommunale Planungshoheit. Dennoch sind sie bei der Ausweisung von Bauland nicht frei, denn die kommunalen Bauleitpläne sind an die sogenannten Ziele der Raumordnung anzupassen. Diese werden in den Regionalplänen und im Landesentwicklungsplan festgelegt.

Vorgaben in Landes- und Regionalplänen

Die landes- und regionalplanerischen Rahmenbedingungen befinden sich in NRW derzeit im Umbruch. Sowohl der Landesentwicklungsplan (LEP) für das gesamte Land NRW als auch die Regionalpläne Düsseldorf (mit dem Kreis Kleve) und Ruhr (mit dem Kreis Wesel und der Stadt Duisburg) werden derzeit neu aufgestellt. Der LEP legt die mittel- und langfristigen strategischen Ziele zur räumlichen Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen fest. Er enthält Vorgaben für die nachgeordneten Regionalplanungsbehörden und die Kommunen, die diese bei ihren Planungen umsetzen müssen. Die grundsätzliche Ausrichtung des LEPs zielt auf einen sparsamen Umgang mit Fläche ab. So soll die Flächeninanspruchnahme zu Siedlungs- und Verkehrszwecken mittelfristig auf fünf ha und langfristig auf null ha pro Tag reduziert werden. Dies soll unter anderem dadurch erreicht werden, dass neue Wohn- und Gewerbestandorte zukünftig vorrangig auf Brachflächen ausgewiesen werden. Bei der Gewerbeflächenentwicklung wird künftig zudem die interkommunale Kooperation für die Städte und Gemeinden vorgeschrieben.

Diese restriktiven Vorgaben werden sowohl von der Wirtschaft als auch von den Kommunen stark kritisiert. Ulrich Geilmann ist Technischer Beigeordneter der Stadt Neukirchen-Vluyn und damit hauptverantwortlich für die Stadtplanung in der Kommune am linken Niederrhein. Er sagt: „Das Ziel, den Nettoflächenverbrauch langfristig auf null ha zu reduzieren, ist nicht praxisnah. Um eine aktive Stadtentwicklungspolitik betreiben zu können, benötigen wir auch langfristig ausreichend Handlungsspielräume.“

Die Auflagen sind schwer nachvollziehbar, wenn man sich vergegenwärtigt, dass nur 2,91 Prozent der Landesfläche NRWs von Gewerbe und Industrie genutzt werden. Im Bezirk der Niederrheinischen IHK sind es sogar nur 2,71 Prozent.

Wie funktioniert die Flächen- bedarfsberechnung?

Die Regionalpläne Düsseldorf und Ruhr müssen die Vorgaben des LEPs auf regionaler Ebene umsetzen und enthalten selbst die Vorgaben für die kommunale Bauleitplanung. Sie legen unter anderem den Umfang der neu auszuweisenden Bauflächen für gewerbliche Nutzungen in den einzelnen Kommunen fest. Dies geschieht auf der Basis von Bedarfsprognosen. Dem rechnerisch ermittelten Gewerbeflächenbedarf werden dann die Flächenreserven, also die planerisch gesicherten, aber noch „freien“ Gewerbeflächen, gegenübergestellt und bilanziert.

Das Problem hierbei ist: die „Planungsleichen“ werden auf die Reserven angerechnet, obwohl sie für Ansiedlungen kaum geeignet sind. Damit stehen den Unternehmen vor Ort tatsächlich deutlich weniger Flächen zur Verfügung, als den Bilanzen des Regionalplans zu entnehmen ist.

Verschärft wird diese Situation zusätzlich, weil die planenden Kommunen häufig die ihnen von der Regionalplanung zugestandenen Flächenpotenziale nur unzureichend ausnutzen. Die Studie „Vom Brutto zum Netto“ der IHKs in NRW hat nachgewiesen, dass in NRW im Durchschnitt nur zwei Drittel der Flächen, die im Regionalplan für Industrie und Gewerbe zur Verfügung stehen, für Unternehmenszwecke nutzbar sind. Die Ursache hierfür ist, dass der Anteil der Grünflächen, die in den Gewerbegebieten festgesetzt werden, in den letzten Jahren immer größer geworden ist. Demnach lag die tägliche Flächeninanspruchnahme von Gewerbe und Industrie im Jahr 2012 mit 0,4 Hektar weit hinter der anderer Nutzungen. 2014 wurden täglich sogar 0,5 Hektar Gewerbe- und Industrieflächen „zurückgegeben“, wenn man ganz NRW betrachtet. Grund für die geringe Ausnutzbarkeit der Regionalplanflächen sind zahlreiche planungs- und umweltrechtliche Regelungen, die seit Mitte der 90er-Jahre eingeführt worden sind.

Duisport Logport 1

Foto: Hans Blossley

Gewerbegebiet Issum

Foto: Wirtschaftsförderung Kreis Kleve

4 Fragen an ...

Hans-Josef Kuypers – Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Kreis Kleve

Hans-Josef Kuypers

Foto: © Wirtschaftsförderung Kreis Wesel

Warum sollte sich ein Unternehmen für den Standort Kreis Kleve entscheiden?

Unsere Pluspunkte sind die unmittelbare Nähe zu den Niederlanden, der schnell wachsende Hafen in Emmerich am Rhein, der Airport Weeze sowie die noch junge aber anziehungsstarke Hochschule Rhein-Waal. Wir

haben mehr als 400 Hektar Gewerbe- und Industrieflächen mit Anbindung an die Autobahnen A 3, A 40 und A 57 – genau jene Ansiedlungschancen, die heute andernorts vielfach fehlen. Hinzu kommt die touristische Attraktivität, unsere Übernachtungszahlen steigen seit Jahren stetig und deutlich. Ich sage immer: Im Kreis Kleve kann man genau da arbeiten, wo andere Urlaub machen. Ein, so glaube ich, überzeugendes Argument für jeden Unternehmer, der auch an seine Familie denkt.

Was ist Ihr interessantestes Entwicklungsprojekt derzeit?

Wir hoffen, dass das starke Wachstum im Logistik-Segment weiterhin anhält. Hier ist am meisten „Musik drin“. Auch deshalb wünschen wir uns als Wirtschaftsförderer, dass wir an den Standorten Emmerich am Rhein, Goch/Weeze und Straelen, also direkt an den Autobahnabfahrten, große Gewerbe- und Industrieflächen zugesprochen bekommen. Hier sehen wir gespannt auf den nächsten Regionalplan und wären dankbar,

wenn auch die vorhandene Rückendeckung der Industrie- und Handelskammer in diesem Punkt zum Erfolg führte.

Aus welchen drei Branchen haben Sie die stärksten Nachfragen?

Neben der starken Nachfrage aus dem Bereich Logistik rechnen wir uns die besten Chancen aus für neue Ansiedlungen im Segment Ernährungswirtschaft. Wir sind eine gestandene Agrobusiness-Region und haben eine regelrecht wörtlich gewachsene Nähe zur Frische auf dem Feld. Und – das mag den einen oder anderen überraschen – wir haben ein sehr lebendiges Gründungs-geschehen. Ich bezeichne den Kreis Kleve durchaus als Gründerregion. Im letzten Jahr zählten wir in den 16 Städten und Gemeinden 2 961 neue Gewerbeanmeldungen, das sind 2,4 Prozent mehr als im Vorjahr und 5,2 Prozent mehr als im Schnitt des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Menschen im Kreis Kleve haben Mut zur Selbstständigkeit.

Was wünschen Sie sich von der Politik in Bezug auf die Flächen-situation?

Wir hoffen darauf, dass der Virtuelle Gewerbeflächenpool – ein Alleinstellungsmerkmal für den Kreis Kleve – nach fünf Jahren „Testphase“ seine Vertragsverlängerung bekommt. Das Instrument bietet Ansiedlungschancen auch an Standorten, die früher so nicht zu entwickeln waren. Der „Pool“ hat hier manchem Logistiker – beispielsweise in Rees – schon seine Expansionsvorhaben gesichert. Und er ist, wenn ich das mal unbescheiden sagen darf, ein toller Beweis für unsere Kreativität und Flexibilität.

Wie kann Gewerbeflächenentwicklung dennoch gelingen?

IHK sieht die Chance interkommunaler Kooperation

Um die wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen in der Region zu sichern, hat die IHK gemeinsam mit den Kreisen Wesel und Kleve jeweils ein regionales Gewerbeflächenkonzept erarbeitet. Ziel ist die Neuausweisung von Gewerbeflächen, die nach den Vorgaben des LEP nur noch auf der Grundlage regionaler Kooperation möglich ist.

Kreis Wesel: Auswahl von Kooperationsstandorten und „Entsorgung von Planungsleichen“

Ausgangspunkt für Konzeptentwicklung im Kreis Wesel war die derzeit laufende Neuaufstellung des Regionalplans Ruhr. Die Regionalplanungsbehörde beim RVR hat die Kommunen im Verbandsgebiet aufgefordert, sogenannte Kooperationsstandorte zu melden. Hierbei handelt es sich um große zusammenhängende Flächen, die sich potenziell für die Entwicklung regional bedeutsamer Gewerbeansiedlungen eignen und die von den Kommunen in interkommunaler Kooperation geplant werden sollen. Insgesamt konnten der Regionalplanungsbehörde nun sechs Potenzialstandorte im gesamten Kreisgebiet vorgeschlagen werden. Dadurch besteht berechtigte Hoffnung, für die Zukunft ein qualitativ und quantitativ adäquates Gewerbeflächenangebot im Kreis Wesel zu sichern.

Daneben wurden etliche „Planungsleichen“ identifiziert, die im Rahmen eines Flächentauschs entsorgt werden können. Durch die interkommunal abgestimmte Rücknahme dieser Flächen aus den Flächennutzungsplänen ergibt sich die Chance, neue marktgängige Flächen an geeigneter Stelle auszuweisen.

Kreis Kleve: Ergänzung des „Virtuellen Gewerbeflächenpools“ und Ansiedlung von Logistik

Im Kreis Kleve bestehen aufgrund des „Virtuellen Gewerbeflächenpools“ bereits ausgeprägte Erfahrungen mit interkommunalen Kooperationen. Der Gewerbeflächenpool ist ein gut funktionierendes Instrument, das es den Kommunen ermöglicht, relativ schnell und flexibel neues Baurecht für Gewerbebetriebe zu schaffen. Er hat jedoch einen Haken: Er ermöglicht nicht, große zusammenhängende Flächen über zehn ha zu entwickeln. Genau dies sind aber Flächengrößen, die für Betriebe aus dem Logistikbereich interessant sind – derzeit gibt es kein solches Flächenangebot. Die Wirtschaftsförderung des Kreises Kleve musste deswegen in der jüngeren Vergangenheit etliche konkrete Anfragen von Logistikunternehmen abweisen.

Der Kreis Kleve gehört zur Planungsregion Düsseldorf. Auch hier wird der Regionalplan derzeit neu aufgestellt. Der vorliegende Planentwurf sieht jedoch keine Flächenausweisungen vor, die den Anforderungen moderner Logistikunternehmen gerecht werden. Dies haben der Kreis Kleve, die Kreiswirtschaftsförderung, die kreisangehörigen Kommunen und die IHK zum Anlass genommen, um der Bezirksregierung Düsseldorf mit einem abgestimmten Konzept einen Vorschlag für drei Gewerbeflächen zu unterbreiten, die größer als zehn ha sind und sich für eine Regionalplandarstellung anbieten. Weiteres wichtiges Thema im Kreis Kleve ist die Erweiterung des Hafens in Emmerich. Die 2015 hier umgeschlagenen 140 000 TEU (Twenty-foot

Equivalent Unit, kurz: Standardcontainer) haben den im neuen LEP als landesbedeutsam eingestuften Hafen an die Kapazitätsgrenze gebracht. Die stetige Zunahme der Güterverkehre aus Richtung Rotterdam, der Ausbau benachbarter Logistikstandorte und die Nähe zu den Niederlanden lassen auch für die nächsten Jahre weiteres Wachstum für den Standort erwarten. Eine Erweiterung der Hafenanlage ist dringend erforderlich. Für die dafür infrage kommende Fläche müsste jedoch der Zuschnitt eines FFH-Gebiets verändert werden. Im Rahmen eines Flächentauschs bestünde die Möglichkeit, das Schutzgebiet insgesamt sogar aufzuwerten und gleichzeitig das Hafeneareal zu verdichten. Damit könnte das Erweiterungsprojekt zu einer Win-win-Lösung für Wirtschaft und Umwelt werden.

Duisburg: Von Duisburg 2027 zu einem neuen Flächennutzungsplan

Auch in Duisburg werden gerade die Weichen für die zukünftige Wirtschaftsflächenentwicklung gestellt. Mit der Stadtentwicklungsstrategie „Duisburg 2027“ wurde im September 2015 der Orientierungsrahmen für die zukünftige städtebauliche Entwicklung durch den Stadtrat beschlossen. Duisburg 2027 bildet damit den Grundstein für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans und die Rahmenbedingungen für die Duisburger Unternehmen.

Insgesamt sehen die Duisburger Planungen ein Wirtschaftsflächenangebot von 240 ha für die nächsten 15 bis 20 Jahre vor. Allerdings fallen darunter auch die Flächen, die für großflächige Einzelhandelsnutzungen wie die Möbelhausansiedlungen Höffner und Ostermann oder das immer noch im Planverfahren befindliche Factory-Outlet-Center in Marxloh bereits reserviert sind. Bleibt die Flächeninanspruchnahme für gewerbliche Zwecke ähnlich hoch wie in der Vergangenheit, reichen 240 ha nicht aus. Legt man die durchschnittlichen Inanspruchnahmen der vergangenen Jahre zugrunde, wäre die Ausweisung von etwa 490 bis 660 ha neuer Gewerbefläche erforderlich, um den Bedarf der Wirtschaft an neuen Flächen zu decken. Hier besteht aus Wirtschaftssicht also noch Handlungsbedarf.

Fazit. Wie geht es weiter?

Die Verfahren zur Neuaufstellung des LEPs, der Regionalpläne Düsseldorf und Ruhr und des Duisburger Flächennutzungsplans schreiten weiter voran. Diese Planwerke werden in absehbarer Zukunft in Kraft treten und damit weitreichende Auswirkungen auf die Wirtschaftsflächenentwicklung am Niederrhein haben. Die IHK begleitet diese Prozesse kontinuierlich, einerseits durch den fachlichen Austausch mit den zuständigen Planungsbehörden, andererseits durch die regelmäßige Beratung der politischen Entscheidungsträger. Gemeinsam mit den Unternehmen setzt sie sich dabei bis zum Schluss für wirtschaftsfreundliche Lösungen ein. ●

Markus Gerber

IHK-Infobox

Ansprechpartner: Markus Gerber, Telefon 0203 2821 221,
E-Mail gerber@niederrhein.ihk.de

NETZWERKE für Unternehmen am Niederrhein

Netzwerke sind Plattformen, um Informationen zu erhalten und neue Kontakte herzustellen. Hier können neue Geschäftsideen entstehen, Interessierte können Projektpartner finden oder Erfahrungen austauschen. In dieser Reihe stellen wir Ihnen Netzwerke für Unternehmerinnen und Unternehmer in Duisburg und den Kreisen Wesel und Kleve vor, die die Niederrheinische IHK initiiert hat oder bei denen sie mitwirkt.

Gesundheitsnetzwerk Niederrhein

- **BRANCHE:**
Gesundheitswirtschaft
- **MITGLIEDER:**
41
- **BESTEHT SEIT:**
September 2013
- **WER KANN MITMACHEN?**
Unternehmen, Krankenhäuser, Forschungseinrichtungen und Akteure angrenzender Bereiche, die die Gesundheitswirtschaft am Niederrhein fördern und sich aktiv einbringen möchten.
- **ZIELE:**
Persönlicher Austausch, Förderung des Wissenstransfers, Stärkung der Gesundheitswirtschaft in der Region Niederrhein.
- **THEMEN:**
Unter anderem Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM), Fachkräftemangel in der Pflege und Versorgung, grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Euregio Rhein-Waal sowie aktuelle Trends und Entwicklungen in der Gesundheitswirtschaft.
- **AKTIVITÄTEN:**
Pro Jahr finden rund zehn Netzwerktreffen zu verschiedensten Themen der Gesundheitswirtschaft statt. Hinzu kommen einzelne Arbeitskreistreffen.
- **NÄCHSTER TERMIN:**
Aktuelle Termine und Ankündigen finden Sie regelmäßig auf unserer Website.
- **WAS IST BESONDERS?**
Die unterschiedlichsten Akteure der Branche vernetzen sich und arbeiten in neuen Zusammenhängen. Die Mitglieder können aktiv ihre Themen einbringen, sie gestalten die Veranstaltungen sowie das Vereinsleben mit.
- **ORGANISATION:**
Koordiniert wird das Netzwerk über die Niederrheinische IHK.
- **ROLLE DER IHK:**
Initiator, Geschäftsführung
- **HOME PAGE:**
www.gesundheitsnetzwerk-niederrhein.de
- **ALLE NETZWERKE:**
www.ihk-niederrhein.de/Netzwerke

INTERESSIERT?
MACHEN SIE MIT!

IHK-Infobox

Ansprechpartnerin bei der IHK:
Maïke Fritzsching, Telefon 0203
2821-286, E-Mail [fritzsching@
gesundheitsnetzwerk-niederrhein.de](mailto:fritzsching@gesundheitsnetzwerk-niederrhein.de)

Duale Ausbildung ist Erfolgsfaktor für Deutschland

Professor Nida-Rümelin warnt beim IHK-Neujahrsempfang vor falschen Vorbildern

Achtung Falle: Viele junge Leute streben auf die Hochschulen und Universitäten. Sie wollen Karriere machen. Von der Bildungspolitik wird das gefördert. Doch damit sind wir wirtschaftlich betrachtet auf dem Holzweg, warnt der frühere Staatsminister Professor Julian Nida-Rümelin. Der Philosophie-Professor diagnostiziert in Deutschland einen „Akademisierungswahn“ – so auch der Titel seines aktuellen Buches. Auf dem IHK-Neujahrsempfang betonte er, dass Stärke aus Vielfalt entstehe: „Lassen Sie uns die duale Ausbildung verteidigen, sie ist ein Erfolgsfaktor für Deutschland.“

Die deutsche Mittelschicht sei nicht akademisch geprägt – genau das mache ihre Stärke aus, führte Professor Nida-Rümelin vor rund 900 Gästen aus Politik und Wirtschaft aus. Je höher der durchschnittliche Akademisierungsgrad eines Landes sei, desto höher sei auch die Quote der arbeitslosen Jugendlichen. Als Beispiele nannte er Großbritannien und die USA. Mittelständische Unternehmen aus Deutschland hätten eine Spitzenstellung in der Welt – gerade im Bereich Industrie und Produktion. Hier mache man Karriere.

IHK-Präsident Landers lobte das anhaltende Engagement der Unternehmer

Damit traf Professor Nida-Rümelin einen Nerv bei den Gästen des Neujahrsempfanges. Auch am Niederrhein sind Industrie und Produktion stark ausgeprägte Wirtschaftszweige und Motor für Wohlstand und Wachstum. IHK-Präsident Burkhard Landers hob in seiner Rede die Bedeutung des Hafens und der Industrie für die Zukunft des Standortes hervor. In seiner

Rückschau würdigte er das vielfältige und anhaltende Engagement der Unternehmer, um die Integration der Flüchtlinge am Niederrhein zu ermöglichen. ●

mare

Weitere Impressionen zum Neujahrsempfang finden Sie auf unserer Website www.ihk-niederrhein.de und auf Facebook

/ihk.niederrhein

Gruppenbild mit den diesjährigen Gewinnern: (v. l.) Dirk Suceska (Targo Dienstleistungs GmbH), Dr. Stefan Dietzfelbinger (Niederrheinische IHK), Rainer Morawietz (Targo Dienstleistungs GmbH), Oberbürgermeister Sören Link, Martina Tinnefeld (Franz Haniel & Cie GmbH) und Wolfgang Schmitz (Unternehmerverband)
Foto: Unternehmerverband

Familienfreundliche Unternehmen aus Duisburg ausgezeichnet

Wettbewerb ging in die zweite Runde

Die Franz Haniel & Cie GmbH und die Targo Dienstleistungs GmbH sind im Dezember letzten Jahres im Rahmen einer Feierstunde im Haus der Unternehmer für ihr familienfreundliches Engagement ausgezeichnet worden. Damit ging der Wettbewerb, den das Duisburger Bündnis für Familie im Jahr 2014 zum ersten Mal ausgelobt hatte, in die zweite Runde.

Partner des Bündnisses sind neben der Niederrheinischen IHK, dem Unternehmerverband und der Stadt Duisburg auch der DGB, die Wirtschaftsunioren, die Agentur für Arbeit, das Jobcenter und die Wohlfahrtsverbände. Gemeinsam verfolgen sie das Ziel, Familienfreundlichkeit sichtbar zu machen und so positive Signale für den Standort Duisburg zu setzen.

Insgesamt hatten sich zwölf Unternehmen um den Titel „Familienfreundliches Unternehmen 2015“ beworben. Die eingegangenen Bewerbungen reichten dabei von kleinen kreativen Maßnahmen über innovative Ideen bis hin zu ganzheitlichen familienfreundlichen Konzepten. Trotz unterschiedlicher betrieblicher Vorausset-

zungen, erfüllten alle Einsendungen das wichtigste Kriterium: Sie alle zeigten großes Engagement in Sachen Familienfreundlichkeit. Daher war es für die Jury, die aus Vertretern des lokalen Bündnisses bestand, auch dieses Mal keine leichte Aufgabe, sich für das familienfreundlichste Unternehmen in Duisburg zu entscheiden.

Am Ende konnten sich das umfassendste sowie das innovativste Konzept durchsetzen. Das entscheidende Kriterium für den Preisträger Haniel & Cie GmbH war die unglaubliche Breite des familienfreundlichen Angebots. Das Family-Equity-Unternehmen mit rund 200 Mitarbeitern am Standort Duisburg zeigte mit seinen familienfreundlichen Maßnahmen, dass es trotz seiner wirtschaftlichen Größe immer ein Familienbetrieb geblieben ist, der offenbar genau weiß, was Familien brauchen. Haniel bietet seinen Mitarbeitern Betriebssport, ein Mitarbeiterrestaurant, in dem Wert auf gesunde und ausgewogene Ernährung gelegt wird, Homeoffice, Vertrauensarbeitszeit und vieles mehr. Besonderen Wert legt Haniel zudem auf die interne Kommunikation dieser Angebote: Mit einem umfangreichen Intranet-Angebot bietet das Familienunternehmen seinen Beschäftigten einen Überblick über sämtliche Leistungen, Informationsangebote, Termine oder Formulare, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

Den Preis für ihr besonders innovatives Konzept bekam die Targo Dienstleistungs GmbH. Die Targobank gehört zur französischen Genossenschaftsbank Crédit Mutuel und ist eine Privatkundenbank. Die Unternehmenszentrale hat ihren Sitz in Düsseldorf, das Dienstleistungszentrum in Duisburg. Mit einer Mischung aus familienfreundlichen Standards und besonders innovativen Angeboten hat die Targo Dienstleistungs GmbH die Jury überzeugt. Kita-Plätze in unmittelbarer Büronähe, Kinderbetreuung bei Seminaren in der unternehmenseigenen Akademie, ein Event, bei dem Auszubildende den Eltern ihren Arbeitsplatz zeigen, ein mehrfach ausgezeichnetes Gesundheitsmanagement, ein Fußballturnier für Mitarbeiterkinder sowie ein jährliches Weihnachtsfamilienfest sind nur einige der zahlreichen Angebote, die das Unternehmen als attraktiven und familienfreundlichen Arbeitgeber auszeichnen.

Auch die restlichen zehn Bewerber gingen nicht leer aus. Jedes Unternehmen wurde mit einer eigens für die Auszeichnung erstellten Grafik des bekannten Cartoonisten Dirk Meissner für das familienfreundliche Engagement gewürdigt. Hierzu zählten: Indunorm Bewegungstechnik GmbH, Haeger & Schmidt International GmbH, Wirtschaftsbetriebe Duisburg – AöR, Volksbank Rhein-Ruhr eG, Start Zeitarbeit NRW GmbH, Deutscher Kinderschutzbund Duisburg e. V., Krohne Messtechnik GmbH, Siemens AG, Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH und Krankikom GmbH.

Auch Oberbürgermeister Sören Link freute sich über die Qualität der eingegangenen Bewerbungen. Er sieht die bestehende familienfreundliche Arbeit in Duisburger Unternehmen bestätigt: „Betriebe, die sich um Rahmenbedingungen für Familien kümmern, werben damit für sich und unseren Wirtschaftsstandort.“ Alle Initiatoren betonten den hohen Stellenwert von Familienfreundlichkeit als Erfolgsfaktor für Unternehmen. „Wer Mitarbeiter für sich gewinnen und langfristig an sich binden möchte, muss ihre familiäre Situation berücksichtigen“, so Dr. Stefan Dietzfelbinger, Hauptgeschäftsführer der Niederrheinischen IHK. Das habe der Wettbewerb erneut eindrucksvoll gezeigt.

Anzahl ausländischer Unternehmen deutlich gewachsen

Studie der Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet

Die Ruhrwirtschaft wird internationaler: Von etwas mehr als 243 000 IHK-zugehörigen Unternehmen im Ruhrgebiet sind fast 25 600 ausländischer Herkunft. Damit wird jeder zehnte Betrieb von einem ausländischen Mitbürger gegründet – so das zentrale Ergebnis der aktuellen Untersuchung „Ruhrwirtschaft International 2015/16 – Ausländische Unternehmen im Ruhrgebiet“. Die Untersuchung wurde von den sechs IHKs im Ruhrgebiet – das sind die IHKs Duisburg, Dortmund, Essen, Hagen, Mittleres Ruhrgebiet und Nord Westfalen (Emscher-Lippe-Region) – durchgeführt.

Nach 2008 haben die IHKs erneut den Bestand der ausländischen Unternehmerschaft in Handel, Dienstleistungen und Industrie analysiert. Erfasst wurden Betriebe, die in das Handelsregister (HR) eingetragen sind oder sich als Kleingewerbetreibende angemeldet haben. Interessant dabei: Während die Gesamtzahl der

Vertreter der Ruhr-IHKs stellten die aktuelle Studie zu ausländischen Unternehmen im Ruhrgebiet vor (v. l.): Dr. Thomas Hanicke, Geschäftsführer und Leiter Außenwirtschaft der Niederrheinischen IHK, Frank Herrmann, Geschäftsführer und Fachbereichsleiter International der Südwestfälischen IHK zu Hagen, Jutta Kruff-Lohrengel, Präsidentin der IHK zu Essen, Wulf-Christian Ehrlich, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK zu Dortmund, Veronika Lühl, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der IHK zu Essen, Peter Schnepfer, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Nord Westfalen, Dr. Hans-Peter Merz, Leiter International der IHK Mittleres Ruhrgebiet.

Foto: IHK zu Essen/Mike Henning

IHK-zugehörigen Unternehmen im Ruhrgebiet seit 2008 nur um zirka drei Prozent gestiegen ist, hat die Anzahl ausländischer Unternehmen im selben Zeitraum um nahezu 50 Prozent zugenommen. Dabei ist der Anteil der ausländischen HR-Unternehmen überproportional um rund 90 Prozent auf 3 030 gestiegen, die Zahl der Kleingewerbetreibenden „nur“ um 45 Prozent auf 22 568. Die Unternehmen kommen aus fast 160 Ländern: Am häufigsten angesiedelt haben sie sich im Bezirk der IHK zu Essen (6 292) und der IHK Nord Westfalen (6 010). Ihnen folgen die IHK-Bezirke Dortmund (5 038), Duisburg (4 143), Mittleres Ruhrgebiet (2 749) und Hagen (1366).

Alle Ergebnisse der Studie unter www.ihks-im-ruhrgebiet.de ●

Ein ergänzender TV-Beitrag zu diesem Thema ist auch direkt über den QR-Code oder in der tw-aktuell-Mediathek unter www.ihk-niederrhein.de abrufbar.

Schiedsgericht der Schifferbörse

Besuch des Schiffsführungssimulators

Seit einem halben Jahr gibt es das Schiedsgericht der Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort e. V. Hier können sämtliche Streitfälle verhandelt werden, die im Zusammenhang mit der Binnenschifffahrt stehen. Die Urteile des Schiedsgerichts werden von Fachleuten gefällt, die aus allen Bereichen der Schifffahrt kommen. 15 dieser Fachleute informierten sich jetzt über den Einsatz von Schiffsführungssimulatoren bei der Unfallermittlung.

Auf Einladung des Europäischen Sicherheitszentrums Duisburg e. V. und der Schifferbörse besichtigten die Experten den Simulator SANDRA (Simulator for Advanced Navigation Duisburg Research and Application) im Schiffer-Berufskolleg RHEIN. Die Schiedsrichter zeigten sich tief beeindruckt von den Möglichkeiten der Simulation. Mithilfe mathematischer Modelle sei es mög-

lich, Unfallvorgänge oder Havarien sehr realitätsnah zu rekonstruieren, erläuterte Joachim Zöllner vom Duisburger Entwicklungszentrum für Schiffstechnik und Transportsysteme e. V. (DST), das den 2008 in Betrieb genommenen Simulator entwickelt hat.

Beeindruckende 270-Grad-Projektion

Im Anschluss an den Fachvortrag hatten die Schiedsrichter die Möglichkeit, den Flachwasserfahrtsimulator selbst zu testen. Dabei konnten sie sich davon überzeugen, wie realistisch mithilfe einer 270-Grad-Panoramaprojektion die Fahrt eines Binnenschiffs simuliert werden kann. Frank Wittig, Vorsitzender der Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort e. V., kündigte zum Abschluss der Informationsveranstaltung an, dass das Schiedsgericht der Schifferbörse künftig eng mit den Betreibern des Simulators kooperieren werde.

Ansprechpartner für Informationen zum Schiedsgericht der Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort: Dr. Ansgar Kortenjann, Telefon 0203 2821-368, E-Mail kortenjann@niederrhein.ihk.de ●

Erfa-Kreis Wesel besichtigte KS-Recycling in Sonsbeck

Themenschwerpunkt „Energieeinsparungen“

Das Know-how für innovative Recyclingverfahren sitzt am Niederrhein unter anderem bei der KS-Recycling GmbH & Co. KG (KSR) im Kreis Wesel. Das Sonsbecker Unternehmen kann auf eine 50-jährige Firmengeschichte zurückblicken und gehört zu den ersten EMAS-zertifizierten Unternehmen in NRW. Die Erfahrungsaustauschgruppe – kurz Erfa – im Kreis Wesel durfte auf Einladung von Firmeninhaber Guido Schmidt, der auch neues Mitglied ist, einen Blick hinter die Kulissen werfen.

Durch innovative Recyclingverfahren stellt KSR aus Abfällen hochwertige und neue Produkte für die Industrie her, wie beispielsweise Heizstoffe, Schmierstoffe, Prozessöle und Chemikalien. Besonders beeindruckte die Mitglieder des Erfa-Kreises unter der Leitung ihres Vorsitzenden Michael Schulz, Hülskens Holding GmbH & Co. KG, das Neubauprojekt des Unternehmens im Rhein-Lippe-Hafen in Wesel. Dort entstehen ein komplettes Werk für die Produktion und Lagerung von Ölen und eine eigene Kläranlage. Für das neue Geschäftsfeld der Schiffsentsorgung und -reinigung ist ein Steiger zur Planung zur Be- und Entladung im Hafenbecken in Planung.

Netzwerk zur Energieeffizienz

Bei dem Firmenbesuch stellten die IHK-Energieexperten Michael Pieper und Elisabeth Noke-Schäfer den Teilnehmern

Im neuen Werk von KS-Recycling können Öle hergestellt und produziert werden. Dazu gehört auch eine eigene Kläranlage. Foto: KS-Recycling

den „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz“ und das „Energieeffizienznetzwerk Niederrhein“ vor. Der Aktionsplan unterstützt die Energiewende durch verschiedene Energieeffizienzmaßnahmen. Zu den vorgesehenen Bausteinen dieser Initiative zählen Information, Beratung und Finanzierung beziehungsweise Förderung von konkreten Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung.

Ansprechpartnerin für das Energieeffizienznetzwerk Niederrhein: Elisabeth Noke-Schäfer, E-Mail noke@niederrhein.ihk.de, Telefon 0203 2821-311 ●

Frist für Energieaudits bis Ende April verlängert

Große Unternehmen sollten zügig reagieren

Viele Unternehmen mussten bis zum 5. Dezember des vergangenen Jahres Energieaudits durchführen. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, kurz BAFA, hat nun einen Ermessensspielraum bis Ende April 2016 eingeräumt, da aufgrund der hohen Anzahl an auditpflichtigen Unternehmen nicht alle Verfahren abgeschlossen werden konnten. Mit Anfang des Jahres 2016 beginnt das BAFA mit der Überprüfung der Energieaudits bei den Unternehmen.

Unternehmen, die verpflichtet sind ein Energieaudit durchzuführen, bekommen nun einen Aufschub bis Ende April. Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) stellte klar, dass das BAFA bei seinen Überprüfungen von einem ernsthaften Bemühen der betroffenen Unternehmen zur Einführung eines Energieaudits ausgeht, wenn diese Frist eingehalten wird.

Das für den Vollzug zuständige BAFA wird Anfang des Jahres 2016 mit Stichprobenkontrollen beginnen. Unternehmen, die

ein Energieaudit beispielsweise wegen des Beraterengpasses erst nach der Frist abschließen konnten und die Gründe hierfür gegenüber dem BAFA glaubhaft darlegen können, müssen in der Regel nicht mit einem Bußgeld rechnen. Das Energiedienstleistungsgesetz sanktioniert nur ein verschuldetes Fristversäumnis.

Aber: Das BMWi weist ausdrücklich darauf hin, dass aufseiten des BAFA die Ermessensspielräume umso geringer sind, desto länger die Frist überschritten ist. Wer bis Ende April 2016 kein Energieaudit nachweisen kann, werde sich in der Regel nicht mehr auf einen objektiven Hinderungsgrund berufen können. ●

IHK-Infobox

Mehr Details: www.ihk-niederrhein.de/Energiemanagementsysteme, Ansprechpartnerin bei der Niederrheinischen IHK: Elisabeth Noke-Schäfer, Telefon 0203 2821-311, E-Mail noke@niederrhein.ihk.de

Ruhrgebiet setzt Lkws auf die richtige Spur

Navigationssystem entlastet Verkehr im Ballungsraum

Festgefahrene Lkws unter Brücken, Schwerlastverkehr in Spielstraßen, Abgase und Feinstäube in Wohnvierteln – diese Belastungen sind besonders im Ballungsraum Ruhrgebiet ein Problem für die Menschen. Deswegen haben die Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet in enger Kooperation mit der Wirtschaftsförderung metropoleruhr (wmr) sowie den Städten und Gemeinden das Referenzprojekt „Stadtverträgliche Lkw-Navigation in der Metropole Ruhr“ entwickelt – mit dabei auch Duisburg und der Kreis Wesel. Neben der verbesserten Routenführung haben die Städte damit auch einen internationalen Vorsprung im Güterverkehr erreicht. Inzwischen ist das System marktreif.

Das Navigationssystem mit Vorrangrouten für den Schwerlastverkehr im Ruhrgebiet soll die Verkehrssituation entlasten und ist eine praktische Hilfe für Logistiker: Es führt den Fahrer über die effizienteste und umweltfreundlichste Route zum Ziel. Die Vorrangrouten sind so definiert, dass verkehrsberuhigte Zonen und Hindernisse – wie enge Kurven, niedrige Brücken oder Sperrungen – umfahren werden können. Damit entlastet das Routing bestimmte Siedlungsbereiche und verringert Unfälle – etwa durch festgefahrene Fahrzeuge unter Brücken oder falsch eingeschätzte Straßenquerschnitte. Es berücksichtigt dafür unter anderem die Nutzlasten des Fahrzeugs sowie Achszahl und Fahrzeughöhe.

Die Dortmunder Spedition Fiege Mega Center Logistik testet das System. Speditionsleiter Thomas Teritte erklärt: „Gerade auf der ‚letzten Meile‘ werden Fahrten zeit- und kostenintensiv: Rund 15 Stopps durch Navigationsfehler, Engstellen, Baustellen und Staus müssen unsere Fahrer im letzten Abschnitt von der Autobahnabfahrt ans Ziel bewältigen.“

Handel und Logistik am Niederrhein profitieren

„Verkehre orientieren sich nicht an Stadtgrenzen. In diesem Projekt hat eine ganze Region einen flächendeckenden Lkw-Routenplan erarbeitet und digital verfügbar gemacht. Das ist bisher europaweit in dieser Form einzigartig. Von der Routenplanung profitieren nicht nur überregionale Verkehre, sondern auch die lokale Wirtschaft durch die Sicherung der Erreichbarkeit von Gewerbegebieten, Logistikzentren und Handelsstandorten“, betont Dr. Ansgar Kortemann, Teamleiter Verkehr und Logistik bei der Niederrheinischen IHK.

Müfit Örnekol ist Führer eines 40-Tonnen-Lastwagens für die Dortmunder Fiege Mega Center Logistik und testet die stadtverträgliche Lkw-Navigation. Foto: Christian Lord Otto

Bisher 41 Kommunen der Metropole Ruhr haben für ihr Gebiet stadtverträgliche Lkw-Vorrangrouten definiert und sie über eine Datenbank in marktgängige Navigationskarten eingepflegt, die sie zweimal jährlich aktualisieren. Die gebündelten Geodaten können Navigationskarten-Hersteller wie HERE kostenfrei nutzen und verarbeiten. Ziel ist eine möglichst breite Verwendung und Veredelung der Daten. Während sich das bislang einzigartige System im Rhein-Ruhr-Raum etabliert, macht es schon jetzt deutschlandweit Schule: Die Metropolregion Rheinland hat bereits verbindliche Kooperationsvereinbarungen mit den Kommunen abgeschlossen; weitere Regionen, wie der Rhein-Neckar-Raum, haben ebenfalls Interesse gezeigt.

Dieser Artikel ist im Rahmen des Projektes „Starke Partner – exzellente Projekte“, initiiert von der Klimametropole RUHR 2022, erschienen. ●

Stadtverträgliche Lkw-Navigation im Ruhrgebiet

- 3 Kooperationspartner und 41 beteiligte Kommunen für:
- 4 500 Logistikunternehmen mit 25 Milliarden Euro Jahresumsatz
- 160 000 Beschäftigte im Bereich Mobilität
- 1400 Gewerbegebiete

Mehr Informationen unter www.lkw-navigation.metropoleruhr.de, Ansprechpartner bei der Niederrheinischen IHK ist Mathias Dubbert, Telefon 0203 2821-231, E-Mail dubbart@niederrhein.ihk.de

Verkehrsminister Groschek ruft Jahrzehnt der Baustellen aus

Verkehrsfachtagung der Ruhr IHKs und wmr

Die Mobilität im Ruhrgebiet sei ein hohes Gut, für welches zusätzliche Investitionen notwendig wären, betonte NRW-Verkehrsminister Michael Groschek anlässlich der Verkehrsfachtagung der IHKs im Ruhrgebiet und der Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr (wmr) im Dezember in Bochum. Zugleich mahnte der Minister, dass die höheren Investitionen des Bundes für die Infrastruktur in NRW, vorübergehend zu mehr Engpässen auf Straße und Schiene führen könne, da viele Brückensanierungen und Straßenerneuerungen in nächster Zeit auf das Land zukommen würden.

Dies gilt in ganz besonderem Maße für die Region Niederrhein. Hier nur ein kleiner Überblick über die Baustellen: Die erste von drei Brücken des Karl-Lehr-Brückenzugs in Ruhrort wurde im Herbst 2015 für den Verkehr freigegeben. Die Sanierung der weiteren Brücken wird noch bis zum Jahr 2024 dauern. Die A40-Brücke in Neuenkamp wird derzeit von der Bundesplanungsgesellschaft DEGES neu entworfen, um voraussichtlich im Jahr 2023 die marode Rheinbrücke zumindest teilweise zu ersetzen.

Bis dahin wird die A 42 von dem Kreuz Duisburg-Nord bis zum Rhein komplett saniert. Mindestens 13 zentrale Brücken müssen allein im Raum Duisburg erneuert werden. Auch die Schienentrasen werden von Ausbaumaßnahmen stark betroffen sein. In den nächsten Jahren wird zudem das Dritte Gleis der Betuwe-Linie zwischen Oberhausen und Emmerich gebaut. Außerdem sind Um-

bauten auf der Strecke zwischen Dortmund-Duisburg-Köln notwendig, um, wie vorgesehen, mit dem RRR starten zu können. Der Neubau des Duisburger Hauptbahnhofes soll 2018 beginnen.

IHK drängt darauf, dass Niederrhein erreichbar bleibt

Dies sind nur einige der Maßnahmen, die in den nächsten Jahren am Niederrhein durchgeführt werden. So war die eindringliche Botschaft von Minister Groschek, dass uns in ganz NRW ein Jahrzehnt der Baustellen bevorstehe. Die Niederrheinische IHK hat daraufhingewirkt, dass mithilfe eines Baustellenmanagements die Erreichbarkeit des Standortes gewährleistet ist.

Bei der Verkehrsfachtagung, an der fast 200 Verkehrsexperten aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft teilnahmen, ging es auch um die Zukunft der individuellen Mobilität im Ruhrgebiet. Eine intelligente Kombination der Verkehrsträger ist gefragt. Auch der Güterverkehr, so die Experten, wird von den Konzepten profitieren; dennoch wird die Region ein Wachstum bei Lkw-Transporten zu verkraften haben. In diesem Zusammenhang ergänzte Jutta Kruft-Lohrengel, Präsidentin der IHK Essen: „Nicht nur die Investitionen, auch die Planungskapazitäten müssen weiter hochgefahren werden, damit der Wirtschaftsverkehr auch künftig fließen kann.“ ●

IHK-Infobox

Ansprechpartner für Verkehrsfragen bei der Niederrheinischen IHK: Mathias Dubbert, Telefon 0203 2821-231, E-Mail dubbart@niederrhein.ihk.de

Landesbestenehrung der IHKs in NRW

14 Auszubildende aus Duisburg und den Kreisen Wesel und Kleve wurden geehrt

„Große Bühne für die Spitzenklasse“: Unter diesem Motto wurden auf der Landesbestenehrung der 16 Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen mehr als 200 Auszubildende für ihre herausragenden Leistungen geehrt, darunter auch 14 Auszubildende aus dem Bezirk der Niederrheinischen IHK. Die Festveranstaltung fand im Metronom Theater Oberhausen statt. Zu den 800 Gästen gehörten neben den Jugendlichen auch deren Familien sowie Vertreter aus den Berufskollegs und Ausbildungsbetrieben.

Rund 120 verschiedene Berufe waren vertreten – vom Automobilkaufmann über den Fachinformatiker bis hin zum Zerspanungsmechaniker. „Die besten Auszubildenden sind hervorragende Botschafter für andere junge Menschen, um die große Bandbreite der Ausbildungsberufe und die damit verbundenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln“, so Dr. Wolf-Eber-

Die geehrten Azubis aus dem Bezirk der Niederrheinischen IHK bei der Landesbestenehrung. Foto: Lokomotiv Fotografie/IHK zu Essen

hard Reiff, Geschäftsführer der Niederrheinischen IHK. „Unsere Unternehmen brauchen solche gut qualifizierten Nachwuchskräfte, und die tollen Leistungen der Auszubildenden zeigen: Engagement lohnt sich“, so Reiff weiter. Der Erfolg der dualen Ausbildung sei auch den Ausbildungsbetrieben und Berufskollegs zu verdanken. ●

Urkunden für Dienstjubiläen bei der IHK

Mitarbeiter wurden für langjährigen Einsatz geehrt

Einen besonderen Grund zur Freude hatten die langjährigen IHK-Mitarbeiter Wolfgang Schönfelder, Rüdiger Helbrecht und Holger Schnapka bei der IHK-Weihnachtsfeier im vergangenen Jahr. Als Anerkennung für ihre Treue und ihr Engagement erhielten sie eine Jubiläumsurkunde von IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Stefan Dietzfelbinger.

Auf eine 40-jährige Tätigkeit kann Wolfgang Schönfelder zurückblicken. Seit Beginn seiner Tätigkeit im Jahre 1975 nahm er verschiedene Arbeitsaufgaben im Kassen- und Beitragswesen wahr. Zuletzt war er bis zu seiner diesjährigen Pensionierung für die Zuordnung der Bemessungsgrundlagen, der Steuernummern und der dazugehörigen Steuerfälle sowie für die gesamte Organisation der Organschaften zuständig.

Bereits 25 Jahre ist Rüdiger Helbrecht der IHK treu. Sein Berufsweg führte ihn seit seinem Eintritt im Jahre 1990 vom persönlichen Referenten des damaligen Hauptgeschäftsführers bis hin zum stellvertretenden Geschäftsführer des Geschäftsbereiches Handel, Dienstleistungen, Mittelstand, Außenwirtschaft und zum Leiter unseres Service-Centers.

Ebenfalls auf das 25-jährige Dienstjubiläum kann Holger Schnapka zurückblicken. Im Jahr 1990 begann er seine Tätigkeit in der damaligen Abteilung Wirtschafts-, Regional- und Strukturpolitik bei der Niederrheinischen IHK. Sein Aufgabengebiet lag in der Statistik und später im Bereich der wirtschaftswissenschaftlichen Aufgabenstellungen. Nach dem Wechsel in das

Die Jubilare mit ihren Urkunden (v. l.) Holger Schnapka, Rüdiger Helbrecht und Wolfgang Schönfelder mit IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Stefan Dietzfelbinger. Foto: IHK

Service-Center im Jahr 1998 war Schnapka für die verantwortungsvolle Arbeitsaufgabe der Existenzgründungsberatung zuständig. Seit Juli 2014 nimmt er diese Aufgabe in der Zweigstelle in Kleve wahr. ●

Medienrummel bei der Preisverleihung 2015 in Magdeburg. In diesem Jahr ist Studio 47 in Duisburg Gastgeber und Partnersender des Deutschen Regionalfernsehpreises.

Foto: Doris Bredow

Deutscher Regionalfernsehpreis 2016 wird in Duisburg verliehen

Studio 47 ist Gastgeber und Partnersender der TV-Gala

In Kürze ist Duisburg für einen Abend die Medienhauptstadt des Landes: Am 19. März findet in der Kulturkirche Liebfrauen am König-Heinrich-Platz die große TV-Gala zur Verleihung des Deutschen Regionalfernsehpreises 2016 statt.

Der „Regiostar“ ist die größte und wichtigste Auszeichnung für die lokalen und regionalen Fernsehsender in Deutschland. Er gilt als „Grimme-Preis“ der Branche und wird seit

2002 jährlich in einer Kooperation mit den Landesmedienanstalten ausgeschrieben und veranstaltet – gewürdigt werden herausragende Sendungen und TV-Produktionen.

In diesem Jahr ist der Deutsche Regionalfernsehpreis zum ersten Mal in Nordrhein-Westfalen zu Gast. Duisburgs regionaler TV-Sender Studio 47 ist Gastgeber und Partnersender der Veranstaltung, zu der rund 200 Medienmacher und geladene Gäste aus allen Bundesländern erwartet werden.

Die TV-Gala wird zudem bei allen teilnehmenden Fernsehsendern in ganz Deutschland ausgestrahlt und erreicht auf diese Weise ein Millionenpublikum. ●

Erfahrungsaustausch zum Thema „Umwelt“

Neues Netzwerk bietet praktische Hilfe

Die Niederrheinische IHK lädt Unternehmen dazu ein, sich über Maßnahmen und Anforderungen für den Umweltschutz auszutauschen. Die neue Erfahrungsgruppe „Umwelt“ richtet sich an Praktiker in Betrieben verschiedener Branchen und soll Hilfestellung für den Umgang mit aktuellen Herausforderungen bieten.

Die Vielzahl umweltpolitischer und umweltrechtlicher Initiativen aus Brüssel, Berlin und Düsseldorf, aber auch auf der Ebene der Kreise und Kommunen und ihre Umsetzung im Betrieb, stellt die Unternehmen auch unseres IHK-Bezirks vor wachsende Herausforderungen.

Um Unternehmen bei diesem Prozess zu begleiten und Hilfe bieten zu können, hat die Niederrheinische IHK die neue Erfahrungsaustauschgruppe „Umwelt“ gegründet. Dabei stehen sowohl fachliche Informationen wie auch der Erfahrungsaustausch der Mitglieder untereinander im Fokus dieser Initiative.

Schwerpunktthema der Auftaktveranstaltung war das Thema „Materialeffizienz – wie lassen sich Verbräuche reduzieren?“ mit einem Vortrag von Christopher Buers von der Effizienz-Agentur NRW. Die nächste Zusammenkunft am 17. Februar steht unter dem Schwerpunktthema „AvSV - Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen“.

Sollten Sie Interesse an den Aktivitäten der Erfahrungsgruppe Umwelt haben oder selbst Mitglied werden wollen, informieren wir Sie gerne.

Ansprechpartner: Jörg Winkelsträter, Telefon 0203 2821-229, E-Mail winkelstraeter@niederrhein.ihk.de ●

Bosse in Schulen

16 Bosse trafen 420 Schüler in 2015

Gleich drei Unternehmer fanden in den letzten Wochen des Jahres 2015 den Weg an die Schulen der Region. Insgesamt erhielten damit im letzten Jahr 420 Schülerinnen und Schüler in 16 Veranstaltungen Einblicke in die Wirtschaft aus erster Hand.

Im November traf Marie-Christin Remy, Geschäftsführerin der Hennecken Remy GmbH, gleich 50 Jugendliche am Städtischen Willibrord-Gymnasium Emmerich. In einer Umfrage ermittelte die Wirtschafts-Juniorin aus dem Kreis Kleve die Berufswahlkriterien der angehenden Fachkräfte. Zwei Faktoren lagen in der Gunst der Gymnasiasten klar vorne: „Spaß am Beruf“ und ein „gutes Gehalt“

Nach einer darauf aufbauenden Diskussionsrunde gab die Steuerberaterin den Schülerinnen und Schülern noch einige Tipps für ihre erste Einkommenssteuererklärung mit auf den Weg.

Eine ähnlich große Anzahl von Schülern des Jan-Joest-Gymnasiums in Kalkar empfing Philipp von der Linde. Der Architekt stellte in seinem Vortrag die große Bedeutung von Praxiserfahrung bei der Jobsuche heraus. Eine Lehre vor dem Studium sei alles andere als Zeitverschwendung.

Mitgebrachte Fotos von seinen bisherigen Projekten ließen die Jugendlichen erahnen, wie abwechslungsreich der Beruf des Architekten sein kann.

Im Gespräch mit den Unternehmern können die Schüler Fragen stellen, auf die sie sonst in der Schule keine Antworten bekommen.

Foto: Hendrik Grzebatzki

Den Jahresabschluss der Reihe „Bosse in Schulen“ lieferte im Dezember Marcus Ketter, Chief Financial Officer (CFO) von Klöckner & Co. Er besuchte einen Kurs der Sozialwissenschaften des Ham-borner Abtei-Gymnasiums.

Der gelernte Volkswirt vertiefte den Unterrichtsstoff der Jugendlichen zum Thema Angebot und Nachfrage. Ketter stellte besonders die Bedeutung von Preisen als Knappheitsindikator heraus. Praxisnah und brandaktuell wurde es, als der CFO die Auswirkungen der momentanen Überkapazitäten im Stahlmarkt auf den Stahlpreis darstellte.

Unternehmer, die sich in 2016 an der Veranstaltungsreihe „Bosse in Schulen“ beteiligen möchten, melden sich bitte bei Robert Schweizog, Telefon 0203 2821-442, E-Mail schweizog@niederrhein.ihk.de ●

Social-Media-Spezialisten treffen Tourismus-Profis

TourismusCamp Niederrhein am 22. Februar

Gute Wanderwege und Ausflugsziele auf einem Blog zeigen, mit Besuchern und Gästen über Facebook in Kontakt bleiben oder die schönsten Fotos und kurze Videos aus der Region bei Instagram teilen – es gibt viele Wege, die Tourismusbranche am Niederrhein zu bewerben. Welche Chancen und Möglichkeiten die Digitalisierung bietet, zeigt das TourismusCamp Niederrhein am 22. Februar in Willich.

Beim TourismusCamp treffen Tourismus-Profis auf Onlinespezialisten und gehen der Frage nach, wie Freizeitanbieter, Cafés, Restaurants, Hoteliers und Touristiker in der Region Niederrhein online mehr Kunden gewinnen können. Das Treffen findet in Form eines sogenannten BarCamps statt. In Vorträgen und Gruppengesprächen lernen Touristikunternehmen, wie sie die digitale Welt für sich gewinnbringend einsetzen und nutzen können. Social-Media-Experten und IT-Anbieter können sich und ihre Angebot hier präsentieren.

Das TourismusCamp Niederrhein findet am Montag, 22. Februar, zum zweiten Mal im Landgut Ramshof in Willich statt. Es wird

gemeinsam von der Niederrheinischen IHK, der IHK Mittlerer Niederrhein und Tourismuszukunft organisiert. Die Teilnahme am TourismusCamp ist kostenlos. Eine Anmeldung ist erforderlich. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt.

Weitere Informationen zum TourismusCamp Niederrhein und zur Anmeldemöglichkeit stehen unter www.ihk-niederrhein.de/TourismusCamp-Niederrhein zur Verfügung. Ansprechpartnerin bei der Niederrheinischen IHK: Alisa Hellmann, Telefon 0203 2821-257, E-Mail hellmann@niederrhein.ihk.de ●

Moderne Lösungen für medizinische Versorgung in ländlichen Regionen

Gesundheitspolitischer Dialog mit Ministerin Barbara Steffens auf der „Medica“

Die nordrhein-westfälische Gesundheitswirtschaft ist auf Wachstumskurs – dank zahlreicher Innovationen für eine bessere Patientenversorgung. Dennoch gibt es erheblichen Regelungsbedarf für die Gesundheitswirtschaft am Niederrhein, um auch zukünftig wirtschaftlich arbeiten zu können. Das wurde im Dialog mit NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens auf der weltgrößten Gesundheitsmesse „Medica“ deutlich. IHK NRW hatte zu diesem Gespräch geladen, um Branchenvertretern auch aus Duisburg und den Kreisen Wesel und Kleve die Möglichkeit zu geben, auf ihre Bedürfnisse aufmerksam zu machen. Mit dabei war unter anderem Rainer Haas, Mitglied des DIHK-Ausschusses für Gesundheitswirtschaft, stellvertretend für die Region.

Das besonders der ländlich geprägte Kreis Kleve medizinisch unterversorgt ist, machte Rainer Haas in der Diskussion mit der Ministerin deutlich, indem er darstellte, dass im Kreis Kleve derzeit zehn kassenärztliche Sitze unbesetzt seien. In Zukunft kann in solchen Fällen die sogenannte sektorübergreifende Versorgungsplanung Abhilfe schaffen, erklärte Barbara Steffens: Der

Raphael Jonas (rechts), IHK Mittleres Ruhrgebiet, und Maika Fritzsching, Niederrheinische IHK, im Fachgespräch mit einem Besucher. Foto: Frederic Schweizer

stationäre Bereich von Krankenhäusern soll zukünftig stärker in die Versorgung von Patienten eingebunden werden in unterversorgten oder davon bedrohten Regionen.

Patientendaten sicher nutzen

Insbesondere telemedizinische Anwendungen und die sichere Nutzung von Gesundheitsdaten sollen zukünftig verbesserte Behandlungsmöglichkeiten in den ländlichen Regionen am Niederrhein sichern. Ein Beispiel: Auf diesem Wege sollen Patienten davor geschützt werden, zu viele Medikamente einzunehmen, deren Wirkungen sich im schlimmsten Fall aufheben oder negativ beeinflussen.

Die Pläne der EU zur verschärften Regulierung des Zulassungsverfahrens für Medizinprodukte haben erhebliche Unsicherheit bei den Unternehmen aus der Gesundheitswirtschaft ausgelöst. Die geplante Regulierung wird aus Sicht der Wirtschaft Innovationen erschweren, damit zugleich Behandlungsmöglichkeiten einschränken und mittelständischen Unternehmen wirtschaftlich schaden, erläuterte Michael Wenge, Hauptgeschäftsführer der IHK Wuppertal-Remscheid-Solingen und Moderator des Dialogs. Für dieses Anliegen suchten die Unternehmen in der Ministerin eine Verbündete.

Verständigung zwischen Unternehmen und Krankenkassen

Weitere Themen im Gespräch waren eine preislich faire und menschenwürdige Versorgung von chronisch Kranken mit Sanitätsartikeln: Am Beispiel von Inkontinenzprodukten machten die Unternehmensvertreter deutlich, dass sich die Kosten für Patienten dafür auf monatlich 80 bis 130 Euro belaufen, von den gesetzlichen Krankenkassen jedoch nur zehn Euro erstatten. Um eine realistischere Einschätzung der tatsächlichen Bedarfe zu erhalten, sollten gesundheitswirtschaftliche Unternehmen zur Regelung der Pauschalen stärker einbezogen werden, so der Wunsch.

Zur Unterstützung der Gesundheitswirtschaft wird die IHK NRW den gesundheitspolitischen Dialog im kommenden Jahr sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene fortsetzen.

Ansprechpartner für die Gesundheitswirtschaft bei der Niederrheinischen IHK ist Maika Fritzsching, Telefon 0203 2821-286, E-Mail fritzsching@niederrhein.ihk.de.

Einzelhandel mit freiverkäuflichen Arzneimitteln

Die neuen Termine für die Sachkundeprüfung

Freiverkäufliche Arzneimittel dürfen im Einzelhandel nur dann vertrieben werden, wenn der Unternehmer oder eine von ihm mit der Leitung des Unternehmens oder mit dem Verkauf beauftragte Person sachkundig ist. Bei mehreren Betriebsstellen ist eine Person mit Sachkenntnis für jede Betriebsstätte erforderlich, so die Niederrheinische IHK. Für 2016 stehen bereits mehrere Prüfungstermine fest.

Als Sachkenntnisnachweis werden Prüfungen und Nachweise, zum Beispiel das abgeschlossene Pharmaziestudium, die Kaufmannsgehilfenprüfung als Drogist oder die Abschlussprüfung als Apothekenhelfer, anerkannt. Wer diese Voraussetzungen nicht erfüllt, muss eine Sachkenntnisprüfung vor einem Prüfungsausschuss einer Industrie- und Handelskammer ablegen. Für den Bezirk der Niederrheinischen IHK werden diese Prüfungen von der IHK zu Essen abgenommen. Für 2016 sind bis jetzt folgende Termine festgelegt: 3. März, 28. April, 30. Juni, 29. September, 1. Dezember.

Information und Anmeldung: Andrea Klinger, IHK für Essen, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen, Telefon 0201 1892-237, E-Mail andrea.klinger@essen.ihk.de.

Litauischer Botschafter zu Besuch

Wirtschaftliche Beziehungen intensivieren

Der Botschafter der Republik Litauen, S.E. Deividas Matulionis, besuchte im Januar die Niederrheinische IHK. In dem Gespräch mit IHK-Präsident Burkhard Landers, Hauptgeschäftsführer Dr. Stefan Dietzfelbinger und Dr. Thomas Hanicke, Abteilungsleiter Außenwirtschaft, warb der Botschafter für noch stärkeres Engagement nordrhein-westfälischer Unternehmen in seinem Land. Vor dem Hintergrund der Städtepartnerschaft zwischen Duisburg und der litauischen Hauptstadt Vilnius wurde auch über die logistischen Beziehungen zwischen Duisburg sowie den litauischen Ostseehäfen gesprochen und erste Überlegungen für den Besuch einer Duisburger Wirtschaftsdelegation nach Litauen angestellt. Im Anschluss an das Gespräch nahm der litauische Botschafter an dem Neujahrsempfang der IHK teil. ●

V. l.: IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Stefan Dietzfelbinger, der litauische Botschafter Deividas Matulionis und IHK-Präsident Burkhard Landers. Foto: Ullrich Sorbe

IHK fordert: Betriebe am Niederrhein brauchen schnelleres Netz

500 Millionen Euro für Breitbandausbau in NRW

Immer mehr Unternehmen sind in ihrem Alltagsgeschäft auf schnelle Datenleitungen angewiesen. Am Niederrhein ist die Internetverbindung für Betriebe und private Haushalte insgesamt unzureichend. Die Niederrheinische IHK begrüßt daher das Aktionsprogramm von NRW, wonach Fördermittel in Höhe von etwa 500 Millionen Euro durch Bund und Land zur Verfügung gestellt werden, um den Breitbandausbau zu beschleunigen. Das NRW-Wirtschaftsministerium stellte im Januar in Wesel das Programm zum Ausbau des schnellen Internets vor.

Die Niederrheinische IHK fordert die Kommunen auf, bei den Fördermittelanträgen einen besonderen Fokus auf die Gewerbegebiete zu legen. Diese befinden sich oftmals außerhalb der dicht besiedelten Zentren und sind deshalb stark unterversorgt. Die Region sollte dabei auf Glasfaserkabel setzen, da Kupferkabel langfristig die Wettbewerbsbedingungen am Standort nicht ausreichend sichern. Der Bund verteilt Fördermittel für den Breitbandausbau und entscheidet maßgeblich über deren Bewilligung, das Land NRW stockt die Förderung dann auf. Das heißt, die Kommunen im verhältnismäßig gut versorgten Nordrhein-Westfalen müssen sich im Kampf um die Fördergelder mit anderen Regionen in Deutschland messen lassen. Um die genauen Bedarfe in den Gewerbegebieten zu ermitteln, kündigte die Niederrheinische IHK an, eine Befragung durchzuführen.

Nur etwa jedes dritte Unternehmen in Deutschland verfügt über einen schnellen Internetanschluss von mindestens 30 Megabit pro Sekunde. Am Niederrhein sind in 15 von 30 Kommunen weniger als 50 Prozent der Haushalte und Unternehmen an eine schnelle Datenleitung angeschlossen. Selbst an dichtbesiedelten Standorten wie Duisburg gibt es Nachbesserungsbedarf. Die

Unternehmen haben einen hohen Bedarf an schnellen Internetverbindungen, denn die Anzahl der Betriebe, deren Produktion unmittelbar von der Datenleitung abhängt, steigt rapide. Ohne sie sind moderne Dienstleistungsangebote und die Produktion individualisierter Güter nicht denkbar.

Informationen zum Fördermittelprogramm sowie zur geplanten Breitband-Umfrage: Mathias Dubbert, Telefon 0203 2821-231, E-Mail dubberr@niederrhein.ihk.de ●

Energiepolitisches Gespräch mit Dr. Barbara Hendricks

Bundesministerin zu Besuch bei Schraven Solar in Kevelaer

Rund 70 Vertreter von Unternehmen aus dem Bereich der erneuerbaren Energie, aus Politik und Verwaltung sowie von Verbänden und Kammern trafen sich am 11. Januar anlässlich eines Besuchs der Bundesumweltministerin und Kreis Klever Bundestagsabgeordneten Dr. Barbara Hendricks bei der Schraven Service und Dienstleistungs GmbH in Kevelaer zum energiepolitischen Dialog.

Nach einer Vorstellung neuer technischer Lösungen für das Zusammenwirken von Blockheizkraftwerken, Wärmepumpen, Speichertechnologien und Photovoltaik-Anlagen formulierte Geschäftsführer Franz-Josef Schraven seine Erwartungen an die Energiepolitik der Bundesregierung. Hierbei benannte er insbesondere die Fortsetzung der Förderung im Bereich der erneuerbaren Energien als wesentliche Komponente. Dr. Barbara Hendricks sagte auch für 2016 eine Fortsetzung der Förderung zu, machte aber deutlich, dass eine kontinuierliche Überprüfung der Regelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auch aus marktwirtschaftlichen Überlegungen heraus sinnvoll und notwendig sei. Die Ministerin stellte das EEG in seinen verschiedenen Entwicklungsstufen als herausragendes Instrument der Entwicklungshilfe heraus. Durch den subventionierten Einsatz regenerativer Energieträger seien Technologien marktgängig gemacht worden. In Deutschland wurde im vergangenen Jahr 2015 so viel Ökostrom produziert und verbraucht wie nie zuvor. Jede dritte verbrauchte Kilowattstunde (32,5 Prozent) stammte aus Solar-, Wind-, Wasser- und Bioenergiekraftwerken.

Einigkeit bestand zwischen Fachpublikum und der Ministerin in der Erwartung, dass die Zukunft elektrisch und erneuerbar werde. Die Weiterentwicklung etwa von dezentralen Kraft-

werks- und Speicherlösungen sei eine Chance für die deutschen Unternehmen, sich als führender Hersteller und Entwickler im globalen Wettbewerb zu positionieren. Unternehmen wie Schraven Solar seien ein wichtiger Baustein für einen an die individuellen Anforderungen von Betrieben und Privathaushalten angepassten Einsatz der verschiedenen Technologien. ●

Von links: Franz-Josef Schraven, Geschäftsführer Schraven Service und Dienstleistungs GmbH, Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks, Dipl.-Ing. Johannes Krallmann, Geschäftsführer Energie-Systeme Krallmann.
Foto: Schraven Service und Dienstleistungs GmbH

Vereinfachte Fördermöglichkeiten für Euregio-Aktivitäten

Unterstützung für Kooperationen mit niederländischen Unternehmen

Im Rahmen des Programms Interreg Deutschland-Niederland ist in jeder Euregio ein sogenanntes vereinfachtes „Rahmenprojekt“ entwickelt worden. Mithilfe eines vereinfachten Antragsformulars können auch Unternehmen auf diese Weise Förderungen von bis zu 1000 oder 25 000 Euro beantragen.

Um die Anträge für Interreg-Mittel für kleinere Initiativen zugänglicher zu machen, hat die Euregio Rhein-Waal, in Abstimmung mit den anderen Deutsch-Niederländischen Euregios und den Interreg-Partnern, ein Rahmenprojekt ins Leben gerufen. Es

ist spezifisch für Initiativen bis zu 25 000 Euro entwickelt worden und ersetzt die bekannten Programme „People to People“ und „Mini-Projekte“. In Zukunft liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten im Bereich „People to People“, „Business to Business“ und „Government to Government“. Vereine, Schulen, Unternehmen, Behörden et cetera die zusammen mit einem Partner aus dem Nachbarland eine deutsch-niederländische Aktivität organisieren, kommen für diese Art der Förderung in Frage.

Für kleinere, meistens eintägige Aktivitäten, sowie Schüleraustausche, Sportturniere und sozial-kulturelle Begegnungen können die Projektträger mithilfe eines noch einfacheren Antrags- und Auszahlungsverfahrens eine Förderung bis zu 1000 Euro beantragen.

Mehr Informationen finden Sie auf www.euregio.org unter dem Reiter „Fördermöglichkeiten“. ●

IHK-Saisonumfrage Herbst 2015

Gute Lage und Aussichten im Gastgewerbe –
Reisegewerbe bleibt trotz Rückgangs auf hohem Niveau

Im Gastgewerbe am Niederrhein herrscht gute Stimmung. Im Reisegewerbe bleibt die Lage trotz Rückgangs auf hohem Niveau. Auch hier erwartet die Branche eine positive Entwicklung. Das ist das Ergebnis der gemeinsamen Saisonumfrage Herbst 2015 der Niederrheinischen IHK und der IHK Mittlerer Niederrhein. 115 Unternehmen aus den Kreisen Wesel, Kleve, Viersen und Neuss sowie aus den Städten Duisburg, Mönchengladbach und Krefeld haben sich an der Umfrage beteiligt.

Mehr als ein Drittel der Befragten bewertet die gegenwärtige Geschäftslage im Gastgewerbe als „gut“, ebenso viele als „befriedigend“. Im Saldo ist sie um 4,2 Punkte im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Mehr als ein Viertel erwarten zudem eine günstigere Geschäftslage. Die Mehrheit geht aber von einer gleichbleibenden Entwicklung aus. Im Reisegewerbe hat sich die Geschäftslage im Vergleich zur vorherigen Umfrage um 5,2 Punkte verschlechtert. Das liegt auch an der aktuell politisch unruhigen Lage in einigen Regionen der Welt. 60 Prozent der Unternehmen gaben an, dass die Flüchtlingsankünfte in Griechenland und Italien sowie die politischen Unruhen in der Türkei Auswirkungen auf die Nachfrage für Reisen in diese Länder hätten. Allerdings erwarten 22 Prozent der Reiseveranstalter und -büros eine günstigere Entwicklung für die kommende Saison. 60 Prozent gehen von einer konstanten Geschäftsentwicklung aus.

Während im Gastgewerbe der Umsatz mit heimischen Gästen im Saldo zurückging, nahm der Umsatz mit Geschäfts- und Urlaubsreisenden zu. Hier macht sich die anhaltend gute Entwicklung der Übernachtungszahlen am Niederrhein bemerkbar. Im Reisegewerbe ist seit Frühjahr 2014 bis heute ein positiver Trend erkennbar. Dieser wird mit Blick auf das Vorjahr vor allem von den Urlaubsreisenden getragen. Rund 38 Prozent der Befragten melden hier gestiegene Umsätze. Deutlich verschlechtert hat sich der Umsatz mit Geschäftsreisenden, der um rund 45 Prozent zurückgegangen ist.

Steigende Arbeitskosten gaben 61 Prozent der Unternehmen im Gastgewerbe als Risikofaktor für ihr Geschäft an.

Dies ist sicherlich auch auf die Einführung des Mindestlohns zurückzuführen. Weitere Risiken sehen die Unternehmen bei den Energiepreisen (51,4 Prozent) und den allgemeinen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (50 Prozent). Sorgen machen sie sich zunehmend um den Fachkräftemangel. Mehr als ein Drittel der Befragten – und damit deutlich mehr als im Frühjahr – sieht hier ein Risiko für ihren Geschäftsbetrieb.

Die Unternehmen im Reisegewerbe gewichten die Risikofaktoren für ihr Geschäft anders: Eine Mehrheit sieht in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen das höchste Risiko. Auffällig ist der Anstieg beim Indikator „Risiken der Arbeitskosten“. Dieser stieg im Vergleich zum Frühjahr von 25 Prozent auf 39,2 Prozent. Auch der Fachkräftemangel ist wie beim Gastgewerbe ein zunehmender Risikofaktor (Anstieg von 18,8 Prozent auf 29,4 Prozent). Darüber hinaus sorgt sich mehr als ein Drittel der Befragten über die nachlassende Inlandsnachfrage. Hingegen sind bei den Risiken der Finanzierung (von 20,8 Prozent auf 11,8 Prozent) und des Wechselkurses (von 27,1 Prozent auf 19,6 Prozent) Rückgänge zu verzeichnen. ●

IHK-Infobox

Die Saisonumfrage Tourismus ist unter www.ihk-niederrhein.de/Saisonumfrage abrufbar. Ansprechpartnerin: Alisa Hellmann, Telefon 0203 2821-257, E-Mail hellmann@niederrhein.ihk.de

IHK-Ratgeber

Recht – Steuern – Finanzen

Neue Informationspflichten für Onlinehändler: Was jetzt zu tun ist, um eine Abmahnung zu vermeiden

Onlinehändler müssen auf die neue Schlichtungsplattform im Netz der EU-Kommission verweisen. Betroffen sind fast alle Gewerbetreibende. „tw“ erklärt, was jetzt zu tun ist, um der Informationspflicht nachzukommen.

1. Rechtlicher Hintergrund

Die europäischen Verordnung über Onlinestreitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten Nr. 524/2013 – kurz: ODR-Verordnung – ist am 9. Januar in Kraft getreten. Diese sieht unter anderem vor, dass Onlinehändler zwingend auf die neue Online-schlichtungsplattform der EU-Kommission, auch „OS-Plattform“ genannt, verlinken müssen. Trotz mehrjähriger Vorbereitungszeit hat es die EU-Kommission leider nicht geschafft, die OS-Plattform rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Nach aktuellen Informationen soll das Medium nun Mitte Februar an den Start gehen.

2. Wer muss informieren?

Die ODR-Verordnung erfasst nahezu jeden Onlinehändler. Ausgenommen sind lediglich Unternehmen, die eine oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllen:

- kein Sitz in der EU,
- ausschließlich Aktivitäten im B2B-Bereich,
- ausschließlich Vertrieb gegenüber Nicht-EU-Verbrauchern.

Die Bandbreite der betroffenen Unternehmen ist also groß und reicht vom Onlinevertrieb auf selbst betriebenen Websites bis hin zu gewerblichen Nutzern von Onlineverkaufsplattformen. Darüber hinaus müssen auch die Betreiber von Onlinemarktplätzen selbst die neuen Vorgaben erfüllen.

3. Worum geht es im Einzelnen?

Onlinehändler müssen auf ihren Websites einen Link zur OS-Plattform einstellen. Wichtig ist, dass dieser Link leicht zugänglich ist. Darüber hinaus besteht die Verpflichtung, im

Rahmen eines Onlinekaufvertrags oder Onlinedienstleistungsvertrags die gewerbliche E-Mail-Adresse anzugeben.

Und aufgepasst: Entgegen anderslautender Behauptungen ist es bereits jetzt möglich, die neuen Vorgaben zu erfüllen, auch wenn die OS-Plattform noch nicht (voll) funktionsfähig ist. Damit besteht auch die Pflicht zu verlinken.

4. Besteht eine konkrete Abmahngefahr?

Artikel 14 der ODR-Verordnung ist eine unionsrechtliche Verbraucherschutzregelung, von der Onlinehändler nicht abweichen können. Bei solchen Vorschriften besteht kein Spielraum für eine sogenannte Bagatellschwelle. Entsprechende Rechtsverstöße sind also stets abmahngefährdet. Und die Erfahrung zeigt: Im Bereich des Verbraucherschutzrechts sind Gerichte nicht zimperlich und urteilen oftmals zulasten der betroffenen Unternehmen.

5. Ausblick und Fazit

Onlinehändler müssen auf ihren Websites einen Link zur OS-Plattform einstellen. Wichtig ist, dass dieser Link leicht zugänglich ist.

Zusätzlich müssen Verbraucher ab April über die Existenz der OS-Plattform und die Möglichkeit, diese für die Beilegung ihrer Streitigkeiten zu nutzen, informiert werden, wenn sich das Unternehmen verpflichtet hat oder kraft Gesetzes verpflichtet ist, eine (nationale) alternative Stelle für die Beilegung von Streitigkeiten zu nutzen. Neben die reine Verlinkungspflicht tritt also zusätzlich die Verpflichtung, Verbraucher in einem Text entsprechend zu informieren.

Ab Januar 2017 müssen Onlinehändler zusätzlich den Verbraucher in Kenntnis setzen, inwieweit der Händler bereit oder verpflichtet ist, an Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen. Zudem muss auch auf diese Schlichtungsstelle hingewiesen werden. ●

IHK-Infobox

Weitere Informationen für Unternehmen: Robert Neuhaus,
Telefon 0203 2821-346, E-Mail neuhaus@niederrhein.ihk.de

Bildung

Schlichtung zwischen Ausbildungsbetrieben und Auszubildenden

Streit, Unverständnis oder Enttäuschungen zwischen Auszubildenden und Ausbildungsbetrieben belasten alle Betroffenen. Wenn sich die Parteien nicht mehr einigen können, hilft der Schlichtungsausschuss der Niederrheinischen IHK. Im vergangenen Jahr wurden dort über 40 Fälle verhandelt. In mehr als der Hälfte konnte eine einvernehmliche Lösung gefunden werden.

Wenn es während der Ausbildung zu Streit oder unüberbrückbaren Missverständnissen zwischen Ausbilder und Auszubildendem kommt, hilft die Niederrheinische IHK weiter. Erste Ansprechpartner bei Problemen während der Ausbildung sind die IHK-Ausbildungsberater. Häufig gelingt es ihnen schon beim ersten Gespräch, die streitenden Parteien wieder zusammenzuführen, sodass die Ausbildung fortgesetzt werden kann. Ist es nicht möglich, eine Basis für die erfolgreiche Weiterführung der Ausbildung zu finden oder eskaliert der Streit, kann der IHK-Schlichtungsausschuss weiterhelfen. Dieser ist insbesondere beim Ausspruch der Kündigung dem Verfahren vor dem Arbeitsgericht vorgeschaltet.

In neutraler Atmosphäre haben Auszubildende und Ausbilder in der Schlichtungsverhandlung die Gelegenheit, ihre Streitigkeiten zu klären. Dabei helfen ihnen die Ausschussmitglieder mit ihrer Sach- und Rechtskunde. Der Schlichtungsausschuss ist mit je einem Arbeitnehmer- und einem Arbeitgebervertreter besetzt. Ihm gehört zudem ein Mitarbeiter der Abteilung Berufsbildung der IHK mit beratender Stimme an.

Im Idealfall endet die Schlichtung mit einer Einigung zwischen Auszubildendem und dem Ausbildungsbetrieb. Im Jahr 2015 hat der Schlichtungsausschuss 41 Schlichtungsverhandlungen durchgeführt. Im Vorjahr waren es 45. Dabei führte der engagierte Einsatz der ehrenamtlichen Schlichterinnen und Schlichter in 26 Verfahren zu einem Vergleich. Somit konnte in mehr als der Hälfte der Verfahren eine einvernehmliche Lösung für beide Parteien gefunden werden. Damit setzten die Schlichter ihre gute Quote aus den beiden Vorjahren fort. ●

IHK-Infobox

Mehr Details zum Thema Schlichtung: Sandy Hagenah, Telefon 0203 2821-223, E-Mail hagenah@niederrhein.ihk.de, und Ilka Otan, Telefon 0203 2821-292, E-Mail otan@niederrhein.ihk.de

Duisburg. Wirtschaftsfaktor Karneval. Ganze 15 Prozent des Jahresumsatzes erwirtschaftet die Bodo Albes Warenhandels GmbH durch das Karnevalsgeschäft. Auf rund 700 Quadratmetern der insgesamt 2 500 Quadratmeter großen Geschäftsfläche des Unternehmens im Gewerbegebiet auf der Ruhrorter Straße standen den Jecken aus Duisburg und Umgebung in den letzten Wochen rund 800 verschiedene Kostüme und zirka 15 000 Karnevalsartikel zur Auswahl. Verkaufsschlager in diesem Jahr: Kostüme der 80er-Jahre und Star-Wars-Charaktere. Der weitere Umsatz erfolgt durch den Onlineverkauf von Gartenmöbelauflagen, den Verkauf von Gartenmöbeln und Haushaltsartikeln vor Ort im stationären Handel sowie das saisonale Geschäft zu Halloween und Weihnachten. Zwölf feste Mitarbeiter zählt die Bodo Albes Warenhandels GmbH, die seit 1995 am Standort in Duisburg ansässig ist.

Foto: Ullrich Sorbe

Wirtschaftsticker

- Rund 1 908 000 Fluggäste hat der **Airport Weeze** 2015 gehabt – ein Zuwachs von 5,5 Prozent zum Vorjahr. Das Plus bei den Passagierzahlen resultiert vor allem aus den höheren Auslastungen der Ryanair-Jets. Mit dem wirtschaftlichen Ergebnis zeigte sich Flughafenchef Ludger van Bebber zufrieden: „Nach 600 000 Euro im Vorjahr werden wir unseren Jahresüberschuss in 2015 auf deutlich über eine Million Euro steigern.“

- Das Business-to-Business-Fachmagazin „BlachReport“ wollte auch 2015 wieder von den Kunden von Eventcaterern wissen, welcher Caterer im bundesweiten Vergleich besonders leistungsfähig ist. Erstmals wurde auch die **Frank Schwarz Gastro Group GmbH** (FSGG), Duisburg, bewertet und landete aus dem Stand heraus auf Platz 13 der deutschlandweiten Bestenliste.

- Mit insgesamt 945 949 Besuchern benedete der **Landschaftspark Duisburg-Nord** das Jahr 2015 mit einem leichten Besucherrückgang. Ein deutliches Plus verzeichnete dagegen die Belegung der Veranstaltungsstätten und die geführten Touren durch den Park.

- Die **Huettemann Group** mit Sitz in Duisburg betreibt in Nordhorn eines der größten Spielwaren-Logistikzentren Europas. Mehr als 4,5 Millionen Spielzeuge von über 85 Herstellern verschickte die Toch-

tergesellschaft M + F Spedition vor Weihnachten in Deutschland und Europa. Der Logistikdienstleister wurde dabei erstmals fest von Beschäftigten der Lebenshilfe Nordhorn unterstützt.

- Der CAFM-Software Hersteller **IMS Gesellschaft für Informations- und Managementsysteme mbH** mit Sitz in Dinslaken und die Diamant Software GmbH & Co. KG, Bielefeld, haben eine Partnerschaft vereinbart. Mit diesem Schritt wollen sie ihre bisherige Zusammenarbeit vertiefen und intensivieren. Beide Unternehmen haben bereits in der Vergangenheit Projekte bei gemeinsamen Kunden erfolgreich umgesetzt.

- **e-doceo Deutschland** zählt zu den Topanbietern für Digital-Learning-Software. In wichtigen Rankings konnte der Softwarespezialist aus Duisburg erneut Spitzenplätze belegen. Beispiel e-doceo-Autorentool: Es zählt bereits zum vierten Mal infolge zu den Top 20 weltweit. Gold für skillcatch: Die Brandon Hall Group, ein amerikanisches Forschungs- und Analyseunternehmen, prämierte die neue e-doceo Video-App. In der Kategorie „Best Advance in Mobile Learning Technology“ wurde e-doceo für die Mobile- und Social-Learning-Lösung mit Gold ausgezeichnet. Damit nicht genug: e-doceo zählt in den Kategorien Learning-Management-System und Autorenwerkzeuge erneut auch zu den Gewinnern der bsoco-Awards.

Firmenjubiläen

50 Jahre

1. Januar 2016: Rheinkies-Baggerei Menting & Bresser OHG, Flesgentor 1, 46483 Wesel

15. Februar 2016: Autohaus Manfred Pelzer e.K., Gutenbergstraße 20-26, 47443 Moers

25 Jahre

1. Januar 2016: Sportwagen Zentrum Niederrhein GmbH, Am Schürmannshütt 1 a + 2, 47441 Moers

27. Oktober 2015: DTG Deutsche Transport-Genossenschaft Binnenschifffahrt eG, Fürst-Bismarck-Straße 21, 47119 Duisburg

- Das ehemalige Verwaltungsgebäude der **Eller-Montan-Unternehmensgruppe** in Duisburg erfährt eine umfassende Revitalisierung. Die fünfgeschossige, vollunterkellerte Immobilie aus den 60er-Jahren befindet sich in exponierter Lage an der A 59 mit Blick zum Hauptbahnhof. Mit einem Investitionsvolumen von zirka 2,5 Millionen Euro werden die Fassaden und Fensterstruktur, die Haustechnik und Innenausstattung nach neuesten Nutzungsansprüchen barrierefrei modernisiert. Es ist eine Büro- und Praxisnutzung vorgesehen. Die Mietflächen werden mit zirka 1700 Quadratmetern im Ganzen, aber auch etagenweise ab einer Größe von zirka 200 Quadratmetern angeboten. Fertigstellung und Bezug sind für 2017 vorgesehen.

- Die Cubion Immobilien AG, Partner der NAI apollo group, vermittelte einen Mietvertrag über rund 410 Quadratmeter Bürofläche im „Pier EINS“ an der Schifferstraße 210 in Duisburg. Neuer Mieter wird die **IDW GmbH Duisburg-Toronto**. Das Unternehmen gehört zu den Marktführern in der Produktion und im Vertrieb von Displaymannequins sowie im Shopfitting. Eigentümer der Immobilie ist ein Family Office.

„Thema Wirtschaft“ im TV-Format

Alle Sendungen in der Mediathek unter www.ihk-niederrhein.de

Ausbildung in Teilzeit – wie geht das?

Start Zeitarbeit mit neuem Modell

Mit ihrem neuen Modell der Partnerschaftlichen Ausbildung in Teilzeit präsentiert die Start Zeitarbeit NRW GmbH eine innovative Lösung für den Ausbildungsmarkt. Das Unternehmen will damit besonders die Vermittlung alleinerziehender Mütter und Väter am Arbeitsmarkt erleichtern. Im Fokus stehen dabei vor allem Alleinerziehende mit Migrationshintergrund.

Über dieses Programm vermittelte das Unternehmen nun in Duisburg die alleinerziehende Inderin G. Kaur zu einer Teilzeitberufsausbildung bei dem Kooperationsbetrieb ZukunftsOrientierteFörderung e. V. (ZOF). G. Kaur kam 1994 nach Deutschland. Kurz nach ihrem Schulabschluss wurde die junge Frau Mutter zweier Kinder, was ihr eine qualifizierte Ausbildung auf herkömmlichem Wege erschwerte. Als Alleinerziehende arbeitete Kaur als angelernte Kraft in verschiedenen Betrieben und zeigte dabei Verantwortungsbewusstsein, Organisationstalent und Zuverlässigkeit. Mit diesen Fähigkeiten konnte sie die Beauftragte für Chancengleichheit aus dem Jobcenter Duisburg überzeugen. Mit der partnerschaftlichen Ausbildung in Teilzeit, initiiert von Start Zeitarbeit, war eine Lösung schnell gefunden.

Suche nach einem passenden Kooperationsbetrieb

Die Schwierigkeit im Fall Kaur war, einen geeigneten Kooperationsbetrieb zu finden, der auf die individuellen Bedürfnisse der alleinerziehenden Mutter eingehen kann. Das Zeitarbeitsunternehmen ging deshalb aktiv auf die ZOF zu und ermutigte diesen zu dem Erwerb einer Ausbildungszulassung.

Auch die Koordination mit der Niederrheinischen IHK übernahm die Start Zeitarbeit GmbH. So konnte Kaur schnell als erste Aus-

(V. l.) Wilhelm Oberste-Beulmann (Geschäftsführer Start Zeitarbeit NRW GmbH), Norbert Maul (Leiter aktive Arbeitsmarktpolitik Start Zeitarbeit NRW GmbH), Frau G. Kaur (Auszubildende in Teilzeit) und Deniz Aksen (Geschäftsführer ZOF – ZukunftsOrientierteFörderung e. V.)
Foto: Start Zeitarbeit NRW GmbH

zubildende bei der ZOF eingestellt werden. „Wir sind sehr froh über die Unterstützung von Start und erkennen in dem Konzept der Partnerschaftlichen Ausbildung unsere eigenen Werte wieder“, sagt Deniz Aksen, Geschäftsführer der ZOF. „Frau Kaur ist ein Gewinn für unser multikulturelles und multilinguales Team.“

Bereits seit zehn Jahren engagiert sich das Zeitarbeitsunternehmen Start erfolgreich in der Partnerschaftlichen Ausbildung. Das Konzept habe sich bewährt und werde von Unternehmen sowie Auszubildenden gut angenommen. „Gemeinsam mit den Partnerbetrieben bieten wir Ausbildungsplätze in mehr als 60 Berufen der Branchen Industrie, Handel und Handwerk an“, betont Wilhelm Oberste-Beulmann, Geschäftsführer der Start Zeitarbeit NRW GmbH. „Mit dem bereits siebten Ausbildungsplatz in Teilzeit setzten wir auch familienpolitische Akzente.“ ●

Hotel Am Fischmarkt in Rheinberg eröffnet

Treffpunkt für Familien, Geschäftsleute und Touristen

Nach zweieinhalb Jahren Bauzeit wurde nun in Rheinberg das neue Hotel Am Fischmarkt eröffnet. Das Hotel mit Restaurantbetrieb soll Treffpunkt und Anlaufstelle für Privatleute, Familien, Geschäftsreisende und Niederrhein-Touristen werden, so Hoteldirektor Michael Kaiser.

Das Haus verfügt über 37 Zimmer in drei verschiedenen Kategorien und ist mit kostenlosem WLAN-Zugang in allen Bereichen, dem Restaurant „Ratskeller“, dem Bistro „Berka“ und einer Vinothek ausgestattet. Zudem können im Hotel Tagungs- und Seminarräume für 20 bis 200 Personen gemietet werden. Die Räumlichkeiten sind für Firmenveranstaltungen sowie Familienfeiern wie Geburtstage, Hochzeiten, Taufen, Kommunion und Konfirmation konzipiert.

Bauherr investiert zweistelligen Millionenbetrag

Bauherr Franz-W. Aumund investierte einen zweistelligen Millionenbetrag in das Hotelprojekt, für dessen Umsetzung er Architekt Martin Hebgen ins Boot holte. „Der Kauf der drei Häuser, in denen das Hotel heute untergebracht ist, kam eher zufällig zustande“, so

Blick auf die historische Fassade des Hotels.

Foto: Hotel Am Fischmarkt

Aumund bei der Eröffnungsveranstaltung vor rund 150 Gästen. „Ich sah die Möglichkeit, Ideen umzusetzen, die ich als regelmäßiger Gast eines Hotels in Genf vor mehr als 30 Jahren hatte.“ Inspiriert von alten Markthallen finden sich architektonische Elemente wie etwa Stahlrahmentüren mit Glasfüllungen.

Vor allem wegen archäologischer Funde aus der Rheinberger Siedlungsgeschichte verzögerte sich der Bau des Hotels rund ein halbes Jahr. Diese Fundstücke sind nun in eigens angelegten Vitrinen im Hotel zu sehen. ●

Jobmotor Duisburger Hafen

Mehr als 45 000 Arbeitsplätze

Laut einer aktuellen Studie der Duisburger Hafen AG, hat sich die Zahl der direkt und indirekt vom Hafen abhängig Beschäftigten um rund zwölf Prozent auf 45 300 erhöht. Der Hafen bleibt damit weiterhin eine tragende Säule der Wirtschaftsstruktur und des Arbeitsmarktes in der Region. Die gesamte, auf den Hafen zurückzuführende Wertschöpfung ist um vier Prozent auf rund 2,8 Milliarden Euro gewachsen.

„Diese Zahlen belegen eindrucksvoll, dass die Dynamik der Logistikwirtschaft in Duisburg und der Region weiter anhält“, betont Erich Staake, Vorstandsvorsitzender der Duisburger Hafen AG. „Sie sind darüber hinaus Beleg für die Qualität des Standortes, der inzwischen zu den führenden Logistikregionen in Europa gehört.“

Direkte Beschäftigungsverhältnisse überproportional stark gewachsen

Insgesamt sind über 18 400 Arbeitsplätze direkt vom Hafen abhängig und in der Region angesiedelt. Die direkten Beschäftigungsverhältnisse sind damit im Vergleich zu 2011 (16 100) um rund 15 Prozent überproportional stark gewachsen. Dies ist insbesondere auf die Ansiedlungen im Hafen und die höhere Nutzungsquote der Industrie- und Logistikbetriebe im Umfeld des Hafens zurückzuführen.

„Die Untersuchung unterstreicht eindrucksvoll, wie sich erfolgreich handelnde Hinterlandhäfen zu wichtigen Wachstumsmotoren für Stadt und Land entwickeln können. Duisburg hat diese Entwicklung vom einstmaligen reinen Güterumschlagplatz zu einem dynamischen Wirtschaftsstandort mit wertschöpfender Logistik längst unter Beweis gestellt“, so Staatssekretär Michael von der Mühlen.

Jeder achte Arbeitsplatz vom Hafen abhängig

Von den insgesamt 45 300 hafenabhängigen Beschäftigten entfallen rund 22 000 auf die Stadt Duisburg, was 13 Prozent aller Arbeitsplätze entspricht. Damit ist mehr als jeder achte Arbeitsplatz in Duisburg vom Hafen abhängig. In den 300 Betrieben im öffentlichen Hafen sind über 11 400 Beschäftigte aktiv. Hier konnte die Zahl der Beschäftigten gegenüber 2011 (10 100) um 13 Prozent gesteigert werden.

„Der Hafen ist ein entscheidender Wirtschaftsfaktor für die Stadt Duisburg. Die positive Entwicklung ist zugleich aber auch Verpflichtung, den Standort weiterzuentwickeln“, so Oberbürgermeister Sören Link. Zur Realisierung weiterer Ansiedlungen und damit auch zur Erschließung weiterer Wertschöpfungspotenziale wird die Entwicklung neuer Standorte die zentrale Voraussetzung sein, da die heutigen Hafensareale kaum noch Ansiedlungs- und Erweiterungsmöglichkeiten bieten. Hierauf hat die Duisburger Hafen AG bereits reagiert und treibt gemeinsam mit Partnern, wie der Evonik Industries AG und der RAG Montan Immobilien GmbH, die Entwicklung von Logistikstandorten in der gesamten Rhein-Ruhr-Region als eine der Kernaufgaben voran. ●

DeltaPort – Alle Häfen auf Erfolgskurs

Umschlagsmengen um 15,77 Prozent gesteigert

Die Bilanz von Jens Briese (52) für sein drittes voll verantwortetes Jahr als Geschäftsführer der DeltaPort-Hafengesellschaft schließt sich nahtlos an die beiden vorangegangenen Jahre an: Die drei Teilhäfen entwickeln sich gut. Sowohl die bereits laufenden Arbeiten an den während der letzten beiden Jahre neu angesiedelten Unternehmen als auch für weitere Zugänge laufen nach Plan.

„Wir gehen von einem hohen Maß an Kontinuität in der Häfenentwicklung auch für 2016 aus“, so Hafenchef Briese auf der Jahrespresskonferenz im Weseler Welcome-Hotel. Diese Kontinuität sei das Ergebnis einer sehr konstruktiven Zusammenarbeit mit den an den Neuansiedlungen und dazu notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen beteiligten Institutionen wie zum Beispiel Kreis und Stadt Wesel, Stadt Voerde oder übergeordneten Behörden im Land. 2015 seien beachtliche Fortschritte in der Entwicklung neuer Bebauungspläne für die noch freien Hafenflächen erzielt worden. „Die fachliche Zusammenarbeit auf diesem Sektor insbesondere mit den Verwaltungen beim Kreis Wesel und den Städten Wesel wie auch Voerde lief reibungslos“, resümierte der Hafenchef. DeltaPort verfügt aktuell über 14 Hektar sofort bebaubare freie Flächen sowie ein mehrfaches davon im Stadium der Entwicklung bis zur Vermarktungsreife.

Das Projekt Sanierung des Weseler Stadthafens kann nach Brieses Worten baulich als weitestgehend beendet betrachtet werden. Die neue Leistungsfähigkeit des ältesten der drei DeltaPort-Häfen spiegelt sich auch in den 2015 erreichten Umschlagszahlen wider: Insgesamt wurden in den Häfen 3,8 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen (plus 517 000 Tonnen), davon 1,4 Millionen allein im Stadthafen. Hieran hat die Übertragung des Salzschlages vom Borther ESCO-Steinsalz-Bergwerk von der alten Umschlagsanlage auf der linken Rheinseite in die neue Hülskens-Anlage im Stadthafen maßgeblichen Anteil. Mit den übrigen dort aktiven Firmen ist die Hafenleitung in Entwicklungsgesprächen. Die Raiffeisen-Firma HoMa plant Teile der übernommenen Altanlage abzureißen und durch neue Siloanlagen zu ersetzen. „Und auch mit RWZ sprechen wir über die künftige Nutzung der dortigen Anlagen“, macht Briese den Weseler Kommunalpolitikern Hoffnung auf Abhilfe angesichts des deutlich erkennbaren Abnutzungsgrades der jahrzehntealten Gebäude.

Die Entwicklung im Emmelsumer Hafen und dessen Umfeld hat in 2015 einen entscheidenden Meilenstein erreicht: Die derzeit vorhandenen Flächen sind praktisch „voll“. Letzter Erfolgsgrad auf dem – Status 2016 – erreichten Höhepunkt der Flächenbelegungsskala: Sappi Europe hat um den Jahreswechsel 2015/2016 „Grünes Licht“ für den Bau einer weiteren – etwa 20 000 Quadratmeter großen – Papierlagerhalle am Emmelsumer Hafenbecken gegeben. Mit einer Investition von 12,6 Millionen Euro unterstreicht Sappi damit die Bedeutung des Standortes im Weseler DeltaPort-Hafen Emmelsum.

In nächster Nachbarschaft dazu entwickelt sich derzeit das Contargo-Engagement unter Führung der Rhenus-Gruppe, die dort bis zum 3. Quartal diesen Jahres ein voll funktionsfähiges nagelneues Terminal für Kombinierte Verkehre (KV) über Wasser wie Land in Betrieb nehmen wird. Auf einer Fläche von 46 000 Qua-

dratmeter wird in Infrastruktur, Kaje-Sanierung sowie Abstell- und Lagerflächen für Container investiert. Angesichts der damit besetzten letzten freien Flächen warten die Hafenverantwortlichen jetzt auf Entscheidungen zur Erschließung weiterer Flächen im Umland des Emmelsumer Westhafens.

Im Rhein-Lippe-Hafen schließlich ist die neue Schwergutanlage der Hegmann-Gruppe komplett fertiggestellt und inzwischen in Betrieb gegangen. Mit dem Bau einer 300 Meter langen „festen“ Kaje wird nach Vorlage entsprechender Genehmigungen in diesem Jahr begonnen. Die umfangreichen Investitionen der Sonsbecker Firma KS Recycling GmbH & Co. KG in zweistelliger Millionenhöhe machen weiterhin gute Fortschritte. ●

Beim Besuch bei Amazon waren unter anderem dabei: Dr. Günther J. Bergmann MdL (links), Frank Börner MdL (2. v. l.), Dr. Hans-Ulrich Krüger MdB (3. v. l.), IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Stefan Dietzfelbinger (5. v. l.), Sabine Weiss MdB (2. v. r.) und Betriebsleiter Karsten J. Frost (rechts). Foto: IHK

Logistik zum Anfassen

Abgeordnete der Region besichtigen Amazon

Wie der Verkehrsübungsplatz auf dem Schulhof einer Grundschule mutet das Treppenhaus am Eingang von Amazon in Rheinberg an. Über Richtungspfeile und Trennlinien auf dem Boden werden Mitarbeiter und Besucher zum Eingang geleitet. Es herrscht Rechtsverkehr und in Abständen von wenigen Metern wiederholen sich mahnende Hinweisschilder mit der Aufschrift „Bitte Handlauf benutzen!“.

Die Lenkung von Bewegung bestimmt die Arbeit bei Amazon: Die Mitarbeiter bekommen Hinweise von Tablets, wo sie welche Ware in ihre kleinen Wagen einladen sollen. In Plastikwan- nen gelangen die Waren auf Förderbändern zu den Mitarbei- tern, die diese in Kartons verpacken. „Die Abläufe werden zentral gesteuert und sind vereinheitlicht. Sonst wäre es nicht möglich, die Vielzahl von Bestellungen innerhalb von Stunden

zu verschicken“, sagt Karsten J. Frost, Betriebsleiter von Ama- zon in Rheinberg.

Auf Initiative der Niederrheinischen IHK führte Karsten Frost im November die Abgeordneten des Bundestages und des Landta- ges, die ihren Wahlkreis am Niederrhein haben, durch die riesi- gen Lagerhallen von Amazon. Die Abgeordneten Sabine Weiss, Dr. Günther J. Bergmann, Frank Börner und Dr. Hans-Ulrich Krüger ließen sich umfassend über einen der größten Arbeitgeber am Niederrhein informieren. „Bis zu 4 000 Menschen beschäftigen wir am Standort Rheinberg in Hochzeiten“, so Frost. Gründe für die Wahl des Standorts Niederrhein, der im Jahr 2011 eröffnete, waren die sehr gute Verkehrsanbindung und die hohe Verfügbar- keit von Fachkräften.

Laut IHK-Hauptgeschäftsführer, Dr. Stefan Dietzfelbinger, ist die verkehrliche Erreichbarkeit die Trumpfkarte der Region. „Wir müssen aber erfassen, dass wir diese nicht verspielen.“ Das Beispiel der A40-Brücke bei Neuenkamp zeige, dass für die In- standhaltung der Infrastruktur trotz einiger Nachbesserungen nach wie vor mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssten.

Standortleiter Frost erläuterte den Abgeordneten, dass die Anbindung an den ÖPNV verbesserungswürdig sei. Amazon setzt eigene Shuttlebusse ein, um die Mitarbeiter aus dem Ruhrgebiet und dem Rheinland nach Rheinberg zu fahren. Im Zusammenhang mit der aktuellen Migration von Flüchtlingen fügte Karsten Frost hinzu, dass Amazon schon heute viele Menschen aus ganz verschiedenen Herkunftsländern be- schäftigt und künftig zunehmend Arbeitsplätze für Geflüch- tete bereitstellen werde.

Ansprechpartner für Verkehr und Logistik bei der Niederrheini- schen IHK: Mathias Dubbert, Telefon 0203 2821-231, E-Mail dubbert@ niederrhein.ihk.de ●

Ausbildung 4.0 bei Oleon in Emmerich

Lernen durch Lehren

Der Oleochemikalienproduzent Oleon in Emmerich hat un- ter dem Namen „Ausbildung 4.0“ ein neues Aus- und Wei- terbildungskonzept ins Leben gerufen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Aufgabe, ihre Arbeitsprozesse multimedial zu erklären, so können Auszubildende und (neue) Kollegen in der Einarbeitung eigenständig lernen – und Prozesse mit ihrem erprobten Wissen direkt selbst verbessern.

Für eine erfolgreiche Umsetzung von Industrie 4.0 ist es wich- tig, dass „erprobte“ Prozesse optimiert und standardisiert werden (Stichwort: LEAN-Produktion). Manuell und individu- ell ausgeführte Prozessschritte werden immer weiter auto- matisiert. Damit sind Veränderungen für die Beschäftigten

verbunden, sie führen Prozesse nicht mehr direkt selbst aus, son- dern überwachen diese. Dadurch wächst der Druck, Mitarbeiter stetig weiter zu qualifizieren – auch um sie flexibel einsetzen zu können.

Oleon setzt bereits bei der Aus- und Weiterbildung auf die digi- talisierte Weitergabe von Wis- sen. So erstellen beispielsweise die neuen Mitarbeiter (ehemali- ge Auszubildende) bei Oleon multimediale Prozessbeschrei- bungen für ihren Arbeitsplatz und teilen ihr erprobtes Wis- sen. Es entsteht ein selbstgesteuertes pädagogisches Kon- zept: Lernen durch Lehren.

Quelle: Oleon

Mithilfe einer auch mobil nutzbaren Anwendung erstellen die Mitarbeiter die Lerninhalte eigenständig und entwickeln sie stetig weiter. Verwendet werden können Texte, Fotos, Videos, Grafiken etc. Sogenannte Qualitätsgremien sichern die Verbesserung und Harmonisierung der Prozesse ab. Die multimediale Inhalte sind abrufbar über den PC oder direkt vor Ort durch QR-Codes an der Anlage. Nebenbei entstehen Lerneinheiten, die unabhängig von der zeitlichen Verfügbarkeit von Ausbildern oder Experten jederzeit zugänglich sind. Weitere Pluspunkte: Die Inhalte sind in einer verständlichen Sprache verfasst, die Kolleginnen und Kollegen werden motiviert zu lernen beziehungsweise selbst Inhalte zu erstellen, um eigenes Wissen weiterzugeben. Gleichzeitig werden althergebrachte Vorgehensweisen hinterfragt und als Konsequenz bei Bedarf auch geändert.

Begleitet wird dieser Prozess von Beratern der Duisburger innowise GmbH. Diese unterstützen Oleon nicht nur bei technischen und

didaktischen Fragen der Lerneinheitserstellung, sondern helfen auch dabei, die Produktion zu verschlanken. Ziel ist nicht die Einsparung von Personal, sondern die Steigerung der Effizienz und Effektivität der Prozesse. „Und das geht ohne gut ausgebildete Fachkräfte nicht. Wir setzen daher auf eine hohe Qualität der Aus- und Weiterbildung unserer Beschäftigten. Mit unserem Konzept Ausbildung 4.0 sind wir für die Zukunft gut aufgestellt“, da ist sich Steffen Basmer, Werksleiter bei Oleon Emmerich, sicher. ●

Der neue Portalkran von Haeger & Schmidt International (hier ein Foto von der Anlieferung der Teile) wurde am Ruhrorter Südhafen der Stahlinsel in Betrieb genommen.

Foto: Haeger & Schmidt International

Neue Krananlage auf Haeger & Schmidt Terminal

Unternehmen investiert rund vier Millionen Euro

Mit einer Investition von rund vier Millionen Euro hat die Haeger & Schmidt International GmbH zum Jahresende eine neue Krananlage am Ruhrorter Südhafen der Stahlinsel in Betrieb genommen. Die Anlage ersetzt den alten Kran aus dem Jahr 1976.

„Der Neubau hat mit 40 Tonnen eine um 25 Prozent höhere Tragkraft als sein Vorgänger, deckt eine größere Fläche ab und ist natürlich mit modernster Steuerungstechnik ausgestattet“, sagt Geschäftsführer Heiko Brückner. Rund eine Million Tonnen Stahlprodukte schlägt das Unternehmen pro Jahr am Standort Stahlinsel um. Der neue Kran ist trimodal einsetzbar, um Schif-

fe, drei Verladegleise, die Straße und das Stahllager im Südhafen zu bedienen. Noch bis Ende des Frühjahrs 2016 wird die 200 Meter lange Kranbahn saniert.

Einer der führenden Logistikdienstleister in Europa

Die Haeger & Schmidt International GmbH mit Stammsitz in Duisburg ist einer der führenden Logistikdienstleister in Europa. Das Unternehmen entwickelt in den Geschäftsbereichen Binnenschiffahrt, Projektlogistik, Umschlag- und Lagerlogistik Konzepte für Kunden in ganz Europa. Die Gruppe um Haeger & Schmidt International GmbH, zu der auch die in Duisburg ansässige H&S Container Line GmbH und HSW Logistics GmbH gehören, ist seit 2013 mit europaweit 218 Mitarbeitern und einem Umsatz von rund 150 Millionen Euro maritimer Teil des österreichischen Felbermayr-Konzerns. Insgesamt hat Haeger & Schmidt International im Duisburger Hafen 144 Mitarbeiter, die auf einer Betriebsfläche von 54 773 Quadratmetern tätig sind. ●

1960

1987

2006

Wie die Zeit vergeht: Die Luftbilder zeigen die Flächenentwicklung.

Fotos: © FMZ, Foto von 1960: Westdeutschen Luftfoto, Bremen

1x Parken, 4x Einkaufen

Von der insolventen Holzhandlung zum erfolgreichen Fachmarkt

Dr. jur. Dr. phil. Rolf Berger „erbt“ gewissermaßen eine marode Holzhandlung in Rheinberg. In einem Alter, in dem andere ans süße Nichtstun denken, stampfte er mit seiner Frau Eva ein Nahversorgungszentrum aus dem Boden.

Wer am Ortsausgang an der Xantener Straße 79 bei Netto, Trink & Spare, im Futterhaus oder im Bio-Laden Kriemhild Mühle seine Einkäufe erledigt, der kann dort auf einen 82-jährigen Herrn treffen, der mit einem Schraubendreher oder einem anderen Werkzeug auf dem weitläufigen Gelände unterwegs ist. Ihn für den Hausmeister zu halten, ist indes völlig fehl am Platze, denn er ist Gesellschafter der „FachMarktZentrum Rheinberg Besitzgesellschaft mbH“ und gewissermaßen deren Erfinder. Dennoch sagt Dr. jur. Dr. phil. Rolf Berger, ehemals Präsident der Technischen Universität Berlin, mit einem ironischen Lächeln von sich selbst: „Ich bin hier die Aushilfe.“

Rolf Berger, den seine berufliche Karriere vom damaligen Bonner Wirtschaftsministerium über den Posten des stellvertretenden Planungsstabsleiters im Wissenschaftsministerium, des Präsidenten der TU Berlin zum Nixdorf-Konzern führte und der schließlich als selbstständiger Unternehmensberater tätig war, fragte sich in dem Alter, in dem andere von der Rente und dem süßen Nichtstun träumen, was er später mit seiner Zeit wohl Sinnvolles werde anfangen können. Weil der promovierte Jurist schon immer Nägel mit Köpfen zu machen pflegte, begann er das Studium der Kunstgeschichte und Archäologie und schloss es mit einer weiteren Promotion ab. Dass ihm während des

Studiums seine zweite Ehefrau Eva, eine Studentin der Kunstgeschichte und Skandinavistik, begegnen würde, hatte er sicher nicht geplant – und auch nicht, dass er für seinen Schwiegervater – „Der hatte eine sehr gutmütige Heiterkeit“ – das Problem einer insolventen Holzhandlung in Rheinberg würde lösen müssen.

„Das einzige, was Substanz hat, ist das 8 350 Quadratmeter große Grundstück in guter Lage.“

Die Redaktion traf Rolf Berger im Café des FMZ. „Mein Schwiegervater, ein pensionierter Diplomat, war hier Hauptgesellschafter“, erzählte Berger, und seine Frau Eva ergänzte: „Mein Vater hatte die Holzhandlung auch schon geerbt.“ Nach einer durch den Geschäftsführer des Unternehmens begangenen Brandstiftung machte die Feuerversicherung Schwierigkeiten, das Unternehmen stand vor der Insolvenz. Eva Berger ließ ihren Vater und ihren Mann nicht im Stich: „Ich hatte brav im Holzhandel als Mädchen für alles angefangen.“ Dass sie auch die Hüterin der Kasse war, sollte sich noch als ein Segen erweisen.

Zuerst einmal stellte Rolf Berger fest: „Das einzige, was Substanz hat, ist das 8 350 Quadratmeter große Grundstück in guter Lage. Ich bin nach Moers zum Finanzamt gefahren und habe eine Konzeptionsbereinigung vorgeschlagen.“ Damit war der erste Schritt getan, aber es war noch ein langer Weg bis zum FMZ, auf dem es nicht unerhebliche Hürden zu beseitigen gab. So hatte die Stadt Rheinberg 2006 bereits ein Einzelhandelskonzept verabschiedet, in dem die Fläche an der Xantener Straße 79 nur als Besitzstand und als „Tabubereich“ für den weiteren Ausbau vorkam. Zudem musste eine Bank gefunden werden, die von Bergers Konzept ebenso überzeugt war wie er selbst. Aber alles lief wie am Schnürchen: „Die Volksbank machte begeistert mit“, so Berger.

Seine Ehefrau fügt hinzu: „Wir müssen ein langes, langes Loblied auf die Stadtverwaltung singen.“

Es gibt noch Platz

Denn eigentlich, und das sei „das Drollige“ gewesen, hatte die Stadt das Gelände längst „abgeschrieben“, sich mit dem miserablen Erscheinungsbild am Eingang abgefunden. Doch Bergers Konzept „einmal parken, viermal einkaufen“, also der Bau eines zentralen Nahversorgungszentrums, stieß letztlich auf Zustimmung und Unterstützung im Planungsamt. Ein altes Haus muss-

te fallen, auf der Fläche der maroden Holzhandlung entstand in Laufe der Jahre das Nahversorgungszentrum. Die Drei-Millionen-Euro-Investition – Rolf Berger steckte unter anderem sein Alterskapital hinein – steht nunmehr auf sicheren Füßen, und Eva Berger ist, wie schon in der Holzhandlung, die Hüterin der Kasse.

Ist also das FMZ komplett? Nicht so ganz, meint Rolf Berger: „Wir haben noch etwas Platz, zum Beispiel wenn die Hauslieferung bei Internetbestellungen akut wird. Was an der Xantener Straße noch fehlte, wäre ein Drogeriemarkt.“ ● hr

Greiwing investiert 5,5 Millionen Euro

Gefahrstofflager am Logport Duisburg

Die Greiwing logistics for you GmbH hat bei der Bezirksregierung Düsseldorf einen Antrag auf Errichtung und Betrieb eines Gefahrstofflagers im Logport Duisburg gestellt. Auf einer Fläche von 7 500 Quadratmetern sollen ab März 2017 bis zu 3 000 Tonnen nicht brennbarer Produkte der Gefahrstoffklasse 6.1 gelagert werden. Für den Bau will der Logistikdienstleister mit Hauptsitz im westfälischen Greven rund 5,5 Millionen Euro investieren.

Die für das Bauvorhaben vorgesehene Fläche ist Teil eines insgesamt 37 500 Quadratmeter großen Grundstücks an der Bliersheimer Straße. Auf den verbleibenden 30 000 Quadratmetern wird zurzeit ein 25 000 Palettenstellplätze fassendes Non-Food-Lager errichtet. Die Prüfung der Pläne durch die beteiligten Behörden, Umweltverbände und Träger öffentlicher Belange ist inzwischen ohne weitere Beanstandungen beendet.

Gefahrstoffbehälter werden weder ab- noch umgefüllt

Angeliefert werden sollen die Produkte in dem geplanten Lager in sogenannten BigBags mit einem Gewicht von jeweils 1000 Kilogramm. Allerdings werden die Gebinde weder ab- noch umgefüllt. „Pro Charge entnehmen wir lediglich eine Probe von etwa 500 Gramm“, erklärt Klaus Beckonert, Geschäftsführer des Logis-

Foto: Greiwing logistics for you GmbH

tikdienstleisters. Dies erfolgt in einem speziellen Raum, der mit einer technischen Lüftung ausgerüstet ist. Der Wareneingang erfolgt ausschließlich mit Überseecontainern, welche direkt aus dem benachbarten Duisburg Intermodal Terminal (DIT) geholt werden, zu dem Greiwing einen direkten Zugang hat. Der Wareneingang erfolgt schließlich mittels geschlossener Kofferauflieger, die über ein automatisiertes Be- und Entladesystem verfügen. Befördert werden die Produkte ausschließlich mit eigenen Fahrzeugen auf festgelegten Routen.

Das Gefahrstofflager soll im März 2017 in Betrieb gehen und wird dann die chemische Industrie in Duisburg und Umgebung beliefern und darüber hinaus auch neue Arbeitsplätze schaffen. ●

Sie engagieren sich auch für Flüchtlinge?

Schreiben Sie an tw-redaktion@niederrhein.ihk.de
Stichwort „Flüchtlinge“

Unternehmerinnen und Unternehmer am Niederrhein engagieren sich

Flüchtlinge willkommen am Niederrhein

Die gegenwärtige Flüchtlingssituation wirft bei Unternehmerinnen und Unternehmern zahlreiche Fragen auf. Die Bereitschaft zu helfen ist groß – die Frage ist, wie? Die IHK ist wichtiger Ansprechpartner, wenn es um die Qualifizierung und berufliche Integration von Flüchtlingen geht. „Praktika, Hospitationen oder eine Ausbildung sind Möglichkeiten, um Flüchtlingen und Asylsuchenden dabei zu helfen, ihren Platz in unserer Gesellschaft zu finden. Ein geklärt Aufenthaltsstatus und ausreichend deutsche Sprachkenntnisse sind dabei Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Weg ins Berufsleben“, so Dr. Stefan Dietzfelbinger, Hauptgeschäftsführer der Niederrheinischen IHK.

Genau hier packen die Unternehmerinnen und Unternehmer am Niederrhein an und bieten auf unbürokratischem Wege Praktika, Orientierungshilfen und Sprachkurse an – oder auch Pinsel, Farben und Matratzen, wenn dies gerade gefordert ist.

Altana AG unterstützt Flüchtlingsarbeit der Malteser mit einer Viertelmillion Euro

Foto: Altana AG

Mit einer Viertelmillion Euro finanziert der Spezialchemiekonzern Altana, Wesel, seit Anfang 2016 einen speziell für Flüchtlinge entwickelten Deutschkurs der Malteser Werke. Das Pilotprojekt „Deutschunterricht von Anfang an – mit mehrstufigem Konzept zum schnellen Lernerfolg“ kommt etwa 100 000 Flüchtlingen in zehn Aufnahmeeinrichtungen der Malteser in Nordrhein-Westfalen zugute.

„Das Erlernen der deutschen Sprache ist der Schlüssel für die Integration der Menschen, die zu uns kommen, und damit eine wichtige Voraussetzung für den Zugang zum Ar-

beitsmarkt“, so Dr. Matthias L. Wolfgruber, Vorstandsvorsitzender der Altana AG. „Dazu möchten wir einen nachhaltigen Beitrag leisten.“

Konkret finanziert Altana für zunächst ein Jahr die Einstellung von qualifizierten Deutschlehrern in sechs Einrichtungen in NRW, auch am Stammsitz des Unternehmens in Wesel. Darüber hinaus fließt die Spende in die Ausstattung der Unterrichtsräume, den Druck von Unterrichtsmaterialien sowie die wissenschaftliche Evaluation des Pilotprojekts insgesamt.

„Wir greifen unter die Arme und helfen ganz praktisch“ Franz Haniel & Cie. GmbH

„Bei einem Unternehmensgespräch im Herbst hat Duisburgs Oberbürgermeister Sören Link uns gebeten, die Stadt bei der Bewältigung der Flüchtlingsversorgung zu unterstützen. Es war für uns sofort klar, dass wir helfen“, erzählt Jutta Stolle, Direktorin Gesellschafter und Nachhaltigkeit bei Haniel. „Die Stadt richtet mit unserer Unterstützung ein Spontanlager für Sachspenden ein. Wir stellen die komplette Ausstattung mit Regalen bereit“, erzählt sie weiter. „Ein Spontanlager braucht man, damit sofort das Nötigste wie Duschzeug, Zahnbürsten und Bettdecken zur Verfügung gestellt werden kann. Ganz spontan haben wir „Wegweiser e. V.“ für eine Einrichtung für Flüchtlingskinder ohne Eltern geholfen und benötigte Matratzen besorgt und sofort angeliefert. Zu Weihnachten konnten wir einer Flüchtlingseinrichtung in Neuenkamp 2 450 Euro und 150 Weihnachtspakete aus einer Mitarbeiteraktion zur Verfügung stellen.“

In 2016 werden Haniel-Mitarbeiter Flüchtlinge dabei unterstützen, die deutsche Sprache zu lernen und sich auch als „Kulturvermittler“ engagieren. Wir wollen Möglichkeiten finden, Praktika anzubieten und

sogenannte Orientierungshilfen – sowas können auch Flüchtlinge wahrnehmen, deren Aufenthaltsstatus noch nicht geklärt ist. Außerdem unterstützen wir ein Kennlern-Café, wo die Menschen sich treffen können. Viele Flüchtlinge sprechen gut Englisch und sind unendlich froh, dass sie ohne Krieg leben können. Die Dankbarkeit ist groß.“

Foto: Haniel

Ein Kunstprojekt für Flüchtlingskinder in Duisburg Immeo Wohnen Service GmbH

„Viele Flüchtlingsfamilien kommen mit Kindern. Für eine erfolgreiche Integration ist es wichtig, dass diese Kinder schnellstmöglich die schulischen Einrichtungen besuchen und hier in den Unterrichtsablauf einbezogen werden“, erzählt Walter Ziegler, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung der Immeo Wohnen Service GmbH.

Die Theodor-König-Gesamtschule in Duisburg-Beeck steht ebenfalls vor dieser Herausforderung und versucht, mit einem Kunstprojekt Flüchtlingskindern eine Möglichkeit zu bieten, ihre Erlebnisse zu verarbeiten. 16 Flüchtlingskinder aus sieben Nationen, die in den letzten Monaten nach Deutschland gekommen sind, arbeiten unter Leitung der Kunstlehrerin Hülya Morsümbül an einem Kunstprojekt mit dem Titel „Heimat“. Die Wohnungsgesellschaft Immeo hat das Projekt durch Sachspenden wie Leinwände, Farben und Pinsel erst möglich gemacht. „Wir denken, dass Projekte dieser Art gerade für Flüchtlingskinder wichtig sind, weil sie dabei helfen können, oftmals traumatische Erfahrungen spielerisch auszudrücken und zu verarbeiten. Auch Sprachbarrieren können durch diese Form der Kommunikation überwunden werden“, erläutert Sebald Walter Ziegler das Engagement des Unternehmens. Darüber hinaus hat Immeo den Städten im Einzugsgebiet der niederrheinischen IHK rund 250 Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt.

Foto: Immeo Wohnen Service GmbH

Was macht die IHK?

Spitzengespräch in der IHK Gemeinsam Perspektiven schaffen

Welche Möglichkeiten für eine schnellere Integration in den Arbeits- beziehungsweise Ausbildungsmarkt gibt es? Wie hoch ist das Fachkräftepotenzial für die Unternehmen der Region? Darüber diskutierten die Vertreter der Stadt Duisburg und der Kreise Wesel und Kleve, Unternehmerverbände, Gewerkschaften, Arbeitsagenturen und Jobcenter im Rahmen eines Spitzengesprächs, zu dem die Niederrheinische IHK im Januar eingeladen hatte. Es wurde eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der die Teilnehmer betonten, es komme entscheidend darauf an, dass die Akteure in der Region intensiv zusammenarbeiten, ihre Aktivitäten eng abstimmen und eine gemeinsame Strategie verfolgen. Kernpunkte der Strategie sind die Handlungsfelder „Sprachkenntnisse fördern“, „Potenziale ermitteln und Qualifikationen erkennen“, „Fit machen für den Arbeitsalltag“, „Informationen für Betriebe und Fachkräfte bereitstellen“ sowie „Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ermöglichen“.

Integration Points und Willkommenslotsen

Eine zentrale Stellung nehmen die neuen Anlaufstellen für Flüchtlinge und Asylbewerber der Jobcenter und Arbeitsagenturen ein. Diese „Integration Points“ bündeln die Kompetenzen

der Agenturen für Arbeit und der Jobcenter mit den lokalen Sozialämtern und Ausländerbehörden. Zugleich arbeiten sie eng mit den übrigen regionalen Akteuren zusammen. Unternehmen werden durch Willkommenslotsen der Kammern gezielt und individuell unterstützt. Diese beraten Betriebe, wer für eine Arbeitsaufnahme oder Berufsausbildung infrage kommt, welche Formalitäten zu klären sind, welche Angebote zu Sprachförderung bestehen und wie die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen funktioniert.

Neue IHK-Vollversammlungsmitglieder

Die Vollversammlung der Niederrheinischen IHK hat sich im Dezember 2014 neu konstituiert, um für die kommenden fünf Jahre die Leitlinien der IHK-Arbeit zu bestimmen. „tw“ stellt seit der Juli/August-Ausgabe 2015 die Mitglieder vor, die dem Gremium in der letzten Vollversammlungsperiode noch nicht angehörten.

Peter Bollig, Diplomingenieur, Jahrgang 1963, ist Geschäftsführer der Stoffstromgesellschaft Asdonkshof GmbH (SAG) sowie der Kreis Weseler Abfallgesellschaft mbH & Co. KG (KWA), Kamp-Lintfort. Nach dem Studium des Bauingenieurwesens war er in verschiedenen leitenden Positionen in der privaten Entsorgungswirtschaft tätig, bevor er im Jahr 2002 Geschäftsführer der KWA wurde. Bollig ist in der Verbandsarbeit engagiert und im IHK-Ausschuss für Umwelt und Energie aktiv. In die Vollversammlung rückte er als Nachfolgemitglied in Wahlgruppe IX nach.

Klaus W. Schwarz, Jahrgang 1956, ist Geschäftsführer der Krause & Schwarz GmbH, Kevelaer. Nach Stationen bei der Zentralverwaltung des Kaufhofs in Köln sowie als Praxistrainer und Außendienstmitarbeiter bei verschiedenen Unternehmen machte er sich 1991 mit der Krause & Schwarz GmbH als Werbeagentur – heute Medienagentur – selbstständig. Er studierte berufsbegleitend Betriebswirtschaft

und bildete sich zum Hochschulfachökonom und Marketingfachkaufmann weiter. Außerdem gehört Schwarz dem Initiativkreis Wirtschaft der Stadt Kevelaer an. In die Vollversammlung rückte er als Nachfolgemitglied in Wahlgruppe VIII nach.

Thomas Stroinski, Jahrgang 1967, ist in Rheinberg in der Energiegewinnung tätig. Nach dem Abitur und einer Ausbildung zum Energieanlagenelektroniker absolvierte er ein Fachschulstudium der Elektrotechnik. Seine berufliche Laufbahn begann er als Systemingenieur bei einem Duisburger Unternehmen. 1993 trat Stroinski in die bebarmatic Parksysteme GmbH, Duisburg, ein, in der er aktuell als geschäftsführender Gesellschafter tätig ist. Er war im Vorstand der Wirtschaftsjuvenen Duisburg aktiv und ist heute Handelsrichter am Landgericht Duisburg und Mitglied im IHK-Außenwirtschaftsausschuss.

Rob Bekking

Verstärkt Führung der CI-Gruppe

Die Corporate Intelligence-Unternehmensgruppe (kurz: CI-Gruppe) mit Sitz in Hamminkeln hat ihr Topmanagement verstärkt. Seit dem 1. Januar bekleidet Rob Bekking (50) die neu eingerichtete Funktion des Senior Vice President Business Development der CI Beteiligungsverwal-

tung GmbH (CIB). Parallel dazu übernahm der gebürtige Niederländer gemeinsam mit Peter Günzel die Geschäftsführung der CI Automotive Service GmbH (CIAS). Der diplomierte Wirtschaftsingenieur Rob Bekking agiert seit 28 Jahren in der Logistikbranche. In den vergangenen 17 Jahren war er für die Schenker AG, Essen, tätig, zuletzt als Vice President Cross Product Management/Customer Solutions (2013 bis 2015). In seiner neuen Funktion als Senior Vice President Business Development der CIB verantwortet Bekking in erster Linie die konsequente Umsetzung der Strategie der CI-Gruppe. Deren internationale Positionierung steht dabei ganz oben an und strahlt auf sämtliche Arbeitsschwerpunkte ab. Bei der CIAS wollen Bekking und Peter Günzel als Doppelspitze die Kompetenz der CI-Tochter als Lead Logistics Provider ausbauen.

Werner Schaurte-Küppers

Zum Handelsrichter wiederernannt

Die Präsidentin des Oberlandesgerichts Düsseldorf hat auf Vorschlag der Niederrheinischen IHK Dipl.-Betriebswirt Werner Schaurte-Küppers, Geschäftsführer der Hülskens Holding Geschäftsführungs-GmbH, Hülskensstraße 4-6, 46483 Wesel, für die Zeit vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2020 als Handelsrichter beim Landgericht Duisburg wiederernannt.

Volker Seefeldt

Zum Vorsitzenden der Neska-Geschäftsführung bestellt

Zum neuen Vorsitzenden der Geschäftsführung der Neska Schifffahrts- und Speditionskontor GmbH wurde Volker Seefeldt (58) bestellt. Er ist Sprecher des Vorstandes der HTAG Häfen und Transport AG, Duisburg, die seit 2002 zur Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) gehört. Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Juli 2015 hat die HGK die zuvor von Imperial Logistics International gehaltenen Geschäftsanteile der Neska vollständig erworben. Damit ist die HGK, die bereits 35 Prozent der Anteile hielt, nun alleiniger Gesellschafter.

Literatur-Tipp der Redaktion

Familienunternehmen werteorientiert führen

Warum scheitern etablierte Firmen plötzlich? Warum sind zahlreiche Start-ups nicht erfolgreich, andere aber schon? Die Publikation „Werteorientierte Führung von Familienunternehmen“ veranschaulicht, dass Werte wie Vertrauen, Wertschätzung und Verantwortungsbewusstsein zunehmend zu strategischen Erfolgsfaktoren werden. Durch eine gelebte Wertekultur lassen sich die Zufriedenheit der Mitarbeiter und damit der langfristige Unternehmenserfolg nachhaltig positiv beeinflussen und sichern. Praxisbeispiele vermitteln eine Reihe von Ansätzen, die den Weg zu einer erfolgreichen Umset-

zung ebnen können. Der Leser erhält viele konkrete Tipps für den Umgang mit Mitarbeitern, Kunden oder Kollegen und kann Schlüsse für das eigene Unternehmen ziehen. Nicolai Müller, Clemens Jäger: Werteorientierte Führung von Familienunternehmen. 384 Seiten, ISBN 978-3-658-09236-8, 39,99 Euro, Springer Gabler, Wiesbaden.

Das demokratische Unternehmen

Petitionen und Likes, Blogs und Foren – der digitale Mensch ist es gewohnt, mitzureden, sich einzubringen und mitzubestimmen. Ein Trend, der auch vor der Arbeitswelt nicht

Halt macht und sie grundlegend verändern wird. Vor allem junge Fachkräfte stecken die Rahmenbedingungen ihres Arbeitslebens immer mehr selbst ab. Ob Arbeitszeiten oder Arbeitsplatz, Weiterbildungen oder Aufstiegschancen: Mehr und mehr durchzieht der Trend zur Demokratisierung die Unternehmen. Und zunehmend wird er bereits in den Firmen gelebt. Die Publikation „Das demokratische Unternehmen“ geht darauf ein, wie ein demokratisches Unternehmen in der Praxis funktionieren kann und wo Chancen oder Grenzen sind. Thomas Sattelberger, Isabell Welp, Andreas Boes. Das demokratische Unternehmen. Neue Arbeits- und Führungskulturen im Zeitalter digitaler Wirtschaft. 312 Seiten, ISBN 978-3-648-07434-3, 59,- Euro, Haufe Verlag, Freiburg.

Bekanntmachung

Einigungsstelle zur Beilegung von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten aufgrund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb

Aufstellung der Beisitzerliste für das Jahr 2016

Die Niederrheinische IHK hat im Einvernehmen mit der Handwerkskammer und der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen gemäß § 4 Abs. 2 der Verordnung über Einigungsstellen zur Beilegung von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten aufgrund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb die Beisitzerliste aufgestellt. Die Amtszeit der Vorsitzenden läuft noch bis Ende 2018.

1. Vorsitzender

Rechtsanwalt Burkhard Himmerich
Sieglindestraße 4, 47166 Duisburg

2. Vorsitzender

Rechtsanwalt Johannes Motz
Kreishandwerkerschaft Bochum
Springorumallee 10, 44795 Bochum

Beisitzer Einzelhandel

Heinz Cysarz
Am Rathaus 3 a, 46514 Schermbeck

Helmut Dismer
Schuhhaus Dismer GmbH & Co. KG
Neustraße 35, 46535 Dinslaken

Jürgen Dorenburg
Am Halben Mond 6, 46483 Wesel

Dipl.-oec. Rolf Gallrein
Rolf Gallrein e.K.
Rathausallee 173, 47445 Moers

Klaus Grah
Grah Optik GmbH
Goldstraße 4-6, 47051 Duisburg

RA Harald Klein
BONITA International
GmbH & Co. KG
Kesseldorfer Rott 39, 46499 Hamminkeln

Detlef Peterscheck
Torfstraße 11, 47574 Goch

Michael Schnetzke
Julius-Leber-Straße 16
47228 Duisburg

Verbraucher

Ass. Jürgen Schröder
Verbraucher-Zentrale Nordrhein-Westfalen
Mintropstraße 27, 40215 Düsseldorf

Rechtsanwältin Beate Wagner
Verbraucher-Zentrale Nordrhein-Westfalen
Mintropstraße 27, 40215 Düsseldorf

Handwerk

Karin Ingenillem
Friseurmeisterin
Josefstraße 6, 47608 Geldern

Gunda Lippert
Herrenschnneidermeisterin
Firma Heinz-Bernd Reeker
Neustraße 26, 47441 Moers

Heinz-Jürgen Lobreyer
Malerei- und Lackiermeister
Am Inzerfeld 42, 47167 Duisburg

Hans Maiborn
Kfz.-Mechanikermeister
Auto Hans Maiborn
Schermecker Landstraße 25, 46485 Wesel

Hermann Scheelen
Gas- und Wasserinstallateurmeister
Zentralheizungs- und Lüftungsbauermeister
Am Nienhaushof 8, 47139 Duisburg

Dieter Szogas
Bäckermeister
Düsseldorfer Straße 118, 47051 Duisburg

Joachim Vogel
Zweiradmechanikermeister
Krengelstraße 131, 46539 Dinslaken

Foto: Thinkstock.com/BornaMir

„Iran: Hoffnungsträger der deutschen Wirtschaft“

Fünf Fragen an René Harun, Geschäftsführer der Auslandshandelskammer Iran

Vom Tabuland zur großen Hoffnung: Durch die Einigung im Atomstreit und das langsame Aufheben der Sanktionen hält Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), einen Anstieg des Handelsvolumens von aktuell 2,7 Milliarden Euro auf zehn Milliarden Euro in vier bis fünf Jahren für möglich. René Harun, Geschäftsführer der Auslandshandelskammer (AHK) Iran, äußert sich im Interview über die Entwicklung der Wirtschaft und die Chancen für deutsche Unternehmen in der Islamischen Republik.

Die Sanktionen gegen den Iran werden schrittweise aufgehoben. Welches Potenzial hat die iranische Wirtschaft?

Die Verschärfungen der Sanktionen haben letztlich jegliche Finanztransaktionen mit dem Iran unmöglich gemacht. Dadurch kam der gesamte Außenhandel fast zum Erliegen, auch litten die gesamten wirtschaftlichen Verbindungen in allen Bereichen sehr. Aber viele der alten Strukturen sind noch vorhanden und funktionieren. Sie müssen nun modernisiert werden, zum Beispiel im Maschinen- und Anlagenbereich sowie im Bereich der Medizintechnik und der gesamten Infrastruktur. Der Iran verfügt also über ein riesiges Potenzial und ist ehrgeizig, wieder an seine früheren Erfolge anzuknüpfen.

Welche Risiken gibt es bei Investitionen?

Das größte Risiko ist sicher, dass aufgrund politischer Entwicklungen die Sanktionen wieder in Kraft treten beziehungsweise erst gar nicht abgebaut werden. Zudem sind staatliche Interventionen in der Privatwirtschaft nicht auszuschließen. Und schließlich stellen natürlich die innerstaatliche politische Instabilität wie auch die zahlreichen Konflikte in der Region, wie in

Syrien, dem Jemen und Afghanistan, Gefahren für Investitionen dar. Diese Risiken, wie auch die bestehenden Probleme, sind der iranischen Regierung bekannt, und soweit dies möglich ist, werden sie bereits angegangen.

„Auch im Iran genießt ‚Made in Germany‘ einen ausgezeichneten Ruf, sodass die Firmen damit zusätzlich punkten können.“

In den 1970er-Jahren war der Iran das zweitwichtigste Exportland für Deutschland außerhalb Europas. Kann es gelingen, daran wieder Anschluss zu finden?

Mit dem schrittweisen Abbau der Handelshemmnisse eröffnen sich viele Möglichkeiten für deutsche Unternehmen. Für deutsche Firmen vorteilhaft ist, dass sie hier, dank der engen Beziehungen aus der Vergangenheit, oftmals auf bestehende Partnerschaften zurückgreifen können. Diese Geschäftsbeziehungen gilt es nun wieder zu beleben. Auch im Iran genießt ‚Made in Germany‘ einen ausgezeichneten Ruf, sodass die Firmen damit zusätzlich punkten können. So bietet sich eigentlich jeder Be-

Grafik: Thinkstock.com/slidesign78

reich für Investitionen und Exporte der deutschen Wirtschaft an, man muss nur eine Nische finden.

Obwohl der Iran nur an 50. Stelle bei den deutschen Exporten steht, ist Ihre AHK mit mehr als 2 000 Mitgliedern die drittgrößte weltweit. Wie erklären Sie sich dies?

Das lässt sich vor allem auf den großen Anteil iranischer Firmen an unseren Mitgliedszahlen und auf unsere relativ geringen Mitgliedsbeiträge zurückführen. Zudem bieten wir unseren Mitgliedern natürlich auch gute Leistungen. In der Zukunft wollen wir als bilaterale Auslandshandelskammer vor allem den deutschen Part weiter stärken, gerade jetzt in dieser Öffnungsphase. Und ich denke, wir sind auf einem sehr guten Weg. Bereits jetzt habe ich jeden Tag ein bis zwei Gespräche mit deutschen Unternehmen. Es gibt ein sehr großes Interesse am Wirtschaftsstandort Iran, aber auch an unseren Dienstleistungen, Unternehmen beim Markteintritt und darüber hinaus zu unterstützen..

Beenden Sie bitte den folgenden Satz: Der Iran ist ein attraktiver Investitions- und Exportmarkt, weil ...

... das Land einen enormen Modernisierungsbedarf hat, von dem deutsche Unternehmen dank der vorhandenen Beziehungen und ihres hervorragenden Rufs stark profitieren können. ●

DIHK

Wirtschaftszahlen auf einen Blick

BIP pro Kopf, in USD, 2016*: 5.237,4
 Wirtschaftswachstum, 2016 in Prozent, real*: 4,4
 Beziehungen zu Deutschland 2014 (Veränderung ggü. 2013):
 Dt. Einfuhren, in Mio. EUR: 295,9 (+ 8,0 %)
 Dt. Ausfuhren, in Mio. EUR: 2.380,8 (+ 29,3 %)
 Hermes Länderkategorie: 7
 Ease of Doing Business 2016: 118 von 189 Ländern

Quellen: GTAI 2015, Destatis

* Prognose

Zur Person

René Harun leitet seit September letzten Jahres die Geschäfte der AHK Iran. Nach seinem Wechsel von Siemens war er bereits 13 Jahre für die AHK Russland tätig, zunächst in Moskau im Bereich Mitgliederservice sowie zuletzt in St. Petersburg als Delegierter der Deutschen Wirtschaft und Direktor der Filiale Nord-West.

Zur AHK Iran

Gründungsjahr: 1975
 Standort: Teheran
 Kontakt: René Harun
 E-Mail: r_harun@dihk.co.ir
 Telefon: +98(0)21 8133 1100

IHK-Infobox

Ansprechpartner bei der Niederrheinischen IHK: Dr. Thomas Hanicke, Leiter der Abteilung Außenwirtschaft, Telefon 0203 2821-284, E-Mail hanicke@niederrhein.ihk.de

Arbeiten in der digitalen Welt

„Die Technik ändert sich, die Regeln der Ökonomie bleiben die gleichen“. Dies schrieben sinngemäß Carl Shapiro und Hal Varian, der heutige Chefökonom von Google, in ihrem Klassiker „Information Rules“ aus dem Jahr 1999. Fünfzehn Jahre später sind viele von der Gültigkeit dieser optimistischen Einschätzung nicht mehr überzeugt. Vielmehr hat sich bezüglich der Arbeitsmarkteffekte in der Öffentlichkeit eher das Bild des arbeitsplatzsparenden technischen Fortschritts, des erhöhten Flexibilitätsdrucks auf das Beschäftigungsverhältnis und des „entgrenzten“ digitalen Arbeitens festgesetzt.

Gastbeitrag von Dr. Hans-Peter Klös, Leiter Wissenschaft, Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Es wird digitalisiert werden, was digitalisiert werden kann

Zweifelsohne: Digitalisierung ist wesentlich mehr als eine technische Veränderung. Die digitale Ökonomie hat das Potenzial, eine neue Welle wirtschaftlicher Entwicklungen auszulösen, die vor allem getrieben wird vom exponentiellen Wachstum der digitalen Speicherkapazitäten, die immer neue Formen technischer Lösungen ermöglichen, etwa im Bereich der Robotik. Auch die meisten Lebensbereiche dürften nach und nach stärker digitalisiert werden: Mobilität, Bildung, Wohnen, Energie und Gesundheit sind Schnittstellen im persönlichen Lebensumfeld zwischen dem Internet der Dinge und dem Internet der Dienste. Es stimmt schon, dass digitalisiert werden wird, was digitalisiert werden kann.

Zudem: Wirtschaft 4.0 und digitale Arbeit berühren zutiefst Technikthemen und die Welt der industriellen Wertschöpfung: Sensorik/Auto-ID-Technologien, Robotics/Automatisierung, IT-Systemtechnik, Virtualisierungs- und Simulationstechniken, Datenanalyse/BigData, Internettechnologien, Cloud Computing. Dies führt nicht nur immer stärker zu einem Mix von Automatisierungs-, Daten- und Internettechnologien, sondern ermöglicht auch eine „Industrialisierung“ bei der Produktion von Dienstleistungen. Dies wird sich auch auf die Lebensqualität von Menschen auswirken, etwa weil sich die „Convenience“ beim Zugang zu Dienstleistungen erhöht, die Zeit für die Suche nach Dienstleistungen verkürzt, die kostenlose Nutzung von Dienstleistungen möglich wird oder sich der materielle Ressourcenverbrauch etwa durch die Nutzung von „gewichtlosen“ Dienstleistungen vermindert.

Digitalisierung wird Arbeitsplätze schaffen, nicht abbauen

Vieles spricht aber dafür, dass die Folgen der Digitalisierung für den Arbeitsmarkt nicht nur beherrschbar sind, sondern per saldo eher zu mehr als zu weniger Beschäftigung führen werden. Eine aktuelle Studie des IW Köln kommt zu dem Ergebnis, dass für Deutschland auf absehbare Zeit keine negativen Beschäftigungseffekte zu erwarten sind. Vielmehr plant rund ein Drittel der digitalisierten Unternehmen eine Aufstockung des Personalbestandes, nur jeder zehnte digitalisierte Betrieb möchte Personal abbauen.

Fraglos hat die Digitalisierung Einfluss auf den Qualifikationsmix. Immer dann, wenn es um die Standardisierung von Prozessen geht, sind negative Beschäftigungseffekte, insbesondere bei Geringqualifizierten, zu erwarten. Zudem ist noch unsicher, wie sich die Digitalisierung, insbesondere in ihrer Ausprägung als „Industrie 4.0“, auf die Zukunft der Facharbeit auswirkt. In einem „Spezialisierungsszenario“ – vereinfacht: der Mensch steuert das Cyber-Physische System – dürften die Beschäftigungseffekte und auch die Bedarfe an Facharbeit gegenüber einem „Automatisierungsszenario“ – vereinfacht: der Mensch unterstützt die Maschine – deutlich günstiger ausfallen.

Vielmehr plant rund ein Drittel der digitalisierten Unternehmen eine Aufstockung des Personalbestandes, nur jeder zehnte digitalisierte Betrieb möchte Personal abbauen.

Für die optimistische Variante sprechen die bisherigen Erfahrungen mit den komparativen Vorteilen der industriellen Facharbeit in Deutschland: Die Anforderungen an die Komplexität sind insbesondere in den Berufsfeldern hoch, die eine große Nähe zu Industrie 4.0-Tätigkeiten aufweisen. Studien legen den Schluss nahe, dass gerade die berufliche Facharbeit eine gute Voraussetzung für ein ausgeprägtes Arbeitsvermögen und die Beherrschung von betrieblicher Komplexität bietet. Die Sicherung des Vorsprungs Deutschlands bei der weiteren Entwicklung von „Industrie 4.0“ ist daher zu Recht inzwischen ein zentrales wirt-

Foto: Thinkstock.com/LeoWolfert

schaftspolitisches Ziel. Dieser Prozess sollte nicht durch eine empirisch bisher nicht gut begründete vorseilende Diskussion um neue gesetzliche Begrenzungen für die „Arbeit 4.0“ gefährdet werden.

Welche Arbeitszeitmuster passen zu einer digitalen Ökonomie?

Welche Potenziale in den neuen Märkten stecken, zeigt die Elektromobilität. Im Durchschnitt steht ein Auto 23 Stunden am Tag auf dem Parkplatz. In dieser Zeit kann die Batterie über das Ladekabel mit dem Stromnetz verbunden werden. Ein von der Bundesregierung unterstützter Praxistest hat gezeigt, dass ein Teil der Autobatterie dafür genutzt werden kann, überschüssigen Strom aus dem Netz zu speichern oder bei hoher Nachfrage Energie aus der Batterie ins Netz einzuspeisen. Ein E-Auto könnte als „Dienstleister für stabile Netze“ pro Jahr über 1000 Euro erwirtschaften. Könnte – denn der Gesetzgeber blockiert diese Möglichkeit, weil er auch E-Auto-Batterie gegenüber anderen Speichern diskriminiert. Dabei könnte es kaum ein wirkungsvolleres Anreizprogramm für Elektromobilität geben. Und es würde den Steuerzahler keinen Cent kosten. Die Allgemeinheit würde profitieren, weil dank einem Schwarm vom E-Autobatterien die Stromversorgung sicherer würde: Eine Million E-Autos verfügen über mehr Speicherleistung, als dem Strommarkt heute als Puffer zur Verfügung steht.

Verhindern kann die Politik die digitale Energierevolution nicht. Und das will Berlin auch nicht. Aber durch falsche Weichenstellungen bremst die Bundesregierung neue Geschäftsmodelle im „Smart Market“. Das ist auch ein Wettbewerbsnachteil gegenüber der Konkurrenz aus dem Silicon Valley und aus Asien. Berlin muss hier nachbessern.●

Dr. Hans-Peter Klös

Foto: IW Köln

Foto: © panthermedia.net/maziarAgha

Bericht zur Lage der Energieunion

Die EU ist auf guten Weg, ihre 2020-Ziele für die CO₂-Reduktion und den Ausbau erneuerbarer Energien zu erreichen; das Energieeinsparungsziel könnte nach aktuellem Stand aber verfehlt werden. Die Liberalisierung der Großhandelsmärkte macht Fortschritte, allerdings müssen insbesondere die Strom- und Gasmärkte des Baltikums, der Iberischen Halbinsel und Osteuropas noch besser über „Interkonnektoren“ an ihre Nachbarländer angeschlossen werden. Das sind die we-

sentlichen Ergebnisse des ersten State of the Energy Union Report. Im Bericht, der am 18. November 2015 vorgelegt wurde, zieht die EU-Kommission eine Bilanz der letzten neun Monate seit Veröffentlichung der Energieunion. Informativ ist der Bericht insofern, weil er über spezifische Entwicklungen in den Mitgliedstaaten informiert. Der Länderbericht für Deutschland fällt über alle fünf Dimensionen der Energieunion hinweg positiv aus. Handlungsbedarf bestehe aber noch beim innerdeutschen Netzausbau, der Steigerung der Energieeffizienz sowie der Marktintegration erneuerbarer Energien. Interessant ist auch der Anhang zur neuen Governance-Struktur. Damit konkretisiert die Kommission erstmalig, welche Anforderungen die EU-Länder bei der Erstellung ihrer nationalen Energie- und Klimapläne erfüllen müssen. Mit ihnen soll auch nachgewiesen werden, dass nationale Ziele in „regionalen Konsultationen“ mit Nachbarstaaten abgesprochen und mögliche Kooperationen geprüft wurden. Aus Sicht des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Berlin, absolut

richtig, denn gerade der Ausbau und die Förderung erneuerbarer Energien ließen sich grenzüberschreitend wesentlich effizienter organisieren. Dem Energieunion-Bericht beigelegt hat die Kommission ebenfalls ein Arbeitsdokument über bestimmte Schlüsselindikatoren, anhand derer künftig die Fortschritte der Energieunion im Rahmen der Governance gemessen werden sollen. Insgesamt werden 23 Indikatoren vorgeschlagen, zum Beispiel Primärenergieverbrauch, Energieintensität der Wirtschaft, Großhandelsmarktkonzentration, Importraten, Großhandelspreise, Stromverbund, Emissionsintensität. (Va)

116 772

neue Ausbildungsverträge wurden im Berufsbildungsjahr 2015 in NRW abgeschlossen. Das sind insgesamt 624 Verträge weniger als ein Jahr zuvor.

Quelle: IT.NRW

Neues aus den Hochschulen

KUER-Gründungswettbewerb: UDE-Start-up auf Platz 1

Das Start-up „hoverStorage“ der Universität Duisburg-Essen (UDE) wurde durch NRW-Umweltminister Johannes Remmel als Sieger des Gründungswettbewerbs KUER (Klima, Umwelt, Energieeinsparung und Ressourcenschonung) ausgezeichnet und erhält ein Preisgeld von 20 000 Euro. Das Gründerteam Dr. Tobias Bruckmann, Jens Diepenbruck und Arnim Spengler hat auf Basis eines sogenannten Seilroboters eine innovative Lösung eines Regal-Bediengeräts entwickelt, bei der ein System von acht verspannten und computergesteuerten Seilen die Aus- und Einlagervorrichtung vor dem Regal bewegt. Hierdurch wird das System schneller und effizienter. Die Anwendungsfälle liegen auf der Hand: Fast die gesamte industrielle

Kleinteil- und Paketlagerung basieren auf einer Lagerhaltung mithilfe automatisierter Hochregallager. Typische verwendete Regal-Bediengeräte haben eine Nutzlast von 20 bis 50 Kilogramm, wiegen aber selbst bis zu zwei Tonnen.

1000. Lehrbeauftragter bei der „Servicestelle Lehrbeauftragtenpool“

Ein Pool, bei dem Hochschulen die richtigen Kandidatinnen und Kandidaten für einen Lehrauftrag finden können und Lehrbeauftragte den direkten Zugang zu offenen Lehraufträgen von mehreren Hochschulen haben – so etwas gab es bislang noch nicht. Um dies zu ändern, haben sich die Hochschule Rhein-Waal, die Hochschule Niederrhein, die Fachhochschule Düsseldorf und die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg zusammengetan. Mitte

2014 ist die „Servicestelle Lehrbeauftragtenpool“ online gegangen, nun hat sich bereits der 1000. Lehrbeauftragte registriert. Fachexperten und Spezialisten auf ihrem Gebiet, die ihre Expertise weitergeben wollen, können sich unter www.lehrbeauftragtenpool.de registrieren.

Kontakt

Die Fördervereine bieten Unternehmen eine Plattform, um den Kontakt zu den Hochschulen zu intensivieren, sie zu unterstützen und Fachkräfte gezielt zu fördern. Ansprechpartner beim Förderverein Hochschule Rhein-Waal e. V.: Stefan Finke, E-Mail info@foerderverein-hrw.de, Telefon 02821 997542. Ansprechpartner der Duisburger Universitätsgesellschaft (D.U.G.): Claus-Robert Witte, E-Mail dug@uni-due.de, Telefon 0203 379-4409.

Angemessene Vergütung für Privatschullehrer

Genehmigungsvorgaben für die Einrichtung von Privatschulen besitzen drittbeschützende Wirkung für die Lehrkräfte. Sehen diese eine Vergütung vor, die nicht wesentlich hinter Gehältern an öffentlichen Schulen zurückbleibt, darf sie 80 Prozent der Vergütung vergleichbarer Lehrer an öffentlichen Schulen nicht unterschreiten. Das hat das Bundesarbeitsgericht im Fall einer Lehrerin an einem als Ersatzschule anerkannten europäischen Gymnasium in Sachsen entschieden, die von ihrem Arbeitgeber ein höheres Gehalt forderte und sich dabei auf die an öffentlichen Schulen üblichen Gehälter bezog. In seiner Begründung weist das Gericht darauf hin, dass eine Gehaltsvereinbarung nichtig sei, wenn sie gegen ein gesetzliches Verbot verstoße. Die Regelung im Sächsischen Gesetz

über Schulen in freier Trägerschaft verlange als Genehmigungsvoraussetzung, dass die Vergütung bei entsprechenden Anforderungen nicht wesentlich hinter der an vergleichbaren öffentlichen Schulen zurückbleiben dürfe. Diese Bestimmung diene nicht nur öffentlichem Interesse an einem geordneten Schulbetrieb, sondern auch dem Schutz der Lehrer. Aus dem Grundgesetz (Art. 7 Abs. 4 GG) und dem sächsischen Privatschulgesetz folge, dass die Tätigkeit eines Lehrers an einer Privatschule in Orientierung an die Honorierung staatlicher Lehrkräfte angemessen vergütet werden. Damit sei eine Vergütung verboten, die weniger als 80 Prozent des Gehaltes einer Lehrkraft einer vergleichbaren staatlichen Schule betrage. Zur weiteren Sachaufklärung und Entscheidung wurde der Rechtsstreit an die Vorinstanz zurückverwiesen. (Urteil des Bundesarbeitsgerichts – BAG – vom 19. August 2015; Az.: 5 AZR 500/14) (Bs)

Förderprogramm „Energieberatung im Mittelstand“ bis Ende 2019 verlängert

Das zum Jahresende 2015 auslaufende Förderprogramm für Energieberatungen für den Mittelstand wird bis Ende des Jahres 2019 fortgeführt. Grundlage ist die am 16. Dezember 2015 im Bundesanzeiger veröffentlichte Förderrichtlinie, die für Anträge ab dem 1. Januar 2016 gilt. Für Unternehmen mit jährlichen Energiekosten von maximal 10 000 Euro wird der Zuschuss von 800 Euro auf bis zu 1200 Euro erhöht. Unternehmen mit jährlichen Energiekosten über 10 000 Euro erhalten weiterhin eine maximale Förderhöchstsumme von 8 000 Euro. Dies gilt einschließlich einer eventuell in Anspruch genommenen Umsetzungsberatung. Der Fördersatz von 80 Prozent der förderfähigen Beratungskosten bleibt in beiden Bereichen erhalten. Das BAFA hat auf seiner Homepage zudem statistische Auswertungen und Informationen über die Inanspruchnahme des Förderprogramms im Jahr 2015 veröf-

fentlicht. Mit 2 139 Anträgen insgesamt, davon 149 Anträgen von Unternehmen mit Energiekosten unter 10 000 Euro, liegt man derzeit unter den Zielen von 3 000 beziehungsweise 400 Anträgen pro Jahr. (MB)

Dialogforum „Unternehmen Biologische Vielfalt 2020“

Das 6. Dialogforum von „UBi 2020“ findet am Dienstag, 15. März, im VKU Forum in Berlin statt. Die Themenschwerpunkte und weitere Informationen können schon jetzt auf der Veranstaltungswebseite eingesehen werden. Dort können sich Interessierte auch bereits anmelden. Das Dialogforum ist ein wichtiges Element der Dialogplattform von „UBi 2020“. Es bietet den Teilnehmenden die Möglichkeit, Informationen zu aktuellen Entwicklungen in der Naturschutz- und Umweltpolitik zu erhalten und sich mit Fachleuten aus Wirtschaft und Naturschutz über Fragen der Integration biologischer Vielfalt in die betriebliche Realität auszutauschen. Darüber hinaus bietet das Forum Einblicke in aktuelle Initiativen der Dialog- und Aktionsplattform sowie eine Möglichkeit zur Beteiligung an der Weiterentwicklung des UBi 2020-Prozesses, in dem auch die IHK-Organisation über das Kontaktnetzwerk aktiv ist. Weitere Informationen: www.ubi2020-dialogforum.de (MF)

3 Prozent mehr Umsatz hat der Einzelhandel im Jahr 2015 voraussichtlich erwirtschaftet. Quelle: DESTATIS

In jeder tw-Ausgabe sind unter dieser Rubrik zahlreiche Tipps für Unternehmen zu finden – ob zur Unternehmensführung, zur Anbahnung von Geschäftskontakten, zur Betriebssicherheit oder zu wichtigen Änderungen und Neuerungen bei Verordnungen und Gesetzen. Vieles in vorherigen Ausgaben ist heute noch interessant oder kann zumindest noch wichtige Anhaltspunkte geben oder Kontakte ermöglichen.

Für Recherchen steht das Internet-Archiv der IHK-Zeitschrift kostenlos zur Verfügung. Alle Beiträge werden hier etwa zeitgleich mit Erscheinen der Printausgabe hinterlegt (siehe Homepage). Es kann nach Stichwörtern in allen, aber auch in einzelnen, konkreten Ausgaben sowie nach Jahrgängen gesucht werden: www.ihk-niederrhein.de/tw-Archiv

Außenwirtschaftsreport 2015

Der DIHK-Außenwirtschaftsreport gibt einen Überblick über die wichtigsten Kennzahlen der IHKs im Bereich Zoll- und Außenwirtschaft. Zudem finden sich darin die Ergebnisse zu den Zusatzfragen bzgl. des Informations- und Beratungsbedarfs zu TTIP, China, Russland und Ukraine. Wie auch im Vorjahr reagierten die IHKs auf den ungebrochen hohen Beratungsbedarf bei ihren Mitgliedsunternehmen und boten knapp 3 200 Foren, Seminare und Workshops zu verschiedensten Themen des Zoll- und Außenwirtschaftsrechts sowie zu Markteintritt und Geschäftschancen auf Auslandsmärkten an. Das Teilnahmeinteresse seitens der Unternehmen war auch im Jahr 2014 hoch. Insgesamt besuchten rund 81 000 Firmenvertreter die unterschiedlichen IHK-Angebote. Veranstaltungen zu den Themen Zoll- und Außenwirtschaftsrecht zählten mit einem leichten Anstieg gegenüber dem Vorjahr rund 37 000 Teilnehmer. Gleichzeitig lockten

länderbezogene Formate im vergangenen Jahr knapp 40 000 Besucher in die Seminarräume der IHKs. (Be)

Reisekostenvergütungen bei Auslandsreisen in 2016

Die Pauschbeträge für Verpflegungsmehraufwendungen und Übernachtungskosten für beruflich und betrieblich veranlasste Auslandsdienstreisen in 2016 liegen nun vor. Dazu gibt es ein Schreiben des BMF vom 9. Dezember 2015. Nach dem Einkommensteuergesetz (EStG) sind damit im Einvernehmen mit den obersten Finanzbehörden der Länder die Pauschbeträge für Verpflegungsmehraufwendungen und Übernachtungskosten für beruf-

lich und betrieblich veranlasste Auslandsdienstreisen bekannt gemacht. Bei eintägigen Reisen in das Ausland ist der entsprechende Pauschbetrag des letzten Tätigkeitsortes im Ausland maßgebend. Bei mehrtägigen Reisen in verschiedenen Staaten gilt für die Ermittlung der Verpflegungspauschalen am An- und Abreisetag sowie an den Zwischentagen (Tagen mit 24 Stunden Abwesenheit) gemäß EStG insbesondere Folgendes: Bei der Anreise vom Inland in das Ausland oder vom Ausland in das Inland jeweils ohne Tätigwerden ist der entsprechende Pauschbetrag des Ortes maßgebend, der vor 24 Uhr Ortszeit erreicht wird. Bei der Abreise vom Ausland in das Inland oder vom Inland in das Ausland ist der entsprechende Pauschbetrag des letzten Tätigkeitsortes maßgebend. Für die Zwischentage ist in der Regel der entsprechende Pauschbetrag des Ortes maßgebend, den der Arbeitnehmer vor 24 Uhr Ortszeit erreicht. Das Schreiben wird im Bundessteuerblatt Teil I veröffentlicht. (KG)

8,4 Millionen Internetnutzer in NRW sind in sozialen Netzwerken aktiv.

Quelle: IT.NRW

Angemessener Nachtarbeitszuschlag: 25 Prozent

Bestehen in einem Unternehmen keine tarifvertraglichen Regelungen für Nachtarbeiter, ist regelmäßig ein Nachtarbeitszuschlag von 25 Prozent auf den Bruttoarbeitslohn angemessen. Bei Dauerarbeit liegt die Angemessenheit bei 30 Prozent. Das hat das Bundesarbeitsgericht im Fall eines Lkw-Fahrers im Paketlinientransportdienst entschieden, dessen Arbeitszeit von 20 Uhr bis 6 Uhr dauerte. In seiner Begründung weist das Gericht darauf hin, dass ein Zuschlag von 25 Prozent oder eine entsprechende Anzahl bezahlter freier Tage angemessen im Sinne des Arbeitszeitgesetzes sei. Eine Reduzierung dieses Zuschlags komme in Betracht, wenn die Arbeitsbelastung durch Arbeitsbereitschaft oder Bereitschaftsdienst geringer

ausfalle. Eine erhöhte Belastung, wie sie bei Dauernachtarbeitszeit vorliege, führe zu einem höheren Nachtarbeitszuschlag in Höhe von 30 Prozent. Der Zuschlag bestehe für die Zeit zwischen 23 Uhr und 6 Uhr. Un- erheblich sei, dass der Arbeitgeber einen Zuschlag für die Zeit zwischen 21 und 23 Uhr gezahlt habe. Dieser sei daher nicht auf den geschuldeten Nachtarbeitszuschlag anrechenbar. (Urteil des Bundesarbeitsgerichts - BAG - vom 9. Dezember 2015; Az.: 10 AZR 423/14) (Bs)

102,2 Milliarden Euro beträgt der Wert der Waren, die im November 2015 aus Deutschland exportiert wurden. Quelle: DESTATIS

Mitbestimmungspflicht bei Arbeitszeitverlängerung

Vereinbart ein Arbeitgeber mit einzelnen Beschäftigten die Erhöhung der Wochenarbeitszeit um bis zu zehn Stunden, besteht hierfür kein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats. Das hat das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz im Fall eines bundesweit tätigen Modeunternehmens mit zahlreichen Filialen entschieden. Der Arbeitgeber beteiligte den Betriebsrat nur in Fällen, bei denen die Erhöhung der Arbeitszeit für mehr als einen Monat geplant wurde und mindestens zehn Wochenstunden betrug. Der Betriebsrat forderte demgegenüber eine Mitbestimmung bereits bei einer Hochstufung ab fünf Wochenstunden. In seiner Begründung weist das Gericht darauf hin, dass bei einer nach Dauer und Umfang nicht unerheblichen Verlängerung der Arbeitszeit eine Einstellung im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes vorliege. Das sei aber nur anzunehmen, wenn die Arbeitszeit um mehr als zehn Stunden wöchentlich erhöht werde. Diese Grenzziehung gelte unabhängig von der bisherigen Arbeits-

zeit des betroffenen Arbeitnehmers. (Beschluss des Landesarbeitsgerichts - LAG - Rheinland-Pfalz vom 6. August 2015; Az.: 5 TaBV 11/15) (Bs)

Wohin mit alten Handys?

Handys und Smartphones sind in der heutigen Geschäftswelt ebenso unverzichtbar wie im Privatleben. Egal ob es der Kontakt zum Büro, der mobile Zugriff auf Firmendaten oder die aktuelle Reiseinformation ist, die Geräte sind wahre Multi-Talente für alle, die viel unterwegs sind. Doch was tun, wenn das Gerät nicht mehr will, oder man der Verlockung des neuesten Smartphones nicht widerstehen kann? In der Region um Rheinfelden können Handynutzer ihre ausrangierten Handys und Smartphones beim regionalen Stromversorger Energiedienst einfach und sicher abgeben. Ein Angebot, das von den Mitarbeitern des Energieversorgers und seinen Kunden gerne angenommen wird und so auch für mehr Kundenverkehr in den Naturenergie-Shops sorgt. „Viele Kunden kommen zu uns, weil sie aus den Medien von der Sammelakti-

Foto: © panthermedia.net/maxxyustas

on wissen. Manche kommen gleich mit vier oder fünf alten Handys zu uns“, berichtet Claudia Frenzel, Umweltmanagementbeauftragte von Energiedienst. Der Stromanbieter nutzt für seine Althandysammlung das Handysammelcenter der Telekom Deutschland. Mit diesem Onlineportal können Unternehmen, Behörden und Organisationen ganz einfach selbst eine Handysammlung starten. Die Telekom Deutschland und ihr langjähriger Partner Teqcycle stellen die Sammelbox mit Informationsmaterial, das Onlineportal und die Logistik kostenlos zur Verfügung. Weitere Infos: www.handysammelcenter.de (MH)

Kündigung wegen verspätetem Arbeitsantritt

Mehrfach verspäteter Arbeitsantritt eines Arbeitnehmers kann nach einschlägiger Abmahnung eine verhaltensbedingte Kündigung rechtfertigen. Das hat das Landesarbeitsgericht Hamm im Fall eines Produktionsmitarbeiters in einem Unternehmen für Wellpappeherstellung entschieden, der wiederholt zu spät an seinem Arbeitsplatz erschien und deshalb zwei Abmahnungen erhielt. Nach erneuter Verspätung beim Schichtantritt kündigte der Arbeitgeber fristgemäß. In seiner Begründung weist das Gericht darauf

hin, dass wiederholte, gleichartige Pflichtverletzungen in Form verspäteter Arbeitsantritte oder Verstöße gegen die Anzeigepflicht bei Arbeitsunfähigkeit nach einschlägigen Abmahnungen eine verhaltensbedingte Kündigung rechtfertigen können. Denn in einem solchen Verhalten komme eine spezifische Unzuverlässigkeit zum Ausdruck, die es für den Arbeitgeber wegen der damit verbundenen betrieblichen Folgen unzumutbar mache, den Arbeitnehmer weiter zu beschäftigen. Vorliegend habe der Arbeitnehmer in mindestens neun Fällen seine Pflicht zum rechtzeitigen Arbeitsantritt verletzt. Deshalb habe der Arbeitgeber in dem Drei-Schicht-Betrieb zur Vermeidung von Produktionsausfällen jeweils andere Arbeitnehmer verpflichten müssen. Da der Mitarbeiter gut drei Monate nach der zweiten Abmahnung erneut unentschuldig seine Schicht nicht antrat, sei die Kündigung gerechtfertigt. (Urteil des Landesarbeitsgerichts - LAG - Hamm vom 28. August 2015; Az.: 13 Sa 150/15) (Bs)

3 Prozent niedriger war die Produktivität der NRW-Industrie im November 2015 verglichen mit der Leistung im November 2014.

Quelle: IT.NRW

46 Prozent der Unternehmen in Deutschland haben Schwierigkeiten, freie IT-Stellen mit Fachkräften zu besetzen. Quelle: DESTATIS

Impressum

Herausgeber:

Niederrheinische Industrie- und Handelskammer
Duisburg · Wesel · Kleve zu Duisburg
Postfach 10 15 08, 47015 Duisburg

Redaktion:

Martina Behrens
(Leitung, verantwortlich für den redaktionellen Inhalt)

Julia Kabbalo, Telefon: 0203 2821-496

Maike Rellecke, Telefon: 0203 2821-275

Olivia Strupp, Telefon: 0203 2821-200

E-Mail: tw-redaktion@niederrhein.ihk.de

Gestalterische Konzeption:

www.cantaloop.de

Druck und Verlag:

schaffrath medien
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien
Marktweg 42-50
47608 Geldern
Birgit Schmetter
Telefon: 02831 396-152
Telefax: 02831 396-280

**Änderungen von Zustellungsdaten der
IHK-Mitgliedsunternehmen:**

Hotline 0203 2821-455 sowie Fax 0203 26533

Anzeigen:

Rheinische Post Verlagsgesellschaft mbH
Zülpicher Str. 10, 40196 Düsseldorf
Geschäftsführung:

Dr. Karl Hans Arnold, Patrick Ludwig, Hans Peter Bork,
Johannes Werle, Tom Bender, Stephan Marzen
Anzeigen- und Objektleitung:

Mike Kleinemaß

Telefon: 0211 505-2499

E-Mail: mike.kleinemass@rheinische-post.de

Gültig ist die Preisliste Nr. 10 vom 1. Januar 2015.

Mit Namen oder Initialen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Niederrheinischen IHK wieder. Trotz größter redaktioneller Sorgfalt können wir insbesondere bei Fremdbeiträgen keine Haftung übernehmen. Nachdruck, auch auszugsweise, ist mit Quellenangaben gestattet, soweit die Redaktion das Verfügungsrecht hat. Die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung und Überarbeitung von Manuskripten sowie der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften, bei Bildmaterial die Wahl von Ausschnitten vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bildvorlagen, Bücher und Datenträger wird keine Haftung übernommen. Bei Nichtberücksichtigung erfolgt üblicherweise keine Benachrichtigung durch die Redaktion.

Veröffentlichungen aus der Zeitschrift „Thema Wirtschaft“ können vollständig oder in Auszügen honorarfrei im Internet-Angebot der IHK veröffentlicht werden. Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich, jeweils am 10. des Monats. Die Januar-/Februar-Ausgabe erscheint im Februar, die Juli/August-Ausgabe im August. Der Bezug der IHK-Zeitschrift erfolgt im Rahmen der grundsätzlichen Beitragspflicht als Mitglied der IHK.

Druckauflage

Quartal 2/15 – 51.506 Exemplare

tw-Einzelverkaufspreis: 2,60 EUR

tw-Jahresabonnement: 28,60 EUR

inkl. MwSt., Versandkosten und Porto

ISSN: 0945-2397

Die IHK-Geschäftsstellen:

47051 Duisburg, Mercatorstraße 22-24

Telefon: 0203 2821-0, Fax: 26533

46483 Wesel, Großer Markt 7

Telefon: 0281 164938-0, Fax: -115

47533 Kleve, Boschstraße 16 (TZK)

Telefon: 02821 97699-0, Fax: -154

Grafik: Thinkstock.com/drogatnev

Ermutigende Führung

Der „Mutpegel“ macht den Unterschied

Stellen Sie sich zwei Unternehmer vor. Der eine führt seine Mitarbeiter so, dass sie im Laufe der Zeit immer kleiner werden: immer ängstlicher, unsicherer, unselbstständiger. Der andere unterstützt sie durch seine Führung dabei, größer zu werden: mutiger, selbstsicherer, eigenständiger. Welches der beiden Unternehmen wird im Wettbewerb erfolgreicher sein? In welchem wird die Produktivität höher sein? Welches wird kompetenter auf Kundenanfragen reagieren und besser mit unerwarteten Marktveränderungen fertig werden? Welches wird innovativer sein? Welches wird das bessere Betriebsklima haben? In welchem wird der Unternehmer selbst zufriedener mit seiner Firma, seiner Mannschaft und mit sich selbst sein?

Wer es schafft, einem Menschen Mut zu machen, hilft ihm, über seine bisherigen Grenzen hinauszuwachsen. Wem es gelingt, in seiner Firma eine ermutigende Unternehmenskultur aufzubauen, der verschafft sich einen Wettbewerbsvorteil, der kaum angreifbar und äußerst schwer einzuholen ist.

Was können Sie tun, um Ihre Mitarbeiter zu ermutigen und ihre Entwicklung bestmöglich zu unterstützen – und was sollten Sie möglichst vermeiden?

No-Go: Ständiges Meckern, Nörgeln und Kritisieren

Es ist ziemlich leicht, Menschen zu entmutigen. Um Mitarbeiter zu blockieren, muss man ihnen nur das Gefühl geben, dass sie so, wie sie sind, nicht gut genug sind.

Menschen machen Fehler, daher ist es leicht, an anderen kritikwürdige Punkte zu finden. Viele Führungskräfte, aber auch viele Mitarbeiter, Eltern und Ehepartner scheinen zu glauben, dass sie ihre Mitarbeiter und Kollegen, Kinder und Partner zu besseren Menschen machen können, wenn sie sie nur beharrlich immer wieder auf ihre Fehler und Unzulänglichkeiten hinweisen. Die empirische Beweislage dafür ist dürrt: Normalerweise wer-

den Menschen durch ständiges Nörgeln eher zermürbt als veredelt. Regelmäßige Kritik strapaziert die Beziehung, im schlimmsten Fall bis zur völligen Verhärtung, wenn die Kritisierten das Gefühl haben, es ist gleichgültig, was sie leisten, der andere ist doch nie zufrieden.

Ist dieser Zustand erreicht, dann haben die handelnden Personen, gleich ob es Vorgesetzte, Eltern oder Ehepartner sind, jeglichen Einfluss auf den Adressaten verloren.

To-Do: Ermutigende Kritik

Die Kunst liegt in der Dosierung der Kritik und vor allem in der Haltung, die in ihr zum Ausdruck kommt. Ein offenes und konstruktives Feedback ist hilfreich, um gezielt auf Verbesserungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten hinzuweisen. Für den Adressaten muss dabei erkennbar sein, dass ihm Hilfe angeboten wird, um besser zu werden.

Sie dürfen und Sie sollten Ihre Mitarbeiter fordern: Jemandem etwas abzuverlangen, ist ermutigend, denn es zeigt ihm, dass Sie ihm etwas zutrauen – vielleicht deutlich mehr als er heute leistet. Vielleicht sogar mehr als er sich selbst zutraut, wenn die Botschaft damit verbunden ist: „Wenn Sie sich anstrengen, bekommen Sie das hin.“

So schaffen Sie das richtige Klima

Wer einen anderen Menschen positiv beeinflussen will, muss zuerst eine positive Beziehung zu ihm herstellen. Entscheidend ist dabei die Sicht des Adressaten: Nur wenn der andere davon überzeugt ist, dass wir ihn akzeptieren und innerlich auf seiner Seite sind, wird er unsere Impulse als Ermutigung empfinden.

Wie schafft man ein positives, wohlwollendes Klima? Der Altmeister der Ermutigung Theo Schoenaker hat dafür ein paar konkrete praktische Tipps:

- Freundlicher Blick
- Freundliche Stimme
- Echtes Interesse am anderen
- Aufmerksames Zuhören
- Das Gute wahrnehmen
- Versuche und Fortschritte anerkennen
- Geduld
- Begeisterung / Engagement
- Humor
- Unterlassen / Unterbinden von Lästern und übler Nachrede

Damit verbunden ist, dem Mitarbeiter den Raum zu geben, eine Aufgabe eigenständig zu lösen. Wenn die Führungskraft alles besser weiß und der Mitarbeiter die Erfahrung macht, ihm wird seine Aufgabe früher oder später sowieso wieder aus den Händen genommen, lohnt es sich für ihn gar nicht, sich anzustrengen.

Ermutigende Impulse

Ein ermutigender Schubs ist dort besonders wichtig, wo die Entscheidung auf der Kippe steht. Wer voller Selbstvertrauen und Zuversicht ist, braucht keine Ermutigung. Umgekehrt geht Ermutigung auch dort ins Leere, wo jemand aufgegeben hat und definitiv entschlossen ist, keine weitere Kraft mehr in eine aus seiner Sicht aussichtslose Sache zu stecken. In beiden Fällen kann man sich Ermutigungen sparen, denn sie gehen an den Adressaten vorbei.

Anders, wenn jemand schwankt: Wenn er daran zweifelt, ob es sich lohnt, noch einen weiteren Anlauf zu machen oder die Anstrengungen einzustellen, weil ihm die Sache aussichtslos erscheint. Ermutigung braucht ein Mitarbeiter, der unsicher ist, ob er bei einer Herausforderung überhaupt einen Versuch wagen oder es besser bleiben lassen soll, um keinen Misserfolg oder eine Abfuhr zu riskieren.

In diesen Fällen ist Ermutigung dringend gefordert. Hier hilft nicht der Anraunzer, „Stellen Sie sich doch nicht so an!“ und auch nicht die Motivationsfloskel: „Sie schaffen das, ich glaube an Sie.“ Zuversicht

Das ist alles kein Hexenwerk – nichts, wofür man eine besondere Schulung braucht. Man muss es nur tun. Das fällt dem einen leichter und dem anderen schwerer, aber es ist niemandem unmöglich. Und auch hier gilt: Üben hilft. Diejenigen, denen es „von Natur aus“ leicht fällt, ein freundliches Klima zu schaffen, haben vielleicht schon 20 Jahre länger geübt.

Wenn in einem Team oder einer Firma ein wohlwollendes und ermutigendes Klima herrscht, sind viele Dinge einfacher: Nicht nur die Arbeit geht leichter von der Hand, es ist auch besser möglich, über kritische Themen zu reden. Man kann Hinweise von Vorgesetzten und Kollegen annehmen, ohne sich angegriffen zu fühlen, man kann eher riskieren, Fehler einzugestehen, man kann Probleme klären, ohne in Rechtfertigungen und Schuldzuweisungen zu verfallen.

In einem wohlwollenden, freundlichen Klima fließen ständig ermutigende Impulse hin und her: Die Teammitglieder hören sich gegenseitig zu, nicken oder fragen nach; die Atmosphäre ist konzentriert, aber entspannt, jeder tut, was von der Sache her getan werden muss, ohne zu fragen, ob er überhaupt „zuständig“ ist. Man arbeitet zügig, aber ohne Hektik, hilft sich bei Bedarf gegenseitig aus und hat auch noch Spaß miteinander.

und Zutrauen müssen ehrlich und glaubhaft im richtigen Moment vermittelt werden – mit Worten oder auch nur durch einen aufmunternden Blick: „Probieren Sie es einfach noch mal. Das wird schon.“

Eine solche Ermutigung kann Weichen stellen, ob ein Mitarbeiter aufgibt oder ob er sich in eine Aufgabe hineinarbeitet und so allmählich immer sicherer und selbstbewusster wird. Mit solchen einfachen Impulsen können Sie maßgeblich beeinflussen, was aus Ihrem Mitarbeiter wird – und aus Ihrer Firma. ●

Der Autor: **Winfried Berner** ist Experte für Change Management und Kulturveränderung sowie Gründer und Inhaber des Unternehmens „Umsetzungsberatung“. Sein Buch „Ermutigende Führung – Für eine Kultur des Wachstums“ ist aus einem erfolgreichen Kulturveränderungsprojekt in einer großen Vertriebsorganisation hervorgegangen.

(TW) Einblick

Lasertechnik aus Wesel macht Menschenmassen zählbar

Achim Klingberg, Geschäftsführer der Lase GmbH, bleibt neugierig auf Neues. Er engagiert sich in einem Zero-Waste-Projekt in Indien.

Grafik: Thinkstock.com/Daria Karaulnik

Foto: Lase GmbH

Fragen an Achim Klingberg

Herr Klingberg, was kommt Ihnen als Erstes in den Sinn, wenn Sie an die Gründungsphase Ihres Unternehmens vor 25 Jahren denken?

Damals habe ich gedacht, wenn ich in Rente gehe und zehn Mitarbeiter habe, dann habe ich alles richtig gemacht. Dass es heute schon 60 sind, ist eine ganz andere Dimension, mit der ich damals nicht rechnen konnte.

Bei Lase dreht sich alles ums Messen mittels Lasertechnik. Was fasziniert Sie so daran?

An der Lasertechnik fasziniert mich, dass man damit berührungslos und mit wenig Aufwand komplizierte Sachen vermessen kann, wie zum Beispiel Krananlagen in der Schwerindustrie. Mit mechanischen Systemen, wie sie früher in der Industrie eingesetzt wurden, war das nicht möglich.

Ihre Lasertechnik wird zur Personenzählung eingesetzt, die sogenannten Peoplecounter. Ein ganz besonderer Einsatzort dafür ist die Pilgerstätte Mekka. Wie sind Sie denn an diesen Auftrag gekommen?

Das kam über eine deutsche Firma zustande, die Anlagen für Saudi-Arabien baut und nach Peoplecountern für Mekka suchte. Alle Wettbewerber, die sie angefragt haben, haben an uns verwiesen und gesagt: Wenn ihr sowas machen wollt, dann mit Laser-Peoplecountern.

Sie haben ein Joint Venture in Indien, eine Müllvergasungsanlage unter der Überschrift „Zero-Waste“. Wie kam es dazu?

Zu unserer Firmenphilosophie gehört, immer über den Tellerand hinausblicken und zu versuchen, vorhandene Technologien für andere Bereiche nutzbar zu machen. Bei der Müllvergasungsanlage wird ein abgasfreies Verfahren eingesetzt, um Müll in Druck umzuwandeln. Die Idee stammt von unserem

Mitarbeiter, der für den Vertrieb in Indien zuständig ist, selbst auch aus Indien kommt und das Müllproblem dort kennt. Zusammen haben wir die passenden Firmen gesucht und alle an einen Tisch gebracht. Voraussichtlich im Frühjahr 2016 werden wir den Grundstein für die Anlage in Kalkutta legen.

Was waren Ihre wichtigsten unternehmerischen Entscheidungen bisher?

Erstens, damals noch als Ein-Mann-Unternehmen, eine Sekretärin einzustellen. Wenn die sich meldet, weiß kein Mensch wie groß das Unternehmen dahinter ist. Zweitens, als ich Lars Ambrosy als Student entdeckt habe, ihn direkt vom Studium weg zu engagieren. Er ist heute Mitgesellschafter und Mitgeschäftsführer. Drittens, nach der Stahlkrise 2008 in andere Bereiche zu investieren.

Was treibt Sie als Unternehmer an und was sind Ihre Ideen für die Zukunft?

Was mich am meisten antreibt, ist der Spaß an der Arbeit, eigene Ideen zu entwickeln und umzusetzen. 3-D-Lasermesstechnik unter den Aspekten schwieriger Umweltbedingungen und großer Entfernungen gehört heute zu unserem Kerngeschäft. Da versuchen wir, neue Geschäftsfelder zu erreichen, zum einen bei der Entwicklung automatischer Parkhäuser, zum anderen im Bereich Landwirtschaft bei automatischen Mäh- und Erntemaschinen.

Als Unternehmer ist man gedanklich oft die meiste Zeit mit der Arbeit beschäftigt. Wie schalten Sie in Ihrer Freizeit am besten ab?

Am allerliebsten bin ich auf meinem Segelschiff – ohne Telefon, ohne Motor, nur mit Wind und Wellen vorangetrieben. ●

Zur Person

Dipl.-Ing. Achim Klingberg (59) ist Gründer und Geschäftsführer der Lase GmbH mit Sitz in Wesel und Bremen. Mit seinem Unternehmen, das 2015 sein 25-jähriges Bestehen feierte, leistete Klingberg Pionierarbeit bei der Entwicklung von Lasermesstechnik in der Schwerindustrie, die heute in den größten Häfen der Welt zur Messung von Schiffscontainern genauso zum Einsatz kommt wie beim Bergbau in Brasilien oder zur Personenzählung in großen Shoppingcentern oder Freizeitparks, wie Disneyland.

Carmen Radeck